Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksachenabteilung: Drucksachenabteilung / 5
Landtag, 7. Wahlperiode: 1967-71

05.12.1968 - 18. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

Bremische Bürgerschaft (Landtag)

7. Wahlperiode

Drucksachenabteilung V — Verhandlungsberichte

18. Sitzung

am Donnerstag, dem 5. Dezember 1968

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Ernst, Marianne Hänecke.

INHALT

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 23. Oktober 1968: Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen 1969 (Drucksachenabteilung I Nr. 39) 1. Lesung

Grundsatzaussprache — Fortsetzung

Abg. Gisela Müller-Wolff (SPD) 1141
Abg. Dr. Sieling (CDU) 1149
Abg. Schubert (FDP) 1157
Abg. Brouwer (NPD) 1164
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats 1168

02 Senat — Einzelberatung

020 Senat und Senatskanzlei

Änderungsantrag Nr. 162
Abg. Stäcker (SPD) 1176
Abg. Dr. Schäfer (CDU) 1177
Abg. Fichtner (NPD) 1177
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats 1179
Abg. Schubert (FDP) 1180
Abg. Friedrich Meier (SPD) 1180
Abstimmung 1180
Änderungsantrag Nr. 161 1180

03 Inneres — Allgemeine Aussprache

Abg. Fröhlich (SPD) 1181
Abg. Dr. Cassens (CDU) 1182
Senator für Inneres Löbert 1185
Abg. Hauptmann (FDP) 1187
Abg. Friedrich Meier (SPD) 1188
Abg. Fröhlich (SPD) 1189

03 Inneres — Einzelberatung

030 Verwaltung für Inneres

Änderungsanträge Nr. 163 und Nr. 164 . . 1189

Präsidium

Präsident **Engel** Vizepräsident **Dr. Zander**

Schriftführer **Hardegen**

Am Senatstisch

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats

Bürgermeister Annemarie **Mevissen** (SPD), Senator für Wohlfahrt und Jugend

Senator für Wirtschaft und Außenhandel **Eggers** (SPD)

Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr **Dr. Borttscheller** (FDP)

Senator für Justiz und Verfassung und für kirchliche Angelegenheiten **Dr. Graf** (FDP)

Senator für das Bauwesen **Blase** (SPD)

Senator für das Bildungswesen **Thape** (SPD)

Senator für Inneres **Löbert** (SPD)

Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen **Jantzen** (SPD)

Oberfinanzpräsident **Dr. Breyhan** (Senator für die Finanzen)

Senatsdirektor **Dr. Reif** (Senator für die Finanzen)

Leitender Regierungsdirektor **Petry** (Senator für die Finanzen)

Oberregierungsrat **Hagdorn** (Senator für die Finanzen)

Oberregierungsrat **Raedeker** (Senator für die Finanzen)

Präsident Engel eröffnet die Sitzung um 10.17 Uhr.

Präsident Engel: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Eingänge liegen heute nicht vor.

An unserer heutigen Vormittagssitzung nehmen unter anderen als Zuhörer teil eine Klasse der Schule an der Ritterhuder Straße, eine Klasse des Gymnasiums Hamburger Straße, eine Klasse der Hauptschule Grolland. Ich begrüße alle Zuhörer aufs herzlichste.

(Beifall)

Sie werden heute einen Eindruck von dem Ablauf der Haushaltsberatungen der Bremischen Bürgerschaft bekommen. Vorsorglich möchte ich darauf aufmerksam machen, daß Sie heute nur den kleinsten Teil der Arbeit der Bremischen Bürgerschaft kennenlernen. Für dieses Gebiet, das wir heute beraten, haben die Vorbereitungen bereits im Frühjahr dieses Jahres begonnen. Die Hauptlast der Arbeit lag bei den einzelnen Deputationen und dann im Anschluß daran beim Haushaltsausschuß der Bremischen Bürgerschaft. Aber ich hoffe, daß Sie alle einen kleinen Eindruck von diesen Dingen mitnehmen.

Bevor ich die Vertreter des Senats begrüße, möchte ich Ihnen Kenntnis von einem Schreiben des Präsidenten des Senats geben, in dem dieser mir mitteilt, daß am heutigen Tage ein Gespräch einer Kommission mit den Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen stattfindet. Zu diesem Zweck sollen die Finanzminister der Länder am heutigen Vormittag in Bonn zusammentreten. Da die in diesen Besprechungen zur Beratung anstehenden Fragen der Finanzreform für Bremen von außerordentlicher Bedeutung sind, hält es der Senat für unbedingt erforderlich, dabei durch den Senator für die Finanzen vertreten zu sein.

Der Präsident des Senats bittet aus diesem Grunde darum, Herrn Senator Speckmann für die Beratungen der Bürgerschaft am heutigen Tage zu entschuldigen.

Die Vertretung des Herrn Finanzsenators hat Herr Bürgermeister Koschnick, den ich hiermit begrüße, persönlich übernommen.

(Beifall)

Vom Senat begrüße ich weiter Frau Bürgermeister Mevissen, Herrn Senator Eggers, Herrn Senator Blase, Herrn Senator Thape, Herrn Senator Löbert und Herrn Senator Jantzen.

Außerdem sind anwesend Herr Oberfinanzpräsident Dr. Breyhan, Herr Senatsdirektor Dr. Reif, Herr Leitender Regierungsdirektor Petry, Herr Oberregierungsrat Hagdorn und Herr Oberregierungsrat Raedeker.

Sämtliche Herren begrüße ich ebenso herzlich wie die Vertreter des Senats.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 23. Oktober 1968:
Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen 1969
(Drucksachenabteilung I Nr. 39)
1. Lesung
2. Lesung

Wir setzen die

Grundsatzaussprache

fort.

Interfraktionell ist vereinbart worden, daß die Sprecher der Fraktionen mit einer Redezeit bis zu 45 Minuten pro Redner in folgender Reihenfolge zu Wort kommen: SPD, CDU, FDP, NPD.

Wir haben interfraktionell weiter vereinbart, daß das Präsidium nicht gehalten ist, sich eng an die 45 Minuten zugebilligte Redezeit zu halten. Trotzdem verbinde ich mit dieser Ausweitung eine Bitte, die einfach dahin geht, daß die einzelnen Sprecher der Fraktionen diese Ausweitung nicht allzu sehr strapazieren.

Ich darf nun fragen, welche Abgeordneten für die einzelnen Fraktionen das Wort nehmen.

Für die SPD? — Abgeordnete Frau Müller-Wolff!

Für die CDU? — Abgeordneter Dr. Sieling!

Für die FDP? — Abgeordneter Schubert!

Für die NPD? — Abgeordneter Brouwer!

Das Wort hat nunmehr die Abgeordnete Frau Müller-Wolff für die Fraktion der SPD.

Abg. Gisela **Müller-Wolff** (SPD): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Nun sind sie wieder da, die „fünf tollen Tage", an denen wir uns bei mehr oder weniger Teilnahmslosigkeit unserer Mitbürger in Grundsatz- und Einzelaussprachen mit dem Haushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen für 1969 beschäftigen müssen. Ich hatte schon im vorigen Jahr skeptisch die Frage angeschnitten, ob diese Form der Mammutdebatte geeignet sei, unsere Verfassungspflicht als Abgeordnete zur Kontrolle der Finanzen und der Verwaltung wirkungsvoll auszuüben. Aber Zweifel an der eingefahrenen Routine und die Reform unseres Verfahrens sind zweierlei: Das parlamentarische System benötigt eben zu seiner Reformierung offenbar sehr viel Zeit.

Wenn man zur Vorbereitung auf die Haushaltsberatungen die Verhandlungsniederschriften der Vorjahre nachliest, so kann man zweierlei feststellen: Erstens, daß hier kaum etwas gesagt wird, was nicht schon früher einmal oder mehrfach angesprochen wurde, und daß zweitens der hierauf verwandte Eifer und die Beredsamkeit zu wenig Einfluß auf den Gang der Dinge gehabt haben.

So lassen Sie mich bitte vor einer Perspektive auf die finanzielle und auf die allgemeinpolitische Entwicklung mit einer Prognose über den Ablauf unserer Beratungen beginnen. Was, meine Damen

und Herren, kann ein langjähriger Abgeordneter mit Sicherheit erwarten?

Die Opposition wird entsprechend jahrzehntelangem Brauch und in Abwandlung eines uralten libanesischen Sprichwortes „das Jammern ist der Gruß der Kaufleute" die Entwicklung unseres Haushalts beklagen. Die Herren Kollegen Koschek und Dr. Schäfer werden ebenfalls nach altem Ritual die Abwanderung von 60 Betrieben in die Bremer Randbezirke beklagen

(Heiterkeit)

und hierfür den Wirtschaftssenator verantwortlich machen.

(Abg. Koschek [CDU]: Sehr schön!)

Der Herr Kollege Kulenkampff wird seiner Abneigung gegen Hochhäuser beredten Ausdruck geben und sich

(Heiterkeit)

hierbei auf Statistiken über die unvertretbar hohen Kosten berufen, die er im Augenblick nicht zur Hand hat. In unnachahmlichem Kanzleideutsch wird unser besonders verehrter Kollege Klein — ich sehe, daß er leider noch nicht da ist — mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit unwiderlegbar verifizieren, daß die Tragödie Bremens nicht zuletzt darin ihre Ursache findet, daß Büroräume der Verwaltung um nicht weniger als $2^{3}/_{4}$ Quadratmeter zu groß seien.

(Abg. Erbel [CDU]: Lesen Sie das alles aus dem Kaffeesatz?)

Hierin erblicken wir alle mit untröstlicher Bestürzung einen nahezu kriminellen Verstoß gegen die Reichshaushaltsordnung und wissen uns mit ihm einig, daß die inkriminierten Räume um die beanstandete Differenz verkürzt werden müßten.

Den Kollegen Vorsatz und seine Mitkämpfer habe ich im Verdacht, daß sie für alles Ungemach dieser Welt und vor allem in Bremen im wesentlichen den Umstand verantwortlich machen werden, daß eine so wertvolle nationalpolitische Kraft wie die NPD von der Mitwirkung in den meisten Deputationen und Ausschüssen ausgeschlossen bleibt.

(Beifall bei der NPD — Abg. Vorsatz [NPD]: Sie haben es erfaßt!)

Ja, meine Damen und Herren, ich sage das alles im vollen Ernst und in der Absicht, unsere jüngeren Kollegen auf die bevorstehenden atemberaubenden Sensationen der kommenden Tage vorzubereiten.

Und weiter im Ernst: Wir alle werden uns viel Mühe geben, was aber daran nichts ändert, daß die Öffentlichkeitswirkung im umgekehrten Verhältnis zu unseren Bemühungen stehen wird. Zeitungen wollen nämlich gekauft werden und müssen sich nach dem Interesse ihrer Leser richten. Der Leser hat aber an diesen zwischen uns strittigen Problemen nur ein begrenztes Interesse. Die Zeiten, in denen man der erzkonservativen „Kreuzzeitung" nachsagte, daß sie uns Sozialdemokraten mehr Stimmen eingebracht hat als die damalige und auch heutige Parteizeitung „Der Vorwärts", sind lange vorbei. Die „Kreuzzeitung" fühlte sich nämlich damals aus ihrer journalistischen Pflicht heraus verpflichtet, auch die Reden von August Bebel im vollen Wortlaut abzudrucken.

Wenn heute 30 oder 40 Schüler zum Beispiel für oder gegen unseren Generalintendanten demonstrieren oder mit ihm Bier trinken, so genießt ein solcher Vorgang nach dem Gesetz „der parasitären Publizität" mehr Nachrichtenwert für die Presse, auch für den Rundfunk und auch für das Fernsehen, als die Debatte über einen 1,3 Milliarden-Haushalt unter einer Hundertschaft von Abgeordneten.

Dabei ist unsere Arbeit nur sinnvoll, wenn die Öffentlichkeit von ihr Kenntnis erhält. Deshalb erneuere ich meinen Vorschlag, auch im Namen meiner Fraktion, die Grundsatzdebatten über die verschiedenen Sachbereiche des Senats in Sondersitzungen der Bürgerschaft über das ganze Jahr verteilt vorzunehmen, und damit zu ermöglichen, daß alles, was unser Gemeinwesen an wichtigen Aufgaben bewegt, dem Bürger und Wähler durch die Nachrichtenmedien stärker bewußt gemacht werden kann.

(Abg. Fischer [CDU]: Sehr gut!)

In einer Haushaltsberatung der Bremischen Bürgerschaft darf nicht verschwiegen werden, meine Damen und Herren, daß die Eigenstaatlichkeit und damit der Lebensnerv unseres Stadtstaates bedroht sind. Überall in der Bundesrepublik begegnet man einem zunehmenden Unbehagen am System des Föderalismus. Wenn auf dem Parteitag der CDU in Berlin eine knappe Mehrheit der Delegierten für die Errichtung eines Bundeskultusministeriums votiert hat, so erkennt man deutlich, welchen Grad die Kritik der Öffentlichkeit an der Autonomie der Länder, insbesondere auf dem Gebiet des Bildungswesens erreicht hat.

In der Tat muß man dem Generaldirektor der ESSO AG, Fischer-Menshausen, einem Mitglied der Troeger-Kommission, zustimmen, wenn er schreibt — ich zitiere —: „Kompetenzen und Hoheitsrechte haben keinen Eigenwert; sie sind nur ein Mittel zur sachgerechten Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben". Und er fährt dann fort: „Die freiheitliche Verfassungsordnung unseres Staates wird diskreditiert, wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, der Föderalismus erschöpfe sich in der Verteidigung überkommener Positionen und in kollektiven Machtkämpfen zwischen den Ländern und dem Bund. Und andererseits kann auch der Bund die gegenwärtige Kompetenzverteilung nicht als bequeme Ausrede benutzen, um sich seiner gesamtstaatlichen Verantwortung zu entziehen."

(Abg. Sagner [CDU]: Eben deswegen die Errichtung eines Kultusministeriums!)

— Ich komme darauf zurück, Herr Sagner! —

(Abg. Koschek [CDU]: Eine Dame unterbricht man nicht!)

Die Schwäche in der notwendigen Kooperation zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist auch während der wirtschaftlichen Rezession des vergangenen Jahres und der beiden vergangenen Jahre deutlich geworden, als es um schnelle politische Antworten auf wirtschaftliche Krisenerscheinungen ging. Während der Bund die einzig sinnvolle Politik des „deficit spending" betrieb und rasch zusätzliche Aufträge an die Wirtschaft vergab, beharrten ein Teil der Länder und der größte Teil der Gemeinden im Hinblick auf ihre Finanznot auf der glatten Gegenposition. Die sich daran anschließende Pauschalkritik am System an sich verschont naturgemäß auch nicht die „Gerechten", zu denen sich Bremen dank seines bundeskonformen Verhaltens rechnen kann.

In einer Zeit, in der man in den traditionell zentralistischen Staaten wie Frankreich und Großbritannien an eine Dezentralisierung denkt, ist der bundesdeutsche Föderalismus in das Feuer der Kritik geraten. In den Parteizentralen und Parlamenten wird nicht nur abstrakt, sondern sehr konkret über eine Neugliederung des Bundesgebietes gesprochen, wobei man bekanntlich die Länder Saarland, Rheinland-Pfalz und Hessen zu vereinigen gedenkt. Aber auch das alte Projekt eines „Nordweststaates" erlebt seine Wiederauferstehung zum Teil durch recht taktlose Äußerungen.

Dem Zusammenschluß der genannten Flächenstaaten mag unter dem Gesichtspunkt einer rationelleren Regionalgliederung eine Berechtigung nicht abzusprechen sein. Straffung des Verwaltungsaufbaues und Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse könnten ein Erfolg dieser Bestrebungen sein. Aber die unbestreitbaren Fehler und Nachteile des Föderalismus, wenn man sie beseitigen will, wird man mit Sicherheit nicht dadurch beseitigen, daß man aus den zehn Bundesländern fünf macht. Die leidigen Kompetenzkonflikte zwischen Bund und Ländern, zwischen Bundesrat und Bundestag, kann man auf diese Weise mit Sicherheit um kein Jota vermindern.

Natürlich müssen wir uns in Bremen darüber im klaren sein, daß die Eigenstaatlichkeit und ihre Erhaltung von den außerhalb Bremens wirkenden politischen Kräften nicht um ihrer selbst willen und auch nicht aus Sympathie für uns respektiert wird. Ausschlaggebend ist vielmehr die Frage, welchen Wert ein selbständiges Bremen für die Bundesrepublik und unsere Nachbarländer hat. Und dabei hängt sehr viel von der Politik unseres Stadtstaates ab. Ob es ihr nämlich gelingt, deutlich zu machen, daß die Kriterien des Artikels 29 des Grundgesetzes weiterhin erfüllt sind.

Der von der Bundesregierung unter Vorsitz des früheren Reichskanzlers Luther eingesetzte Sachverständigenausschuß hat in seinem Gutachten vom Jahre 1955 Bremens Eigenstaatlichkeit wie folgt begründet. — Meine Damen und Herren, ich erinnere mich nicht, daß diese Zusammenfassung hier im Hause einmal vorgetragen worden ist. Sie gestatten, Herr Präsident, daß ich die Zusammenfassung des Luther-Gutachtens, soweit sie Bremen betrifft, hier einmal vollständig vortrage. Das Luther-Gutachten kommt zu folgendem Ergebnis:

1. Für Deutschland in seiner geographischen Lage und wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Weltmarkt sind eigene Seehäfen, eine eigene Flotte und ein welterfahrener Außenhandel unentbehrlich. Hamburg und Bremen sind die Träger dieser maritimen Interessen Deutschlands. Seehäfen, Seeschiffahrt und Außenhandel bestimmen seit mehr als einem Jahrtausend ihre besondere Aufgabe.

2. Bremen übt diese Aufgabe für ganz Deutschland aus. Es ist ebenso wie Hamburg, aber anders als die übrigen deutschen Seehäfen, Sitz eines eigenen starken Außenhandels und eigener weltbekannter Reedereien.

3. Bremens Bevölkerung ist überwiegend niedersächsischen Stammes. Jahrhundertelange Tätigkeit in Hafen, Seeschiffahrt und Außenhandel hat jedoch einen von der binnenländischen Umgebung wesensverschiedenen Lebensraum mit einem besonderen Menschenschlag entstehen lassen, der auch in politischer (alte republikanische Tradition) und kultureller Hinsicht (Entwicklung der kirlichen und schulischen Verhältnisse) eigene Wege gegangen ist.

4. Der einzelne Bremer empfindet die Gefährdung der Selbständigkeit seines Stadtstaates zugleich als Bedrohung der eigenen Existenz.

5. Der weit überwiegende Teil der gesamten Wirtschaft Bremens ist an Hafen- und Außenwirtschaft gebunden. Bremens Importgüter gehen bis in die fernsten Gebiete Deutschlands. Seine Exportwaren werden in allen Teilen der Bundesrepublik produziert.

6. Ein moderner Seehafen und Welthandelsplatz kann sich im scharfen Wettbewerb nur behaupten, wenn er alle Kräfte der öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaft auf seine besondere Aufgabe konzentriert. Deshalb wird auch ausländischen Seehäfen im wachsenden Umfang die Stellung autonomer Hafenkörperschaften verliehen. Die Wettbewerbsfähigkeit eines internationaler Konkurrenz ausgesetzten Welthafens hängt von der schnellen Anpassung an die ständig wechselnden technischen und ökonomischen Erfordernisse ab. Sie durchzuführen ist nur mit erheblichen Mitteln möglich.

7. Die Eingliederung Bremens in ein größeres Land würde die Hansestadt der für die Erfüllung ihrer maritimen Aufgaben notwendigen Finanzkraft, die ohnehin nur dem Durchschnitt aller Länder des Bundesgebietes entspricht, berauben, ohne die Finanzschwäche eines größeren nordwestdeutschen Landes wesentlich mildern oder gar beheben zu können.

8. Wichtige finanzpolitische Entscheidungen, die infolge der Einheit von Landes- und Kommunalverwaltung jetzt an Ort und Stelle sachgerecht und schnell getroffen werden können, würden aufgesplittert und nur mit zeitlicher Verzögerung von Stellen, die räumlich entfernter liegen, gefällt werden.

9. Die Kreditwürdigkeit Bremens im In- und Ausland, die der Stadtstaat wegen der Überschaubarkeit seiner Verhältnisse und wegen seines internationalen „good will" seit langem genießt, könnte beeinträchtigt werden.

10. Für die Wahrung der deutschen Seehafenbelange sind neben eigenen Anstrengungen der Hansestädte Maßnahmen des Bundes von wesentlicher Bedeutung: Seehafentarifbildung, Exportförderung, Außenhandelslenkung, Devisenwirtschaft, Bau und Unterhaltung der Wasserstraßen, Finanzierungshilfen für den Wiederaufbau der eigenen Handelsflotte sind Angelegenheiten seiner Kompetenz. Er allein ist berufen, zwischen außenwirtschaftlichen und binnenwirtschaftlichen Interessen Deutschlands den Ausgleich zu finden.

11. Rang und Rechte eines Bundeslandes ermöglichen den Hansestädten, die Interessen ihres besonderen Wirkungskreises beim Bund erfolgreich zu vertreten.

12. Aus allem folgt: Der Stadtstaat Bremen in seiner gegenwärtigen Größe und seiner staatsrechtlichen Stellung ist unter den Gesichtspunkten der landsmannschaftlichen Verbundenheit, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und des sozialen Gefüges eine geschlossene, in Jahrhunderten bei unveränderter Aufgabenstellung organisch gewachsene Einheit. Seine Größe und Leistungsfähigkeit stehen in einem ausgewogenen Verhältnis zu seiner besonderen wirtschaftlichen Aufgabe, der sich (mit Ausnahme Hamburg) kein anderes deutsches Land so verpflichtet fühlt und die an keiner anderen Stelle mit gleichem Nutzen für die Gesamtheit erfüllt wird.

13. Sämtliche Voraussetzungen, die ein Bundesland nach Artikel 29 Absatz 1 erfüllen muß, sind daher für den Stadtstaat Bremen in seiner gegenwärtigen Gestalt gegeben.

Soweit das Luther-Gutachten!

Wenn wir nach diesen Maßstäben Bremens heutige Stellung in der Bundesrepublik prüfen, so scheint es meiner Fraktion, daß auch bei kritischer Betrachtung kein einziges Wesensmerkmal für die Erhaltung der Eigenstaatlichkeit entfallen ist.

(Beifall)

Wir erkennen jedoch auch, von welch eminenter Bedeutung die zukünftige Entwicklung unserer Finanzkraft für unser Gemeinwesen ist.

Meine Damen und Herren, es läge für mich als langjähriges Mitglied der Finanzdeputation und des Haushaltsausschusses nahe, nunmehr in Einzelerörterungen der Finanzprobleme einzutreten. Ich will mich dieser Versuchung aber entziehen, denn als Rednerin meiner Fraktion geht eine allgemeinpolitische Stellungnahme finanzpolitischen Spezial- und Sonderfragen vor, zumal durch die Einführungen des Herrn Senators Speckmann und des Sprechers der Finanzdeputation, Herrn Götze, einfach Wiederholungen nicht zu vermeiden wären, und ich glaube, das ist nicht im Interesse dieses Hauses.

Lassen Sie mich also fortfahren: Zwanzig Jahre Nachkriegsdemokratie haben gezeigt, daß nicht alle Institutionen, welche die Väter des Grundgesetzes und der Länderverfassungen geschaffen haben, in der politischen Wirklichkeit so funktionieren, wie man sich das einmal vorgestellt hat. Das gilt auch für das Budgetrecht der Parlamente und für die Kontrolle der Exekutive durch die Volksvertretung im allgemeinen. In der Theorie kann die Exekutive keinen Pfennig ausgeben, der ihr nicht vorher vom Parlament bewilligt wurde. Tatsache ist indessen, daß die Haushaltsmittel für 1969 durch gesetzliche Verpflichtungen, Zinslasten und andere Zwangsläufigkeiten mit Ausnahme eines ganz geringfügigen Prozentsatzes bereits festgelegt sind.

In der Theorie gibt es keinen politischen Raum, der sich der parlamentarischen Kontrolle entzieht. In der Wirklichkeit existieren zum Beispiel ständige Konferenzen der Ministerpräsidenten, der Kultusminister, der Finanzminister,

(Bürgermeister Koschnick: Der Fraktionsvorsitzenden!)

die handfeste politische Entscheidungen treffen, die sie nur mehr oder weniger theoretisch vor ihren Parlamenten zu verantworten haben.

(Sehr gut! bei der CDU)

Zu der politischen Verantwortung möchte ich unter Bezugnahme auf meine Ausführungen in der Sondersitzung am 25. September folgendes ergänzen: Verschiedene Kollegen der CDU haben mich seinerzeit dahin mißverstanden, als hätte ich die politische Gesamtverantwortung des Senats und seiner einzelnen Mitglieder in Frage stellen wollen. Nichts liegt mir ferner als die Verneinung der in einer parlamentarischen Demokratie unentbehrlichen Kabinettsverantwortung.

Aber Sie werden mir einräumen müssen, meine Damen und Herren, daß das eigenartige bremische Deputationswesen das Ausmaß eben dieser Verantwortlichkeit in eine gewisse Nebelwand taucht. Wenn nämlich die Deputation im Rahmen ihrer Zuständigkeit eine Maßnahme beschlossen hat, dann kann die Verantwortung für diese Maßnahme nicht alleine den Ressortsenator treffen, sondern bezieht sich auch auf die Mitglieder der Deputation. In der damals strittigen Frage wurde unter anderem der Vorwurf erhoben, die Deputation sei nicht einberufen worden, und ich stellte damals die Gegenfrage, warum denn nicht die bürgerschaft-

lichen Deputierten eine solche Einberufung verlangt hätten. Die Bürgerschaft — und das, glaube ich, dürfen wir hier alle feststellen — kann jedenfalls nicht über die Deputation an der Verwaltung teilhaben und gleichzeitig die Verantwortung nur beim Senat suchen.

Die Haushaltsberatungen der Bürgerschaft haben ja allein dadurch einen von den Verhältnissen in allen anderen Bundesländern abweichenden Charakter, als der zur Beratung anstehende Haushalt nicht von der Regierung, sondern von den Deputationen vorbereitet, dem Haushaltsausschuß aufgestellt, der Fnanzdeputation genehmigt und vom Senat in Form einer Mitteilung über das Haushaltsgesetz und die Haushaltspläne eingebracht worden ist. In dieser Beziehung ist also der Senat auf eine, sagen wir, recht dürftige Übermittlerrolle beschränkt. Aber natürlich, wir wissen alle, daß er hinter den Kulissen sehr, sehr kräftig mitmischt.

Diese verantwortliche Mitwirkung der Deputationen und des Haushaltsausschusses sollten wir, meine Damen und Herren, auch dann nicht aufgeben, wenn, wie Gerüchte besagen, der Staatsgerichtshof im Wege einer nahezu revolutionären Entscheidung diesem Parlament das Recht zusprechen sollte, echte Parlamentsausschüsse berufen zu dürfen. Auf diese Frage möchte ich später noch einmal kurz eingehen.

Die bevorstehenden Beratungen werden und müssen sich auch mit vermeintlichen oder wirklichen Fehlern und Mißständen in der Verwaltung beschäftigen. Wenn ich einleitend einige spöttische Bemerkungen über voraussehbare Ansatzpunkte besonders kritischer Kollegen gemacht habe, so möchte ich, um nicht mißdeutet zu werden, hier keinen Zweifel daran lassen, wie notwendig ich die parlamentarische Kritik an der Exekutive halte. Kontrolle und Kritik sind nicht nur Aufgabe der Opposition, sondern gleichermaßen der Regierungsfraktionen. Wir sind nicht die Mohrenwäscher der Verwaltung.

Natürlich muß man in Rechnung stellen, daß bei der Abwicklung eines Milliarden-Haushalts menschliches Versagen bei einem Personalbestand von etwas über 24 000 Beschäftigten einfach nicht ausgeschlossen werden kann. Eine so fehlerfreie Organisation wäre direkt unheimlich, ich möchte sagen, sie wäre beinahe unmenschlich. Und da wir in Bremen nicht unmenschlich sind, so machen wir in Bremen natürlich auch Fehler.

Aber es gibt ärgerliche Pannen, von denen wir auch in unseren Fraktionsberatungen erfahren haben und die im Interesse des Steuerzahlers nicht einfach hingenommen werden dürfen. Bei einer Reihe von Bauprojekten — es wurde anläßlich der vergangenen Haushaltsberatungen und auch in der Zwischenzeit selbstverständlich darauf hingewiesen — sind Planungs- oder Ausführungsmängel zu verzeichnen, bei denen gefragt werden muß, wer hierfür verantwortlich ist und ob nicht im Einzelfall so grobe Fahrlässigkeit vorliegt, daß der schuldige Beamte im Wege des Paragraphen 77 Bremisches Beamtengesetz in Regreß genommen werden sollte.

(Abg. Filzen [CDU]: Es ist an der Zeit!)

Meine Damen und Herren, ich komme hiermit auf die wichtigste Frage unseres Staatswesens, das Problem nämlich, ob der öffentliche Dienst noch zeitgemäß strukturiert und organisiert ist. Die „hergebrachten" Grundsätze des Berufsbeamtentums haben zwei nationale Katastrophen unseres Volkes unversehrt überstanden. Uns aber erscheint, daß der Typ des Staatsdieners, uns überliefert, wenn auch nicht mehr in seiner Form aus dem 19. Jahrhundert, der geeignet war, die bewahrenden staatlichen Funktionen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu meistern, nicht mehr ausreicht für die Bedürfnisse eines modernen Staates.

(Beifall bei der SPD)

Heute bedeutet Verwaltung unter anderem Daseinsvorsorge, Planung für die Zukunft, Gestaltung der Umwelt, Raumordnung, Landesplanung und Reform des Schul- und Hochschulwesens. Diesen Ansprüchen einer modernen Leistungsgesellschaft kann ein Recht des öffentlichen Dienstes nicht entsprechen, dessen Grundwerte noch immer in Treue, Ordnung und Vaterlandsliebe bestehen.

(Beifall bei der SPD)

Es wird Zeit, daß man sich frei macht von dem selbstgestrickten Paragraphengestrüpp, das Beamte für Beamte stricken und das uns in unseren Ausschuß- und Plenarsitzungen so häufig beschäftigt und doch nicht vertraut wird. Man ist versucht, es mit einem Wort von Wilhelm Kaisen als „Chinesenkram" zu bezeichnen.

Nun sind wir in Bremen natürlich nicht in der Lage, ein modernes Dienstrecht allein zu konzipieren. Aber alles spricht dafür, daß wir ein wenig mehr Mobilität und Elastizität schaffen, und die Einführung des Status des politischen Beamten für Spitzenstellungen würde meine Fraktion in diesem Zusammenhang sehen. Die Erfahrungen in Bund, Ländern und Gemeinden sprechen übereinstimmend dafür, daß die verantwortlichen Politiker in der Exekutive ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit solche Spitzenstellungen in der Regel mit Personen ihres persönlichen, fachlichen und auch politischen Vertrauens besetzen.

Wenn man von dieser Wirklichkeit ausgeht, muß man bei einem Staatswesen, das den politischen Wandel zum Verfassungsgrundsatz erhebt, auch die Möglichkeit personellen Wechsels in Spitzenfunktionen in Erwägung ziehen. Der denkbare Einwand, daß auf diese Weise ein nach amerikanischem Vorbild „gefeuerter" Spitzenbeamter möglicherweise in den Genuß vorzeitiger Pension kommt, nun ich meine, das ist ein kleinkarierter Gedanke im Ver-

hältnis zu den möglichen Nachteilen, die aus einem Spannungs- oder gar Mißtrauensverhältnis zwischen politischer Spitze und Verwaltungsführung entstehen könnten. Wir hoffen, vom Senat in dieser Frage bald eine Antwort erhalten zu können.

Eine Empfehlung möchten wir indessen dem Senat zur baldigen Realisierung ans Herz legen: Das ist die Notwendigkeit, den Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes Gelegenheit zur ständigen fachlichen Vervollkommnung im Rahmen von entsprechenden Lehrgängen zu verschaffen, wie sie zum Beispiel in anderen Ländern seit kurzem eingeführt worden sind.

(Abg. Dr. Klink [SPD]: Sehr richtig!)

Kein Verantwortlicher in Wirtschaft, Wissenschaft oder Technik kann heute seine Berufsaufgabe ohne laufende Erneuerung und Ergänzung seines Wissens erfüllen. Das gilt im gleichen Maße für den öffentlichen Dienst. Aber nicht nur die Fortbildung, sondern auch die Ausbildung der Beamten schlechthin sollte überprüft weden. Sie muß gründlicher und sachgerechter werden, das heißt mehr ausgerichtet auf die Bedürfnisse einer modernen Gesellschaft.

Die ständig steigenden Personalaufwendungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen, die auch in Zukunft anhalten werden, zwingen uns dazu, noch mehr als bisher darauf hinzuwirken, daß unsere Verwaltung in die Lage versetzt wird, auch die zukünftigen Staatsaufgaben wirklich vollkommen zu erfüllen. Dazu gehört vor allem auch eine stärkere Rationalisierung im öffentlichen Dienst, das heißt ständige Untersuchung von Arbeitsabläufen, organisatorischen Zusammenhängen und personellem Einsatz. Hierbei handelt es sich um eine fortdauernde Aufgabe, die nicht durch eine in größeren Zeitabständen durchgeführte Gesamtuntersuchung ersetzt werden kann.

Daß es bei der Modernisierung unseres öffentlichen Dienstes nicht an den Menschen, sondern am System mangelt, erkennen wir mit Respekt und Dankbarkeit an der vorzüglichen Leistung, welche die damit befaßten Beamten und Angestellten bei der Vorbereitung der Haushaltsreform erbracht haben. Daß Bremen als erstes Bundesland diese Arbeit unter gleichzeitiger Umstellung auf die Datenverarbeitung bewerkstelligen konnte, ist ein Beweis dafür, daß die Freude, an einer bahnbrechenden Aufgabe mitzuwirken, und der Stolz auf die eigene Leistung auch im öffentlichen Dienst zu hervorragenden Ergebnissen führen.

(Beifall)

Die Bewältigung, meine Damen und Herren, unserer landes- und kommunalpolitischen Zukunftsaufgaben wird im wesentlichen und in erster Linie von der Entwicklung unserer Wirtschaft abhängen. Niemand wird bestreiten, daß die Wirtschaftspolitik des vergangenen Jahres, die immer mit dem Namen Schiller verbunden bleibt,

(Abg. Koschek [CDU]: Friedrich Schiller?)

— ich hätte von einem Politiker erwartet, daß er etwas mehr mit den führenden Persönlichkeiten der Bundesrepublik vertraut ist —

(Beifall bei der SPD — Abg. Klemmer [SPD]: Er soll lieber Oberbetten verkaufen!)

die Bundesrepublik vor einer sehr ernsten Krise bewahrt hat, und die nun auf neue konjunkturelle Höhepunkte zusteuert. Wie weit allerdings die währungspolitischen Maßnahmen der letzten Wochen auf die Wirtschaftsentwicklung, insbesondere in den vom Außenhandel stark beeinflußten Stadtstaaten negative Auswirkungen haben werden, können wir heute noch nicht übersehen.

Was die Hafenwirtschaft betrifft, können wir hier allerdings eine gewisse Sorge nicht verhehlen. Andererseits zeichnet sich gerade in diesem Bereich dank der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und günstigerer Tarifgestaltung eine vernünftige Politik der Bundesregierung ab. Die einseitige Begünstigung der Rhein-Schelde-Häfen durch frühere Bundesregierungen ist glücklicherweise von der gegenwärtigen Regierung, insbesondere auf Initiative des Herrn Bundesverkehrsministers Leber, aufgehoben worden.

(Abg. Dr. Klink [SPD]: Sehr richtig!)

Daneben wollen wir aber auch unsere eigenen gewaltigen Investitionen nicht unter den Scheffel stellen, die vor allen Dingen nach Bremerhaven geleitet werden, um dort die Errichtung eines Container-Großterminals zu ermöglichen, der dieser Stadt hervorragende Zukunftschancen eröffnet. Eine sinnvolle, über die Landesgrenzen hinausgreifende Zusammenarbeit mit den niedersächsischen Hafenstädten Nordenham und Brake wird die Voraussetzung für eine durchaus günstige Entwicklung aller Unterweser-Häfen bieten. Es gilt, alle Anstrengungen auf die Hilfe des Bundes um die Unterweservertiefung und den weiteren Ausbau der Verkehrswege zu konzentrieren.

Die Struktur der bremischen Wirtschaft hat sich fraglos, wie wir mit Genugtuung feststellen, durch die Entwicklung der Klöcknerwerke, der VFW-Werke, der Atlas-Elektronik, von Nordmende und anderen Betrieben im Elektro- und Fahrzeugbau, also von Industrien mit Zukunftschancen, erheblich verbessert. Das gleiche gilt für Unternehmen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Erhebliche Anstrengungen werden wir alle für die Sicherung der Beschäftigung der bremischen Werften, vor allem im Exportschiffbau, weiter unternehmen. Diese finanziellen Anstrengungen müssen in jedem Falle fortgesetzt werden im Rahmen der Investitionsprogramme zur Verbesserung des technischen Leistungsstandes. Daneben bedarf es kaum einer Er-

wähnung, daß die weitere Ansiedlung von Industrien und die Bereitstellung von Gewerbegelände eine hervorragende, ständige Aufgabe bleiben wird.

Sorge und Hilfe dieses Hauses haben im besonderen Maße der Bremerhavener Hochsee- und Loggerfischerei gegolten und haben zu dem Erfolg geführt, daß Bremerhaven im Zuge des Strukturwandels und der Konzentration auf allen Ebenen die beste Chance hat, sich von den vier Seefischmärkten am besten und sichersten zu behaupten.

Wir möchten ganz generell feststellen, daß der Stadtstaat Bremen auf wirtschaftlichem Gebiet selbstverständlich keine eigene „Wirtschaftspolitik" betreiben kann, sondern unsere Bemühungen müssen sich auf die recht kostspielige und sehr mühsame Förderung der verschiedenen Wirtschaftszweige in unserem Lande beschränken. Dabei liegt es im besonderen Interesse unserer Eigenstaatlichkeit und unserer Wirtschaftsentwicklung, in die Betrachtung auch die niedersächsischen Nachbargebiete einzubeziehen und Fortschritte dort zu begrüßen und zu unterstützen. Das schließt Mißgunst oder Kritik von vornherein aus, wenn dieses oder jenes Bremer Unternehmen aus betrieblichen Gründen seine Betriebe in die Randgebiete Bremens verlegt.

Lassen Sie mich nun, meine Damen und Herren, zu einem anderen für uns entscheidenden Punkt kommen: Gewaltige finanzielle Belastungen stehen Bremen auf dem Gebiet des Bildungswesens bevor. Niemand kann in Abrede stellen, daß gerade auf dem Gebiet des Schulbaus seit 1948 in Bremen enorme Leistungen vollbracht wurden. Nachdem wir die für diese Legislaturperiode ursprünglich vorgesehenen Investitionen in Höhe von 80 Millionen DM kürzlich in einem Sonderprogramm um 40 Millionen DM aufgestockt haben, ergibt sich die imponierende Zahl von 350 Millionen DM, die seit der Währungsreform bis Ende 1971 nur für die allgemeinbildenden und für die berufsbildenden Schulen hier in der Stadt Bremen investiert werden.

Bremen ist die relativ kinderreichste Großstadt der Bundesrepublik.

(Heiterkeit und Zurufe)

Die Zahl des Geburtsjahrganges 1966 liegt mit rund 10 400 Kindern fast doppelt so hoch wie der Geburtsjahrgang 1953 mit rund 5 500.

(Erneute Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, Sie sind doch eigentlich bald alle aus dem Alter heraus, um da noch ganz entscheidend mitzuwirken! Oder irre ich mich?

(Stürmische Heiterkeit)

Ich meine, das verdanken wir unseren Mitbürgern.

(Abg. Sagner [CDU]: Sie unterschätzen Ihre Fraktion!)

Wir? Ich weiß es nicht!

Die damit erforderlich werdende weitere Verstärkung des Schulbaus läßt sich in ihren endgültigen Dimensionen nur ahnen. Die Folgerung ist, daß die Schulinvestitionen auch künftiger Legislaturperioden noch eine hohe zusätzliche Anstrengung und Belastung unserer Haushalte bringen werden. Wir müssen dabei immer auf die zwangsläufige Steigerung der Anforderung besonders des Personals auf diesem Gebiet hinweisen. Eine zeitgemäße qualitative Verbesserung unseres Schulwesens, die meine Fraktion rückhaltlos bejaht, wird weitere finanzielle Anstrengungen zur Folge haben. Das gleiche — und ich glaube, darüber sind sich viele in diesem Hause oft nicht klar — gilt für den Ausbau unserer Höheren Fachschulen und Akademien zu Fachhochschulen.

Die Entwicklung des uns allen am Herzen liegenden Projekts einer bremischen Universität läßt sich hoffnungsfroher an, als wir noch vor einem Jahr erwartet haben. Wir haben den Eindruck, daß der neue Gründungssenat aus Persönlichkeiten zusammengesetzt ist, die Dynamik mit Realismus verbinden und in dankenswerter Weise den ständigen Kontakt zu den verantwortlichen Politikern suchen.

(Beifall bei der SPD)

Einige von uns werden ja in Kürze wieder Gelegenheit haben, zu einem Gespräch mit dem Gründungssenat zusammenzukommen. Wir können diesen Damen und Herren nur Respekt dafür zollen, daß sie so viel Mühe für unsere künftige Alma mater aufwenden, und sicher nicht ohne Zeitopfer für ihre eigene wissenschaftliche Arbeit.

Die Freunde meiner Fraktion werden diesen Bemühungen Rechnung tragen durch Aufgeschlossenheit und rückhaltlose Bereitschaft zur Kooperation.

(Abg. Hauptmann [FDP]: Wir auch!)

Dabei beherrscht uns der Wunsch, daß hier in Bremen eine fortschrittliche und freiheitliche Hochschule vor allem für den akademischen Nachwuchs entsteht, den die moderne Gesellschaft in ihren mannigfaltigen Funktionen benötigt. Die Freiheit der Studienwahl birgt ja leider das Risiko in sich, ein Studium zu ergreifen, für das ein ausreichendes gesellschaftliches Bedürfnis nicht besteht. Das kann persönliche Tragödien zur Folge haben. Daher sollte bei der Errichtung neuer Hochschulen nicht am Bedarf vorbeigeplant werden.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Natürlich bedeutet der Bau der Universität nach wie vor eine schwere Belastung unserer Finanzen auf Jahrzehnte. Aber wenn wir zu Recht in der Entwicklung unseres Bildungswesens die Zukunftschancen unseres Volkes sehen, kann und darf sich Bremen dieser Verpflichtung nicht entziehen, zumal das Länderabkommen uns eine Unterstützung

zusagt, welche die auf Bremen entfallenden Kosten in vertretbaren Grenzen hält.

Ziel, meine Damen und Herren, unseres ganzen Bildungswesens darf aber nicht nur die Vorbereitung der Jugend auf die Bedürfnisse der modernen Leistungsgesellschaft sein. Gleichwertig ist die weitere Verwirklichung unserer Demokratie durch die Gewährung gleicher Bildungschancen für alle nach Maßgabe ihrer Begabung.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wie Psychologie und Pädagogik lehren, wird der Ubergang in die Schule den Kindern durch einen Kindergartenaufenthalt erleichtert. Auf diesem Wege können vor allem durch Umwelteinflüsse benachteiligte Kinder den Anschluß an die Forderungen der Schule gewinnen. Durch das vor kurzem angelaufene Sofortprogramm wird das Platzangebot für die drei- bis sechsjährigen Kinder von zur Zeit 5 300 Kindergartenplätzen auf 7 700 Plätze erhöht. Auch auf diesem Gebiet werden wir noch auf lange Sicht große Anstrengungen machen müssen, um den Bedürfnissen gerecht zu werden.

In diesem Zusammenhang sollten wir auch einen Gedanken an die vielen tausend berufstätigen Mütter wenden, deren Arbeitskraft für die Gesellschaft unentbehrlich geworden ist. Die Zeit, in der viele Mitbürger für die Arbeit dieser Frauen nur den stummen Vorwurf hegten, sie vernachlässigten ihre Kinder, sollte ein für allemal vorüber sein. Den wirtschaftlichen Status unseres Landes, meine Damen und Herren, und den sozialen Frieden breiter Schichten verdanken wir nicht zuletzt den Fleiß dieser Frauen,

(Beifall)

der sie oft mit der doppelten Belastung durch Familie und Beruf überfordert. Dafür schulden wir ihnen, daß ihre oft drückende Sorge um die Obhut ihrer Kinder erleichtert wird.

(Beifall — Abg. Hauptmann [FDP]: Durch Einführung der Halbtagsbeschäftigung für Beamtinnen!)

Meine Damen und Herren, der Bereich der öffentlichen Verantwortung auf Landes- und Kommunalebene ist so vielgestaltig und umfangreich, daß im Rahmen einer Grundsatzdebatte nur wenige von vielen wichtigen Themen gestreift werden können. Wir leben in einer Zeit, in der nicht nur die Demokratisierung des sich immer stärker ausweitenden Staatswesens gefordert wird, sondern sehr ernst zu nehmende Bestrebungen sich bemerkbar machen, die Demokratisierung auf Lebensbereiche zu erweitern, die bisher davon ausgeschlossen waren. Es wird die Demokratisierung der Unternehmen gefordert, und wenn es nach uns Sozialdemokraten geht, auch bald auf dem Wege der paritätischen Mitbestimmung verwirklicht.

(Beifall bei der SPD)

Die Demokratisierung der Schulen, und vor allem der Hochschulen, geht weiter voran. Selbst die seit fast zwei Jahrtausenden hierarchisch gegliederte katholische Kirche muß sich mit dieser Forderung auseinandersetzen.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Die Bundeswehr schlagen wir noch vor!)

Der Staatsrechtler Richard Thoma nannte in den zwanziger Jahren die Demokratie ein Staatswesen, dessen Souverän man unentwegt anschreien müßte, damit er nicht einschläft. Nun, wir dürfen feststellen, unsere Studenten haben von ihm gelernt. Im politischen Bereich richtet sich die heutige Kritik vor allem gegen das Übergewicht einer monokratischen Bürokratie. Offenlegung der Entscheidungsprozesse zum Zweck der demokratischen Kontrolle wird gefordert. Einer solchen Offenlegung dienen diese unsere Haushaltsberatungen.

Die Stellung der Regierungen hat sich allerorten durch die Erweiterung der Staatsausgaben und die daraus folgende Ausdehnung und Spezialisierung des Staatsapparats gestärkt. Die Parlamente tun sich schwer, ihre Kontrollfunktionen dieser Entwicklung anzupassen. Theodor Eschenburg formuliert: „Das Parlament fungiert als kontrollbefugte Miniaturausgabe des Volkes. Er unterscheidet hierbei zwischen Richtungs- und Leistungskontrolle." Was wir in diesen Tagen betreiben, meine Damen und Herren, ist in erster Linie Leistungskontrolle, denn auch die Opposition würde unserem Stadtstaat keine grundsätzlich abweichende politische Richtung anbieten können.

Die Kontrolle der Leistung dieses Staates in bezug auf Rechtmäßigkeit, Gerechtigkeit, Zweckmäßigkeit und Präzision ist sehr schwer. Eschenburg sagt hierzu, und ich möchte zitieren:

„Wenn die Kontrolltätigkeit des Parlaments intensiviert und ausgedehnt werden soll, dann bedarf es einer Parlamentsreform, von der wir in den letzten Jahren viel geredet haben, und in der kaum etwas geschehen ist. Es gibt aber elementare Voraussetzungen für die Parlamentsreform, wie immer sie aussehen mag. Einmal müssen die Abgeordneten und die Fraktionen nicht nur des Bundes und der Länder, sondern auch der Großstädte über ein qualitativ und quantitativ ausreichendes Personal und die entsprechende technische Apparatur verfügen, so daß die Kontrolle vorbereitet und damit überhaupt ermöglicht werden kann. Wer Verantwortung fordert, muß zum Fragen befähigt sein, und dazu gehört heute in vielen Fällen eine gründliche Präparation, die kein Abgeordneter, allein auf sich selbst gestellt, zu leisten vermag." Er fährt dann fort: „Um die rein parlamentarische Arbeit der Abgeordneten heute zu leisten, ist ein fulltime job nötig."

Soweit Theodor Eschenburg in einem Artikel in der „Zeit" vom 1. November dieses Jahres, den ich Ihnen empfehlen darf.

In Bremen, meine Damen und Herren, werden wir vor völlig neue parlamentarische Aufgaben gestellt, wenn sich die Informationen, na, sagen wir, „aus gewöhnlich gut unterrichteter Quelle" bestätigen sollten, wonach der Staatsgerichtshof die Einrichtung ständiger parlamentarischer Ausschüsse als verfassungsgemäß beurteilt. Selbst wenn wir — wozu wir dringend raten — mit den sich der Bürgerschaft dann eröffnenden Möglichkeiten zunächst sehr behutsam umgehen, würde eine Fülle verantwortungsvoller neuer Arbeit auf uns zukommen. In einer parlamentarischen Demokratie sind wir es dem Volke, das uns gewählt hat und dessen Vertreter wir sind, schuldig, diese Aufgaben mit allen unseren Kräften zu erfüllen. Die Schaffung ständiger Parlamentsausschüsse würde die SPD-Fraktion als eine bahnbrechende Emanzipation der Bürgerschaft betrachten.

Aber die Zeit des Honoratiorenparlaments ist ja auch ohnehin in Bremen schon lange vorbei. Mit einigen Nachmittagsstunden parlamentarischer Arbeit ist es nicht mehr getan. Ein immer höher werdender Preis an freier Zeit wird von uns gefordert. Diese Entwicklung ist unvermeidlich, wie immer wir sie auch beurteilen mögen. Sie wird auch zu Konsequenzen führen, die wir alle bedauern werden. Gerade die Angehörigen der freien Berufe könnten durch ein solches Übermaß an Beanspruchung aus diesem Hause verdrängt werden, was sehr, sehr schade wäre.

Ist es aber nicht auch ein Widerspruch im Zeitalter der „Participation", daß die Anzahl der weiblichen Abgeordneten von Jahr zu Jahr zurückgeht? Nicht zuletzt, weil sich die zeitlichen Opfer nicht mit den familiären Verpflichtungen vereinbaren lassen. Sie werden mir nicht verübeln, daß ich als erste Frau, die in der Geschichte der Bremischen Bürgerschaft zur Generaldebatte je das Wort erhielt, dieser Erscheinung besondere Beachtung und Besorgnis widme. Es ist kein Zweifel, daß so manche politische Begabung von Frauen durch den Mangel an Zeit und auch durch die zunehmende Härte der politischen Auseinandersetzung nicht zur Entfaltung kam. Dabei sollten sich auch die Vertreter des „stärkeren Geschlechts" bewußt sein, daß die Demokratie nur durch die tatsächliche und gleichberechtigte Teilnahme beider Geschlechter an der öffentlichen Verantwortung zur Wirklichkeit entwickeln kann.

(Beifall bei der SPD)

Nun eine Zwischenbemerkung, meine Damen und Herren: Wenn wir diese fünf Beratungstage zusammen in diesem Hause verbringen, dessen Errichtung allen Widerständen zum Trotz allein von meiner Fraktion durchgesetzt wurde, so sollten Sie, meine Damen und Herren, die Sie uns das damals so schwer gemacht haben, jetzt, wo unsere Mitbürger zu diesem Haus eine durchaus positive Einstellung gewonnen haben, eigentlich einmal ein Wort nachträglicher Anerkennung für unsere Standhaftigkeit finden.

(Beifall bei der SPD)

Zum Abschluß ein Wort zum Senat: Viele Mitglieder dieses Hauses werden in den nächsten Tagen mit Kritik und Anregungen nicht sparen. Der Erfolg unserer Beratungen liegt jedoch nicht allein in der Form und dem Inhalt unserer Reden und Anträge, sondern vor allem darin, daß Sie, Frau Bürgermeister, und Sie, meine Herren vom Senat, aus der Fülle der Darlegungen nach kühler Abwägung sich das zu eigen machen, was für diese Stadt und dieses Land von Nutzen ist.

In diesem Sinne wünsche ich unseren Beratungen einen guten Verlauf für Bremen. Möge jeder aus diesem Hause nur das sagen, was er später einmal, wenn er nicht mehr aktiv in der Politik steht, ohne Verdruß über sich selbst in den gedruckten Verhandlungsberichten nachlesen kann. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Dr. Sieling für die Fraktion der CDU.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wenn vier Fraktionen zu ein und demselben Thema Stellung zu nehmen haben, hat es natürlich der Sprecher oder die Sprecherin der ersten Fraktion besonders einfach, weil von dieser Seite dann ja vorausgesetzt werden kann, daß das, was man bringen will, noch nicht gesagt worden ist.

(Zuruf von der SPD: Dann müssen Sie die stärkste Fraktion werden!)

Wir werden Ihrem Wunsche gern folgen und demnächst auf die stärkste Fraktion losstreben! — Wir müssen allerdings feststellen, Frau Kollegin Müller-Wolff, daß Sie dieses Mal die Erstsprecherrolle als solche überboten haben, indem Sie Prognosen gestellt haben, was Angehörige meiner Fraktion während der nächsten Tage sagen werden.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Wollen wir Wetten abschließen?)

Leider haben Sie eine Prognose unterlassen, nämlich die in bezug auf meine eigenen Ausführungen, sonst könnte ich gleich zeigen, daß das Sprichwort noch gilt: „Erstens kommt es anders, und zweitens als man denkt!"

Zu einigen wenigen Fragen aber muß ich vorweg kurz Stellung nehmen. Zunächst zu der Frage der Mammutdebatten in diesem Hohen Hause während der Haushaltsberatungen. Auch meine Fraktion würde sehr begrüßen, wenn wir im Laufe des kommenden Jahres dahin kommen könnten, daß wir während des gesamten Jahres keine Sitzung in diesem Hohen Hause machen, ohne irgendein Zentralthema ausgiebig zu diskutieren.

(Beifall)

Wenn wir auf diese Weise über das Jahr hinweg Grundsatzdebatten zu den einzelnen Ressorts führen, brauchen wir in den nächsten Haushaltsberatungen nicht mehr die Grundsatzdebatten zu den Einzelplänen, sondern können uns darauf beschränken, die Dinge an Hand der eingebrachten Anträge zu diskutieren und vielleicht in drei oder vier Tagen die Haushaltsberatungen abschließen.

(Sehr gut! bei der CDU)

Noch ein Wort zu einem weiteren Punkt: Ich meine auch, daß die neue Entwicklung auf dem Finanzsektor in bezug auf die Finanzreform und in bezug auf die Ausgestaltung unserer Haushalte in den kommenden Jahren nicht gesehen werden kann, ohne nach der Entwicklung in unserem Parlament zu fragen. Es wird etwas anderes sein, ob wir nur mit Deputationen arbeiten, ob wir mit Deputationen und ständigen Ausschüssen arbeiten oder ob wir früher oder später unter Verzicht auf die Deputationen zu den ständigen Ausschüssen kommen werden. Diese Frage werden wir eingehend zu prüfen haben.

Das letzte, was ich aus Ihren Ausführungen hier vorweg aufgreifen möchte, ist die Frage der Eigenstaatlichkeit Bremens. Meine Damen und Herren, Politiker aller Parteien und aller Schattierungen der anderen Bundesländer haben sich in den letzten Jahren über diesen Punkt geäußert. Politiker, die mit Bremen, Hamburg und Berlin direkt nichts zu tun haben. Es sind Modelle genannt worden, ein Nordweststaat mit der Hauptstadt Hamburg, sowie ein Land Niedersachsen mit der Hafenstadt Bremen. Dabei, meine Damen und Herren, darf ich zu bedenken geben, ob — falls überhaupt — nicht ein Bremen als Hafen von Niedersachsen immer noch selbständiger sein würde als ein Bremen in einem Nordweststaat unter der Führung Hamburgs. Das sollte sich jeder einmal überlegen. Ich hoffe aber, daß wir in den nächsten Jahren weder das eine noch das andere ernstlich zu überlegen haben werden, denn wir unterstützen voll das, was Frau Müller-Wolff im Hinblick auf das Luther-Gutachten und die dortigen Beurteilungen gesagt hat. Selbstverständlich gelten diese Beurteilungen auch heute noch weitgehendst.

Vor allem aber, meine Damen und Herren, ist bei all diesen Äußerungen, ganz gleich, von welcher Seite sie gekommen sind, noch nicht einmal ein Vorschlag in konkreter Form unterbreitet worden, wie man sich eine solche Vereinigung vorstellt. Bislang will man nur das Geld Bremens. Man sieht nur, daß die Stadt Bremen vom Land Bremen mehr Geld erhält als die Hauptstädte der anderen Länder von ihren Ländern. Das sieht man, und da möchte man ran. Solange man aber nur an das Geld Bremens heran will, solange müssen wir uns, nicht nur im Interesse Bremens, sondern im Interesse der Bundesrepublik und der Hafenpolitik der Bundesrepublik, ganz hart dagegen wenden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, der erste, sicherste Schritt zur Erhaltung unserer staatlichen Selbständigkeit besteht darin, daß wir unsere Finanzkraft erhalten und in den Haushaltsberatungen dafür sorgen, daß gesunde Finanzpläne aufgestellt werden. Damit bin ich praktisch mitten in meinem Thema.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Schon die Haushaltsberatungen der vergangenen Jahre haben der CDU-Fraktion Gelegenheit gegeben, zu beweisen, daß sie sich nicht zum Sprecher von Interessenvertretungen hat machen lassen, um dadurch den Regierungsfraktionen immer wieder neue Anstöße zu geben, mehr und mehr aus dem Haushalt herauszuquetschen. Wir haben im Gegenteil in den hinter uns liegenden finanziell guten Zeiten immer wieder gefordert, an die Zukunft zu denken, um später Krisenzeiten umso besser überstehen zu können. Zugleich haben wir im Interesse der Haushaltswahrheit und der Haushaltsklarheit auf der Ausgabeseite alles abgelehnt, was nach unserer Ansicht als reine Augenwischerei bezeichnet werden mußte — ich erinnere an die seinerzeit geführte Diskussion um die Werderlandstraße —, und auf der Einnahmenseite alles beanstandet, was nach unserer Überzeugung zu hoch angesetzt worden oder gar noch von Dritten in der Festsetzung abhängig war.

Dennoch haben wir bei der Begründung unserer damaligen Ablehnung der vorgelegten Haushalte niemals einen Zweifel daran gelassen, daß es uns im Interesse Bremens freuen würde, wenn sich die sehr optimistischen Voraussagen der Regierungsfraktionen dennoch bewahrheiten sollten.

(Abg. Friedrich Meier [SPD]: Für die wir bisher immer noch eintreten!)

Dieses Glück war Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, bis zum Jahre 1966 hold. Das mag dazu beigetragen haben, daß Sie damals nicht in genügendem Maße Prioritäten in den Ausgabeplanungen für die jeweils folgenden Haushalte gesetzt hatten.

Daß wir mit diesem Urteil nicht allein stehen, mögen Ihnen zumindest für das Schulwesen die Ausführungen des Herrn Präsidenten des Senats zeigen, die dieser am 19. November dieses Jahres in Blumenthal gemacht hat. Dort stellte Herr Bürgermeister Koschnick fest, man habe bei aller Planung versäumt, in Zeiten des Wohlstands daran zu denken, daß Bremen infolge des sozialen Wohnungsbaus zu der kinderreichsten deutschen Großstadt werden könnte.

(Bürgermeister Koschnick: Ja, das haben wir nicht gesehen!)

Aufgrund dieser mangelnden Planung aber habe man bis heute die Schulraumnot nicht beheben können, und man werde auch in den kommenden Jahren diese Situation nicht wesentlich bessern können. — „Weser-Kurier" vom 21. November 1968.

Was hier vom Regierungschef für den Bildungsbereich anerkannt worden ist, gilt leider auch für andere Sektoren.

(Abg. Dr. Klink [SPD]: Zum Teil!)

Das hat man uns in den Vorjahren leider nicht abnehmen wollen.

(Abg. Klemmer [SPD]: Als da war?)

Erst als Anfang dieses Jahres der Haushalt 1968 in der Bürgerschaft beraten und die recht düstere mittelfristige Finanzplanung vorgelegt wurde, wurde allgemein offenbar, wie berechtigt unsere seit Jahren erhobene Forderung nach einer besseren Schwerpunktbildung gewesen ist. Bestätigte doch der Rückblick auf die finanzielle Entwicklung im Haushaltsjahr 1967 die von uns Ende 1966 gegebene Prognose, daß die von den Regierungsfraktionen erwarteten Einnahmen an Landes- und Gemeindesteuern nicht erreicht worden sind.

(Abg. Bugla [SPD]: Wer hat denn Bundespolitik getrieben? — Abg. Götze [SPD]: Von Rezessionen nie etwas gehört!)

Schon unmittelbar nach den Haushaltsberatungen für 1967 hatte sich gezeigt, daß die veranschlagte Einnahmeseite um 15,5 Millionen DM gekürzt werden mußte, da, wie von uns vertreten, der Länderanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer entgegen den in Anschlag gebrachten 65 Prozent weiterhin nur 63 Prozent betragen würde.

(Abg. Götze [SPD]: Wollen Sie nie zur Kenntnis nehmen, daß wir uns auf rechtlicher Basis bewegt haben?)

Außerdem bewahrheitete sich unsere skeptische Beurteilung des von den Regierungsfraktionen veranschlagten Steueraufkommens selbst, indem die Landes- und Gemeindesteuern um etwa 26 Millionen DM hinter dem Haushaltsanschlag zurückblieben, so daß bis Ende des Jahres ein Einnahmeausfall von 41,5 Millionen DM ausgeglichen werden mußte. Dieses, meine Damen und Herren, konnte nur dadurch erreicht werden, daß größere Mittel für den damaligen Haushaltsplan nicht freigegeben und damit Zusagen nicht erfüllt werden konnten.

(Bürgermeister Koschnick: Zusagen nicht erfüllt?)

In dieser Situation beschwor uns der Herr Finanzsenator zu Recht mit einem Satz aus dem „Gastmahl der sieben Weisen" des Plutarch, daran zu denken, daß der Haushalt der beste sei, in dem man nichts Überflüssiges wolle, aber auch nichts Notwendiges entbehre. Mit Wehmut mußten wir bei diesen Ausführungen zurückdenken an die zahlreichen, mitunter recht höhnischen Kritiken an unseren Aufforderungen zur Sparsamkeit, die uns aus dem Munde von Vertretern der Regierungsfraktionen entgegengehalten worden waren, wenn wieder einmal eine günstigere Entwicklung im Steueraufkommen des Vorjahres ihrem Wunschdenken Nahrung gegeben hatte.

Anfang 1968 wurde erstmalig eingeräumt, daß man nicht mehr auf ständig steigende Zuwachsraten im Steueraufkommen hoffen dürfe und daher gezwungen sei, sowohl auf dem Personalsektor als auch im Sachhaushalt sehr, sehr strenge Maßstäbe anzulegen. Selbst auf dem Bausektor machte man sich jetzt unsere seit Jahren erhobene Forderung zu eigen, nicht so aufwendig zu bauen und allein die Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit zum Maßstab aller Entscheidungen bei Planung und Durchführung von öffentlichen Gebäuden zu machen. Besonders die Tatsache, daß der außerordentliche Haushalt 1968 keinerlei Zuweisungen mehr aus dem ordentlichen Haushalt erwarten konnte, und der Ernst, der aus der uns damals vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung sprach, haben alarmierend in diesem Hohen Hause gewirkt.

Aus dieser Situation heraus ergaben sich, meine Damen und Herren, aber auch einige gute Seiten, welche in folgenden Gegebenheiten zum Ausdruck gekommen sind:

Erstens: Als Herr Filzen am letzten Tage der Haushaltsberatungen feststellte, daß das emotionelle Wunschdenken vergangener Jahre, vor dem die CDU-Fraktion immer wieder nachdrücklich gewarnt habe, nunmehr auch bei den Regierungsfraktionen einer nüchternen Betrachtungsweise gewichen sei, rief ihm der Abgeordnete Mahlstedt zu: „Weils erforderlich ist!" Damit ist doch wohl gesagt, daß Herrn Mahlstedt inzwischen aufgegangen war, daß die SPD bis dahin wirklich dem von Filzen dargelegten Wunschdenken erlegen gewesen war.

(Abg. Ströh [SPD]: Sie übertreiben aber, Herr Dr. Sieling!)

Insofern hat Herr Mahlstedt mit seinem Zwischenruf den Nagel auf den Kopf getroffen!

(Beifall bei der CDU — Abg. Klemmer [SPD]: Da wird er sich freuen, wenn er das hört!)

Zweitens: Zum ersten Mal seit Jahren zeigten sich gewisse Ansätze für eine Versachlichung der Haushaltsberatungen, indem Anträge, Anregungen und Vorschläge der Opposition nicht mehr, wie früher, einfach vom Tisch gefegt, sondern, wenigstens in den meisten Fällen, ehrlich diskutiert und einer objektiven Prüfung unterzogen wurden.

(Abg. Friedrich Meier [SPD]: Das war schon immer so!)

Drittens: Verschiedene Anträge der Opposition fanden die Unterstützung der Regierungsfraktionen und wurden von der Mehrheit des Hauses angenommen.

(Abg. Friedrich Meier [SPD]: Umgekehrt genauso!)

Wir hoffen aufrichtig, daß dieser Ansatz zu einer Versachlichung der Arbeit zwischen Regierungskoalition und Opposition nicht nur auf Zeiten besonderer finanzieller Schwierigkeiten beschränkt bleiben möge.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, die uns heute vorliegenden Haushalte umfassen ein Bruttovolumen von etwa 1,75 Milliarden DM. Sie liegen damit um 179 Millionen DM über dem Bruttohaushalt von 1968. Zieht man die Erstattungen innerhalb der Haushalte sowie die Erstattungen und Zuweisungen zwischen den Haushalten ab, so übersteigt das heutige Nettovolumen von etwa 1,3 Milliarden DM das des Haushalts 1968 um 92 Millionen DM oder 7,6 Prozent.

Diesem Voranschlag liegt eine Schätzung des Steueraufkommens zugrunde, die sich sowohl auf die zu erwartende wirtschaftliche Entwicklung Bremens als auch auf die Empfehlungen des Finanzplanungsrates stützt. Die CDU-Fraktion hält diese eingesetzte Steuerschätzung für realistisch. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, daß gerade der bremischen Wirtschaft durch das soeben verabschiedete Gesetz zur außenwirtschaftlichen Absicherung — das man auch Blitzgesetz genannt hat — schwere Opfer auferlegt worden sind. In diesem Zusammenhang ist besonders bedauerlich, daß es unseren Freunden im Bundestag trotz aller Anstrengungen nicht gelungen ist, wenigstens eine Ausnahmeregelung für bereits bestehende Kontrakte durchzusetzen. Daher kann die gedämpft optimistische Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung Bremens im Jahre 1969 nur Geltung haben, wenn es gelingt, die für Notfälle vorgesehene finanzielle Unterstützung allen betroffenen Bremer Betrieben, und zwar nicht nur den Werften, großzügig und unbürokratisch zukommen zu lassen. Hier energisch und schnell zu handeln, ist vordringliche Aufgabe des Senats!

(Beifall bei der CDU)

Die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 1968 bis 1972 sieht ganz anders aus als die im vergangenen Jahr aufgestellte Vorausschau. Nicht nur das Zahlenwerk selbst hat sich erheblich verändert, sondern auch sein systematischer Aufbau. So kennt diese mittelfristige Planung entsprechend dem vom Finanzplanungsrat erarbeiteten gemeinsamen Schema keine Unterscheidung mehr in einen ordentlichen und außerordentlichen Haushalt. Statt dessen werden auf der Einnahmeseite alle Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen angeführt, während auf der Ausgabeseite der gesamte Investitionsbereich ausgewiesen wird. Zur Vervollständigung der Gesamtschau sind alle Leertitel mit geschätzten Beträgen ausgefüllt worden, und auch die Haushalte der Städtischen Krankenanstalten und des Schlachthofes werden jetzt mit ihren vollen Einnahmen und Ausgaben erfaßt.

Meine Damen und Herren, bei allen genannten Vorbehalten darf festgestellt werden, daß sich diese Finanzplanung aufgrund der inzwischen eingetretenen günstigeren wirtschaftlichen Entwicklung auch ihrem prognotischen Inhalt nach erfreulich von der des Vorjahres abhebt. So wird für die Entwicklung des Bruttosozialproduktes von einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 6,1 Prozent für die Jahre 1968 bis 1972 ausgegangen. In bezug auf die darauf fußende Annahme eines jährlichen Zuwachses von durchschnittlich 7,7 Prozent im Nettoeinkommen der Landes- und Gemeindesteuern muß allerdings mit allen Nachdruck betont werden, daß diese Zahl nur erreicht werden wird, wenn es dem Senat gelingt, die bremische Wirtschaft durch geeignnete Schritte und Maßnahmen gegenüber dem sogenannten Blitzgesetz vor den schwersten Schäden zu bewahren.

Um so mehr sollten wir genügend Mittel für eine nachhaltige Wirtschaftsförderung und für das Erschließen von geeignetem Gelände bereitstellen, damit wir attraktiv werden sowohl für die Ausdehnung bestehender Betriebe als auch für die Ansiedlung neuer Betriebe. In beiden Fällen werden zusätzlich Arbeitsplätze bereitgestellt und dadurch unsere Steuerkraft erhöht. Darüber hinaus sollten in größerem Maße, als bisher vorgesehen, Mittel freigemacht werden für den viel zu niedrig bemessenen Grundstücksfonds. Bremen muß eine wirklich sachgerechte Grundstückspolitik betreiben können und darf nicht länger darauf angewiesen bleiben, erforderliche Grundstücke immer in dem Augenblick zu Höchstpreisen zu kaufen, in dem der Erwerb mit Rücksicht auf die Gesamtplanung nicht mehr hinauszuschieben ist.

(Beifall bei der CDU — Abg. Schubert [FDP]: Schön wär's!)

In der Grundstückspolitik der vergangenen Jahre hätte durch frühzeitigen Einsatz von Finanzmitteln häufig erheblich gespart werden können!

(Sehr richtig! bei der CDU)

Sparen aber verhindert, daß Investitionen überwiegend im Wege der Kreditfinanzierung durchgeführt werden müssen und damit zu einer ungesunden Belastung durch Schuldendienste führen. Sparen zu rechter Zeit verhindert somit, daß wir eines Tages alle noch freien Mittel im Haushalt für die Abdeckung des Zinsen- und Rückzahlungsdienstes vorweg gemachter Schulden einsetzen müssen. Wir müssen verhindern, daß eines Tages das Budgetrecht des Parlaments zum Erliegen gebracht wird und der gesamte Haushalt nur noch eine Summe etatisierter Zwangsformen beinhaltet.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Das stimmt! — Beifall bei der CDU)

Eine solche Entwicklung kann nur vermieden werden, wenn wir in Zukunft übertriebenen Forderungen einzelner Berufs- und Interessengruppen mutig

entgegentreten, auch dann, wenn diese Forderungen auf Plänen basieren, die vor Jahren einmal in der einen oder anderen Deputation für gut gehalten worden sind. Auch die Fordernden sollten in Rechnung stellen, daß uns in den kommenden Jahren für immer mehr Aufgaben immer weniger Mittel zur Verfügung stehen werden und sich daher jedes Entgegenkommen gegenüber diesen Gruppen nur auf dem Rücken der gesamten Bevölkerung erfüllen läßt, es sei denn, sie, die Fordernden, wollten einer Steuererhöhung das Wort reden. Auch wir Parlamentarier sind nur Menschen, behaftet mit den üblichen Unvollkommenheiten. Auch wir sind daher nicht in der Lage, auch nur einen einzigen Pfennig zur Verfügung zu stellen, der nicht vorher von uns allen als Bürger in Form von Steuern aufgebracht worden ist. Selbst der Hinweis darauf, daß das eine oder andere in Nachbarländern günstiger geregelt ist als in Bremen, bringt noch keine zusätzliche D-Mark in den Staatssäckel! Außerdem wird es in einem föderalistischen Staatsaufbau immer so bleiben, daß nicht jedes Bundesland in jedem Bereich an erster Stelle liegen kann.

Die von den Deputationen eingereichten Entwürfe für die außerordentlichen Haushalte 1969 beinhalten Bruttoausgaben von insgesamt 211,1 Millionen DM. Zieht man hiervon die Erstattungskosten und -ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen ab, verbleiben 180 Millionen DM, die aus allgemeinen Deckungsmitteln zu finanzieren sind. Berücksichtigt man nun noch, daß die für das „Sonderprogramm Schulbauten" zunächst eingeplanten Ausgaben entfallen, da dieses Programm im Rahmen des von der Stadtbürgerschaft beschlossenen Ortsgesetzes zur Übernahme von Verpflichtungen durchgeführt werden wird, und daß der vorgesehene Umbau der Ostertorwache in den endgültigen Haushalt eingestellt worden ist, verbleibt ein Betrag von 158,6 Millionen DM, der mit Ausnahme der vorgesehenen 25 Millionen DM aus dem ordentlichen Haushalt über Darlehen zu finanzieren ist.

Falls der außerordentliche Haushalt in der vorgesehenen Weise durchgeführt wird, werden wir ein Nettovolumen erreichen, das um 10,8 Millionen DM oder 6,2 Prozent höher liegt als das des außerordentlichen Haushalts 1968. Diese den Entwürfen zugrunde liegende Schätzung halten wir — immer unter der Voraussetzung, daß die uns durch das „Blitzgesetz" drohenden Gefahren abgewendet werden können — für realistisch. Auf keinen Fall aber werden wir uns verleiten lassen, im Hinblick auf den soeben erscheinenden Silberstreifen am Finanzhimmel die Schleusen im Verlauf der Haushaltsberatungen zugunsten weiterer konsumptiver Ausgaben zu öffnen.

Schon ein flüchtiger Blick auf die in der Statistik ausgewiesenen Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen zeigt, daß allein die Personalkosten ohne Berücksichtigung der Wirtschaftsbetriebe 35,34 Prozent der Gesamtnettoausgaben beider Haushalte beziehungsweise 51 Prozent des gesamten Nettosteueraufkommens des Landes und der Gemeinden ausmachen. Von dieser Summe entfallen etwa 217 Millionen DM auf die Beamten, 98 Millionen DM auf die Angestellten, 57 Millionen DM auf die Arbeiter, 27 Millionen DM auf Sonstiges einschließlich der Verstärkungsmittel und 61 Millionen DM auf die Versorgung. Damit, meine Damen und Herren, hat sich die Gesamtsumme für Personalkosten gegenüber 1968 innerhalb eines Jahres um 32,6 Millionen DM erhöht.

Wir haben wiederholt in diesem Hohen Hause betont, daß alles getan werden muß, eine weitere Aufblähung der Verwaltung zu verhindern und möglichst weitgehend zu rationalisieren. Das genügt aber noch nicht! Es muß endlich Ernst gemacht werden mit der so oft beschworenen Durchforstung aller Verwaltungen. Diese darf vor keiner Dienststelle Halt machen, nicht einmal vor der Senatskommission für das Personalwesen!

(Beifall bei der CDU)

Mir ist bekannt, daß in einigen Bundesländern interministerielle Arbeitskreise für Personaleinsparung tätig sind, auf deren Rat Hunderte von Stellen gestrichen und weitere Stellen herabgestuft werden sollen. Nur durch eine objektive Durchforstung wird sich die Grundlage für eine echte Leistungsverwaltung schaffen lassen.

(Abg. Klemmer [SPD]: Forstmeister Sieling!)

Ich verstehe darunter eine Verwaltung, in der nicht in erster Linie abgesessene Dienstzeiten, sondern die Leistungen des einzelnen Beamten oder Angestellten Maßstab für dessen mögliche Beförderung ist. Die CDU-Fraktion hat sich niemals gescheut, gerade unter diesem Gesichtspunkt auf die negativen Auswirkungen hinzuweisen, die sich zwangsläufig aus der vor einigen Jahren von vielen Seiten so hoch gepriesenen Bündelung von Laufbahngruppen ergeben mußten. Wieviel Unzufriedenheit im Kreise der betroffenen Beamten wäre vermieden worden, hätte man damals die Besoldung in den Eingangsstufen nach einer gewissen Zahl von Jahren in jene der nächsthöheren Stufe überführt, es daneben aber bei echten Beförderungen belassen!

Denn ein Großteil der heutigen Anforderungen an den Staatssäckel durch die öffentlichen Bediensteten beruht weniger auf der Unzufriedenheit über die absolute Höhe des eigenen Gehalts als darauf, daß andere Gruppen über die Maßen schnell vorgeprescht sind und nun das Gehalt der Zurückgebliebenen relativ zu dem der Vorgepreschten nicht mehr in einer gerechten Relation steht, besonders, wenn man ihre Ausbildungsvoraussetzungen vergleicht.

Eine wirksame Stellendurchforstung wird jedoch nicht möglich sein ohne die Mitwirkung der jeweiligen Dienststellenleiter. Nur diese können, falls sie sich um Objektivität bemühen und jeden Ressort-

egoismus vermeiden, wirklich beurteilen, wo der eine oder andere Bedienstete ihres Arbeitsbereichs nicht mehr voll ausgelastet ist. Dabei muß darauf geachtet werden, daß eben diese Dienststellenleiter nicht Personal zurückhalten, nur weil sie glauben, auf diese Weise der Einstufung des eigenen Arbeitsplatzes und damit der Erreichung einer ersehnten Beförderung dienlich sein zu können.

Vor allem muß erreicht werden, daß Aktenvorgänge reibungsloser erledigt und die Bevölkerung schneller abgefertigt wird, indem nur ein Sachbearbeiter mit ein und derselben Aufgabe betraut wird und diese dann auch erledigt.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Das ist gar nicht möglich! — Bürgermeister Koschnick: Reine Theorie!)

Viele Entscheidungen — das ist ein erstrebenswertes Ziel — könnten so zügig herbeigeführt werden, wenn man endlich allen reinen Abzeichnungs- und Unterschriftsposten den Garaus machen würde.

(Zuruf von der SPD: Vergessen Sie die Reichshaushaltsordnung nicht!)

Vergessen wir doch nicht — Sie sind sonst doch auch immer so großzügig in der Handhabung gewesen —,

(Abg. Dr. Klink [SPD]: Haben Sie das mit Herrn Klein abgestimmt?)

daß auf allen Ebenen Arbeitsleistung und Verantwortung zusammengehören müssen. — Jawohl, habe ich! — Schließlich braucht doch nicht immer erst ein Vorgesetzter gegenzuzeichnen. Gleichartige Entscheidungen, vor denen heute ein Beamter steht, sind früher einmal von Amtsvorgängern zu treffen gewesen, die in bezug auf ihre Gehaltsstufe weit unter der des jetzigen Stelleninhabers gelegen haben. Darunter hat damals die Arbeit bestimmt nicht gelitten! Natürlich hatte Bremen in jenen Jahren einige Einwohner weniger. Das ändert aber doch wohl nichts an Größe und Umfang der Verantwortung, die der betreffende Beamte damals wie heute vor der ganzen Bevölkerung zu tragen gehabt hat!

(Abg. Klein [CDU]: Natürlich!)

Doch auch wir selbst, meine Damen und Herren, können erheblich zu einer Rationalisierung unserer Verwaltung beitragen. Wir sollten uns vor allem zur Regel machen, keine Gesetze zu verabschieden, die nicht auf ihre kostensparende Praktizierbarkeit überprüft worden sind. Gesetze müssen so formuliert sein, daß sie auch von Nichtjuristen gelesen und sachgerecht gehandhabt werden können.

(Beifall bei CDU und SPD)

Jedes Streben nach Überperfektionismus hat zurückzutreten zugunsten des Glaubens an den gesunden Menschenverstand derer, die später nach diesen Gesetzen arbeiten müssen.

(Abg. Klemmer [SPD]: Sehr wahr! — Beifall bei CDU und SPD)

Eine damit verbundene sinnvolle Erweiterung der Auslegungskompetenz würde den Beamten zudem von dem Vorwurf einer gerechterweise nicht ihm anzulastenden Sturheit befreien, die unsere Bürger bei Behördengängen so oft verärgert. Sollten dann in Einzelfällen die erweiterten Kompetenzen des Sachbearbeiters nicht mehr ausreichen, wird sich immer noch die Entscheidung durch einen Vorgesetzten einholen lassen.

(Abg. Klemmer [SPD]: Also doch abweichen!)

Im Ausnahmefall! — Leider können durch solche und ähnliche Rationalisierungsmaßnahmen nur etwa 20 Prozent der öffentlich Bediensteten erfaßt werden. Etwa 80 Prozent von ihnen sind im Bereich der sogenannten „Dienstleistungen" eingesetzt, auf die wir fast alle täglich Anspruch erheben. Ich denke hier an all die Männer und Frauen, die an den Schulen, auf dem Gebiet der Jugendpflege, des Sozialwesens, des Gesundheitswesens und im Interesse der öffentlichen Sicherheit ihren Dienst verrichten. Schließlich können wir nicht auf der einen Seite besser qualifizierte Lehrer für die zeitgemäße Ausbildung unserer Jugend fordern und für selbstverständlich erachten, daß der Unterricht in möglichst kleinen Klassenverhältnissen oder möglichst differenzierten Leistungsarbeitsgruppen erfolgt und uns auf der anderen Seite dem Ruf nach genügend Planstellen und einer der qualifizierten Ausbildung entsprechenden Besoldung für diese Lehrkräfte entziehen.

Auch eine einsatzbereite Polizei, die dem Bürger die persönliche Sicherheit garantiert, läßt sich nur erhalten oder gar ausbauen, wenn wir bereit sind, genügend Ordnungshüter einzustellen und sie auch angemessen zu besolden.

(Bürgermeister Koschnick: Was ist „genügend"?)

Darüber müssen wir im Rahmen der Achten Novelle sprechen. Entsprechend wird sich niemand von uns dem Ruf nach Planstellen und einer gerechten Dotierung für die Männer und Frauen entziehen können, die auf dem Gebiet der Jugendpflege, der Sozialfürsorge, der Betreuung unserer alten Menschen oder im Pflegedienst für kranke und sieche Bürger dringend benötigt werden. Vielleicht läßt sich aber auch auf diesen Gebieten mit etwas gutem Willen hier und dort noch rationalisieren.

Meine Damen und Herren, nach diesen Betrachtungen zum Personalhaushalt lassen Sie mich kurz auf den Wohnungsbau eingehen, da die CDU-Fraktion hier eine Schwerpunktverlagerung begrüßen würde. Besonders im sozialen Wohnungsbau sollten wir uns während der kommenden Jahre ge-

zielter als bisher den Bevölkerungsgruppen zuwenden, die es auch heute noch schwer haben, zu vernünftigen Preisen eine vernünftige, familiengerechte Wohnung zu finden. Ich denke insbesondere an kinderreiche Familien und alte Menschen, aber auch an Jungvermählte. Die Fördermaßnahmen für kinderreiche Familien und Jungverheiratete dürfen sich dabei nicht in erster Linie auf Mietwohnungen beziehen, sondern sie müssen sich vor allem auf die Schaffung von Eigentum beziehen.

(Beifall bei der CDU)

Denn durch Erwerb von Wohneigentum können sich diese Bürger, wenn auch unter Verzicht auf das eine oder andere Wünschenswerte im täglichen Leben, nicht nur freimachen von privaten Vermietern oder Baugesellschaften, sondern zugleich eine finanzielle Basis für ihr eigenes Alter schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Auch der Wohnungsmarkt selbst hat von solchen Eigentumsmaßnahmen einen Gewinn. Wird doch beim Bezug von Eigentumswohnungen oder Einfamilienhäusern in genau dem gleichen Umfang Wohnraum frei wie bei Bezug neuer Mietwohnungen!

Auch die Sanierung des Althausbesitzes und die umfassende Sanierung der gesamten Innenstadt werden immer größere Beachtung finden müssen. Hier wird hoffentlich die Neufassung der Baunutzungsverordnung, die am 4. Oktober 1968 vom Bundesrat verabschiedet worden ist, für die städtebauliche Weiterentwicklung von Bedeutung sein. Denn, berücksichtigt man die hohen Grundstückskosten in der Innenstadt, so wird es nicht unwichtig sein, daß in Zukunft in diesen Kerngebieten dichter gebaut werden darf als bisher. Auch die jeweiligen Höchstwerte der Bebauung dürfen in Zukunft überschritten werden, falls dieses aus städtebaulichen Gründen gerechtfertigt erscheint

(Abg. Friedrich Meier [SPD]: Aber doch nicht zu hoch!)

Daß man in den Kerngebieten auch wieder Wohnungen bauen darf — wenn sie weit genug dem Verkehr entrückt werden durch die Höhenlage —, könnte dazu beitragen, der immer mehr zutage tretenden abendlichen Verödung unserer Innenstadt wirksam entgegenzuwirken.

Auch auf dem Gebiet der Verkehrsplanung sind bisher die verhältnismäßig geringen finanziellen Mittel nicht genügend konzentriert eingesetzt worden.

(Abg. Hauptmann [FDP]: Oho!)

Leider ermöglicht das soeben vorgelegte Grabe-Gutachten keine zufriedenstellende Gesamtschau, da es infolge der zu engen Auftragsstellung weder den vorhandenen schienengebundenen Personenverkehr noch die Frage der Bereitstellung von Parkmöglichkeiten einbezogen hat. Die heutige Einteilung der Innenstadt in Verkehrszellen muß überprüft und verbessert werden.

Die Verbindungen nach Bremen-Nord werden immer unzureichender.

(Abg. Schubert [FDP]: Die sind gut!)

Die Autobahn, genannt Wellenschaukel, wird immer schlechter, und die Hafenrandstraße ist immer noch nicht in Angriff genommen worden. Auch der Bau der Werderlandstraße ist, entgegen allen früheren Zusagen von Regierung und Regierungsfraktionen, auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Damit hat sich unsere vor Jahren geübte Kritik, es handele sich hier bei den derzeitigen Anträgen um reine Augenwischerei, als allzu gerechtfertigt erwiesen. Insgesamt muß in den kommenden Jahren entschieden mehr für den innerstädtischen Verkehr getan werden. Auch über die Frage des möglichen Baus einer U-Bahn muß die Stadtbürgerschaft im Rahmen einer großen Verkehrsdebatte Stellung beziehen um frühzeitig Planungsmittel bereitzustellen.

(Abg. Klemmer [SPD]: Sehr gut!)

Hätten wir die Planungen im vergangenen Jahr fertig gehabt, wären vielleicht damals schon Bundesmittel in das Projekt eingeflossen. Falls man sich für den Bau einer U-Bahn entscheidet, sollte aber nicht gleichzeitig an vielen Linienführungen gebuddelt werden, um in Jahrzehnten eine Gesamtkonzeption zu erreichen, sondern es sollte zunächst einmal ein Strang schnellstens so durchgeführt werden, daß er einsatzbereit ist. Auch hier wird der Entwicklung eine gute Dotierung des Grundstücksfonds — wie wir sie uns wünschen — wesentliche Zeiteinsparungen bringen können.

Meine Damen und Herren, wir begrüßen aufrichtig, daß 1969 erhebliche Finanzmittel für das Bildungswesen bereitgestellt werden sollen. Damit wird in letzter Minute der Versuch unternommen, dem auf uns zukommenden „Kinderberg" — wenn ich heute einmal dieses seltsame Schlagwort der Schulbehörde benutzen darf — wenigstens einigermaßen gerecht zu werden. Leider werden auch diese für unsere Schulen vorgesehenen Mittel nicht konzentriert genug eingesetzt. Sonst müßte doch alles getan werden, diese Mittel zunächst einmal einzusetzen, um den Unterricht an den bestehenden und neu zu errichtenden Schulen zu intensivieren. Wir lehnen daher ab, daß dieses Ziel nach den Vorstellungen einzelner Behördenvertreter geschmälert werden soll durch noch nicht zu Ende gedachte kostspielige und zeitraubende Experimente.

(Beifall bei der CDU)

Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Ausführungen von Herrn Bürgermeister Koschnick verweisen, der anerkannt hat, daß man bis heute die Schulraumnot noch nicht habe

beseitigen können und daß man trotz der für den Schulbau vorgesehenen zusätzlichen Millionenbeträge die Situation auch nicht wesentlich werde bessern können. Wir meinen, solange es am Dringendsten fehlt, sollten alle Mittel eingesetzt werden, um auf dem Boden des Bewährten das Bestmögliche für unsere Jugend zu erreichen.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, sei mir noch ein Wort zu dem von vielen Seiten geforderten Kultusministerium gestattet. Die CDU-Fraktion ist überzeugt, daß ein Bundeskultusministerium allein durch seine Existenz weder Voraussetzungen noch Garantie für eine einheitlichere Schulpolitik in den Bundesländern bieten könnte.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Sehr richtig!)

Doch selbst, wenn die Wirkungsmöglichkeiten eines solchen Ministeriums von einzelnen Mitgliedern dieses Hohen Hauses positiv beurteilt werden sollten, kann nicht bestritten werden, daß die Kulturhoheit der Länder nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts das Kernstück ihrer Eigenstaatlichkeit ausmacht und damit zu den konstitutiven Elementen unseres föderativen Systems gehört.

Mithin wird die von uns für notwendig erachtete Bundesrahmenkompetenz nur insoweit begründet werden können, als diese die Kulturhoheit der Länder grundsätzlich aufrechterhält. Wir werden uns daher nur in einem sehr engen Rahmen bewegen können. Jede Diskussion darüber aber wird illusorisch, solange nicht konkret gesagt wird, was der einzelne unter einer solchen Bundeseinheitlichkeit auf dem Bildungssektor versteht. Ich persönlich meine, es müßte im Interesse des Ganzen erreicht werden, daß dem Bund in folgenden Bereichen eine Rahmenkompetenz zugesprochen wird:

Erstens in der regionalen Großforschung, zweitens in der Hochschulplanung und -finanzierung, drittens in der Vereinheitlichung der staatlichen Studien- und Prüfungsordnungen, viertens in der Ausbildungsförderung und der Entwicklung einheitlicher Berufsbilder, und fünftens in bezug auf die Festlegung der Dauer der Schulpflicht sowie in bezug auf die Festlegung der Schulziele für gehobene Schulabschlüsse und die zu ihrer Erreichung erforderlichen Schulzeiten.

(Beifall bei der CDU)

Zur Frage der Universität begrüßen wir, daß Senat und Regierungskoalition inzwischen auf unseren Vorschlag vom April 1967 eingeschwenkt sind —

(Na! na! bei der SPD)

ja, damals hieß es, Sieling schadet Bremen, CDU schadet Bremen; das können Sie in der Bremer Presse vom April 1967 nachlesen —

(Abg. Klemmer [SPD]: Pfui!)

und sich von dem nach dem Rücktritt des Gründungsausschusses unter Herrn Professor Bargmann schnell zusammengestellten Beratergremium wieder gelöst haben.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion ist überzeugt, daß das neue Beratungsgremium aus Göttinger Professoren, Vertretern des Mittelbaus und Studenten unter seinem Vorsitzenden Herrn Professor Killy gute Arbeit im Sinne der Errichtung einer Universität in Bremen leisten wird.

(Abg. Ströh [SPD]: Das ist erfreulich, daß Sie das sagen!)

Wir haben es lange vorher prognostiziert. Es ist nur zu hoffen, daß sowohl vom Bremer Senat als auch von allen Fraktionen dieses Hohen Hauses sichergestellt wird, daß dieses Gremium in jedem Fall frühzeitig, umfassend und frei von tendenziellen Einengungen über alle Vorhaben informiert wird, die vor oder hinter den Kulissen im Zusammenhang mit der künftigen Universität abgesprochen werden.

(Beifall bei der CDU)

Nur so werden wir vermeiden können, daß es erneut zu unerfreulichen Mißdeutungen kommt, die früher oder später zu Zerwürfnissen führen müssen.

Diese umfassende Unterrichtung gilt in ganz besonderem Maße für alle Fragen, die sich auf das Universitätsgelände selbst und seine mögliche Ausweitung beziehen. Denn niemand von uns kann heute voraussagen, in welchem Maße sich die Bremer Universität in den kommenden Jahrzehnten entwickeln wird. Wir sollten den einmaligen Vorteil eines großen, ungeteilten Geländes voll in Anspruch nehmen und auch in bezug auf die mögliche spätere Erweiterung der Universität keinen Quadratmeter für andere Zwecke zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, nach diesen kurzen Hinweisen auf einzelne Sachgebiete darf ich mich zum Abschluß meiner Betrachtungen wieder reinen Finanzfragen zuwenden. Wir werden ja im Verlauf der kommenden Tage noch genügend Gelegenheit haben, die Ansichten der Fraktionen zu dem einen oder anderen Fragenkomplex in hoffentlich sehr sachlicher Diskussion einander gegenüberzustellen und auszudiskutieren. Voraussetzung für das spätere Erreichen all der in den vorliegenden Haushalten und der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Finanzierungen ist und bleibt eine gesunde Finanzpolitik. Eine gesunde Finanzpolitik wiederum setzt nicht nur stabiles Geld und eine gut funktionierende Wirtschaft voraus, sondern sie ist ebenso abhängig von einem gesunden Denken unserer gesamten Bevölkerung. Erst ein solches gesundes Denken, das nicht von egoistischen Interessen beherrscht ist, ermöglicht uns Parlamentariern, alle zur Verfügung stehenden Mittel rationell einzusetzen und vor jeder Ausgabe

genügend prüfen zu können, ob sich diese Ausgabe unter Berücksichtigung des Ganzen vor dem Bürger verantworten läßt.

Zusammenfassend möchte ich feststellen, daß in den uns heute vorliegenden Haushaltsplänen unseren seit Jahren erhobenen Forderungen nach Sparsamkeit in hinreichendem Maße Rechnung getragen worden ist.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir haben daher in allen Fachdeputationen, insbesondere aber im Kreise der Finanzdeputation und des Haushaltsausschusses, gern und überzeugt an der Erstellung dieses Zahlenwerks mitgearbeitet. Wir begrüßen, daß Bremen diese Haushaltspläne im Einklang mit den Vorstellungen des Finanzplanungsrates auf Bundesebene aufgestellt hat und damit beweist, daß es nicht auszuscheren gedenkt aus der Finanzpolitik im großen Rahmen, wie sie vom Herrn Bundesfinanzminister Strauß verantwortlich bearbeitet und von der Regierungskoalition in Bonn vertreten wird.

(Abg. Koschek [CDU]: Sehr richtig! — Beifall bei der CDU)

Über einzelne Projekte der Schwerpunktbildungen wird man immer getrennter Meinung sein können. Immerhin hat die Regierungskoalition aber auch insoweit wesentlichen von uns seit Jahren vertretenen Vorstellungen entsprochen. Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion ist daher bereit,

(Abg. Hauptmann [FDP]: Zuzustimmen!)

einer solchen positiven Entwicklung auch ihrerseits entgegenzukommen.

(Aha-Rufe bei der SPD)

Ohne Rücksicht darauf, daß die Oppositionsparteien der Parlamente die von den Regierungen oder Regierungsfraktionen vorgelegten Haushaltspläne im allgemeinen ablehnen, werden wir in diesem Jahr einen solchen Schritt nicht unbedingt für erforderlich halten.

(Beifall bei SPD und FDP)

Welche Entscheidung hinsichtlich ihrer Haltung zu den uns heute vorliegenden Haushalten 1969 die CDU-Fraktion am kommenden Mittwoch endgültig treffen wird, hängt allerdings weitgehend von der Frage ab,

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Aha, jetzt kommt der Pferdefuß!)

in welchem Geist die vor uns liegenden Haushaltsberatungen geführt werden können und in welchem Maße es uns gelingt, unsere besonderen Vorstellungen zur endgültigen Gestaltung dieser Haushalte zu verwirklichen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Schubert.

Abg. **Schubert** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Haushaltsdebatte, Jahresbilanz 1968 mit Rückblick auf das zu Ende gehende Jahr, und Ausblick in die Zukunft! Bilanz in Mark und Pfennig aber auch im politischen Sinne!

Von der letzten Haushaltsdebatte trennen uns kaum zehn Monate. Erinnern wir uns noch: Die Rezession war noch nicht überwunden, Furcht vor einem möglichen Verlust der Arbeitsplätze war damals noch nicht ausgeschlossen; Straßenbahntarife, Gebührenerhöhungen. Zum Ende des Jahres — das sollten wir dankbar anerkennen — bietet sich aus innenpolitischer Schau ein ungleich günstigeres Bild: Gehalts- und Lohnaufbesserungen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst, erhöhte Weihnachtsgratifikationen, und nicht zuletzt etwas Entscheidendes: ein wiedergefundenes Vertrauen in die Zukunft. Das sage ich hier ganz freimütig, obwohl wir im Bund in der Opposition sind, wie bekannt ist.

Damit die Bäume nicht in den Himmel wachsen, blieb uns der Dämpfer in den letzten Tagen nicht erspart. Am Rande: Ich war Zeuge, als in Bonn in den Ausschüssen des Bundestages über das Gesetz über die außenwirtschaftliche Absicherung beraten wurde. Die Hektik war unbeschreiblich. Die Abgeordneten waren am Ende ihrer Kräfte. Mit Hunderten, wenn nicht mit Tausenden von Fernschreiben und Telegrammen wurden sie von allen Parteien bestürmt, Schaden — man sprach immer von der Katastrophe — von dieser oder jener Branche abzuwenden. Hier und heute will ich nichts darüber aussagen, ob das gefundene Ergebnis richtig oder falsch ist. Eine solche Aussage zu machen, bedürfte wohl auch der Fähigkeiten eines Hellsehers. Immerhin, die FDP hat das Gesetz zur außenwirtschaftlichen Absicherung im Bund abgelehnt, die CDU wie auch die SPD haben aus Gründen parlamentarischer Solidarität zugestimmt. Dafür habe ich Verständnis. Man kann als Politiker in eine solche Zwangslage kommen. Das geschieht ja nicht zum ersten Male.

Wenn nun aber die CDU in ihrer Hauszeitung mit großen Schlagzeilen schreibt: „Krammig und Müller-Hermann versuchen, Gefahren für Bremen abzuwenden", Gefahren aus einem Gesetz, das sie eben selbst beschlossen haben, so habe ich dafür allerdings kein Verständnis.

(Abg. Klemmer [SPD]: Sehr wahr!)

Wenn bremische Abgeordnete nichts mehr oder weniger tun als ihre Pflicht und Schuldigkeit, so sollte man daraus keine Schlagzeilen machen. Im übrigen kann ich nur sagen: Wenn es gilt, Schaden von Bremen abzuwenden, dann sind wir alle dabei!

Vom Senat bin ich überzeugt, daß er in gemeinsamer Front mit den Hamburger Kollegen auf dem Plan ist, wenn es gilt, in den Branchen des Im- und

Exports, von denen der Herr Finanzsenator gestern sprach, Gefahren, die sich aus diesem Gesetz über die außenwirtschaftliche Absicherung für die Hansestädte bestimmt ergeben werden, abzuwenden. Herr Dr. Sieling — da hinten ist er noch — kann in dieser Beziehung beruhigt sein.

Eines habe ich mir in Bonn jedoch vorgenommen, und das möchte ich jetzt auch zum Ausdruck bringen: Die Bundestagsabgeordneten aller Parteien haben sich die Entscheidung wahrlich nicht leicht gemacht und bis zur physischen Erschöpfung darum gerungen, die richtige Lösung zu finden. Wir sollten hier als Bürgerschaft einmal sagen, daß sie ihren Bundestagsabgeordneten dafür Anerkennung und Dank schuldig ist.

(Beifall)

Das Klima in der Wirtschaft ist durch die Ereignisse der letzten Tage härter geworden. Die rauhen Winde werden nicht ausbleiben, schon gar nicht, wie ich eben sagte, bei uns in Bremen mit unserer starken Abhängigkeit von Im- und Export.

Meine Fraktion begrüßt die Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte, wie sie in diesem Jahr durch die Vorlage eines neuen Finanzplans zum Ausdruck kommt und wie sie im nächsten Jahr durch die Aufstellung sogenannter Doppelhaushalte in Erscheinung treten wird. Als Abgeordnete sind wir auch gern bereit, uns der Mühe des Umdenkens und des Umlernens zu unterziehen, weil wir ebenso wie der Finanzsenator davon überzeugt sind, daß eine Finanzplanung im Maßstab eines einzelnen Haushaltsjahres den von der Politik zu bewirkenden Aufgaben einfach nicht mehr gerecht wird.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle eine Anmerkung: Der Finanzsenator spricht davon, daß das finanzpolitische Element der mittelfristigen Finanzplanung kein Ersatz für politische Ideen und politische Konzeptionen sein soll. In den Vorbehalten, die in dem Finanzplan aufgezählt werden, wird unter anderem gesagt, daß aus den Schätzungsbeziehungsweise Planungszahlen keine Ansprüche der Ressorts auf Bereitstellung bestimmter Mittel oder Ansprüche Dritter hergeleitet werden können. Es würden lediglich finanzpolitische Richtpunkte gesetzt.

Diese Aussage ist zweifellos richtig. Die Ressorts finden auch in Zukunft die für sie bestimmten Mittel im Haushalt. Eine Veränderung der im Finanzplan gesetzten politischen Richtpunkte fällt in die Zuständigkeit der Legislative, des Parlaments. Die Grenze allerdings — und da komme ich auf den entscheidenden Punkt —, wo die Zuständigkeit der Legislative endet und die der der Exekutive beginnt, wird nicht immer leicht zu finden sein. Der Herr Finanzsenator wird diese Anmerkung verstehen. Er ist ja heute leider nicht da. Bei aller Verbundenheit und bei aller Freundschaft müssen wir als Legislative darauf bedacht sein, von der Exekutive nicht untergebuttert zu werden, um mich einmal allgemein verständlich auszudrücken.

Sie sehen, sehr geehrter Herr Kollege Götze — er ist auch nicht da —,

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Ich sage es ihm, Herr Schubert!)

wir als FDP sehen die Dinge genauso wie Sie — danke schön! — und die Kollegen der SPD und der CDU aus dem Haushaltsausschuß, wenn wir auch nicht so dramatisch davon sprechen, daß wir die Rechte des Parlaments mit Zähnen und Klauen gegenüber der Exekutive verteidigen müssen. Auch stellt sich das Problem der Abgrenzung der Kompetenzen nicht nur zwischen Finanzsenator und Haushaltsausschuß neu, sondern ganz allgemein doch zwischen Senat und Bürgerschaft. Im Augenblick liegt die Exekutive — das müssen wir neidvoll etwas anerkennen — etwas vor. Sie ist mit der neuen Haushaltssystematik moderner geworden.

Unsere Aufgabe als Bürgerschaft wird es sein, wie ich eben sagte, uns in die neue Haushaltssystematik — man lernt immer neue Vokabeln — so einzuarbeiten, daß wir sie begreifen, um alsdann die richtigen Entscheidungen fällen zu können. Das wird zweifellos Arbeit und Mühe kosten und auch manche Auseinandersetzung zwischen Legislative und Exekutive über die Grenzen geben.

Mit Genugtuung haben wir aus dem neuen Finanzplan entnommen, daß er zu günstigeren Ansätzen kommt als der vorjährige Finanzplan. Eine Minderung der veranschlagten Kreditverschuldung 1968 bis 1972 um nahezu 50 Millionen DM ist ein Wort und ist, nach dem, was wir in der Vergangenheit gehört haben, für mich eine echte Überraschung. 1969 sind sogar 25 Millionen DM aus dem ordentlichen Haushalt eingestellt worden. Die Tendenz ist richtig. Darum will ich mir jetzt auch verkneifen, wie ich es im Vorjahr noch getan habe, etwas über die Verschuldung in ihren verschiedenen Gewändern auszusagen und mich schlicht dem Urteil des Finanzsenators anschließen, der davon spricht, daß es keine absolute Grenze der Verschuldung, so wie sie in der Vergangenheit noch in Erscheinung trat, mehr gibt. Jedes Land muß die ihm angemessene Verschuldungshöhe selbst finden.

Politisch gesehen, liegt die Grenze dort, wo der Kredit des Landes in Frage gestellt wird, wo wir also mit den anderen Ländern nicht mehr mit können. Noch stehen wir auf sicherem Boden, sagt der Finanzsenator. Mit Genugtuung haben wir diese Feststellung zur Kenntnis genommen. Hüten wir uns, diesen sicheren Boden zu verlassen, schon um den Kräften, die ein kleines Land wie Bremen als überholt beurteilen, kein weiteres, dann vielleicht durchschlagendes Argument für eine Eingliederung unseres Landes in einen größeren politischen Bereich zu geben. Für weitere Aussagen darf ich auf die sehr verehrte Kollegin Frau Müller-Wolff verweisen.

Lassen Sie mich nun einige Ausführungen über Schwerpunkte, die im Haushalt gesetzt sind, machen. Zuerst: Bremen, Bremerhaven, Wirtschaftsförderung. Ein Dreiklang, den ich in diesem Jahr ganz bewußt setze, weil er auch seinen Niederschlag findet in der weiteren Finanzplanung.

Am vergangenen Freitag hatte ich den Vorzug — wie andere Herren aus diesem Hohen Hause auch —, zur Teilnahme an der Probefahrt

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Festzuliegen!)

eines in Bremerhaven für ausländische Rechnung — das ist wichtig — gebauten Passagierschiffs eingeladen zu sein. Die eigentliche Probefahrt fiel wegen Nebel aus.

(Heiterkeit)

Dennoch war dieser Tag kein verlorener Tag, gab er mir doch Gelegenheit, mit verschiedensten Persönlichkeiten die Probleme des Landes Bremen mit seinem Schwerpunkt in Bremerhaven eingehend erörtern zu können.

Für die Häfen und Wasserstraßen sind jährlich Beträge von 65 Millionen DM 1968 bis fast 84 Millionen 1972 steigend veranschlagt. Das meiste geht nach Bremerhaven für den Bau der Containeranlagen am seeschifftiefen Wasser. Die ersten Arbeiten für die Autobahn nach Bremerhaven sind angelaufen. In dem Gebiet der Luneplate ist Gelände — wenn auch noch nicht erschlossen — für künftige Industrieansiedlungen erworben worden. Wie bald — das ist die Frage — werden sich die Erwartungen, die wir in diese millionenschweren Investitionen setzen, erfüllen? Das ist mit Herrn Götzes Worten die Frage nach der Kostennutzenberechnung dieser Investitionen. Wieder eine neue Vokabel!

Die großen Industriewerke am seeschifftiefen Wasser werden uns nicht auf der flachen Hand angeboten. Die erste Voraussetzung für eine zusätzliche Industrieansiedlung ist doch, daß wir als Gemeinwesen Bremen und Bremerhaven in Ordnung und leistungsfähig, kurz gesagt, attraktiv sind. Wenn sich Objekte anbieten, werden wir Mittel und Wege finden, um die Erschließung des erforderlichen Geländes schnell vorzunehmen. Wie schnell das gehen kann, haben wir als Koalition im vergangenen Sommer bewiesen. Wir werden wieder schnell handeln, wenn es sich aus der Lage ergibt.

Die CDU bitte ich — ich kenne ja ihre Anträge, die kommen werden —, diese Versicherung als eine Zusage im Grundsätzlichen zu werten. Auch wir sind für Industrieansiedlung, für zusätzlichen Grundstückskauf und für die Aufschließung von Gelände, und als Ablehnung im Speziellen: wir haben keine Mittel, die wir jetzt zusätzlich über die bereits veranschlagten bereitstellen könnten.

Ich gebe zu, daß es besser wäre, wenn wir so viel Geld hätten, um auf Verdacht schon eine gewisse Erschließung vornehmen zu können. In der Tendenz wird die Entwicklung in Bremen und Bremerhaven so verlaufen, daß die in ihrer Zweckbestimmung zweigeteilten Hafenanlagen nicht mehr überwiegend als Handelshäfen, sondern verstärkt auch als Standort für eine hafengebundene Industrie weiter entwickelt werden müssen.

Als Beispiel für eine gelungene Wirtschaftsförderung lassen Sie mich ein Wort sagen zu der vohandenen hafengebundenen Industrie, zu den Werften. In mustergültiger Zusammenarbeit der Werften untereinander, mit den Ländern des nordwestdeutschen Raumes und mit dem Bund ist es gelungen, die für Bremen wohl wichtigste Industrie in ihrer vertikalen Produktivität so weit zu steigern, daß heute Leistungen vollbracht werden, an die man vor einigen Jahren noch gar nicht zu denken wagte. Ich habe selbst einige Jahre auf Werften zugebracht. Ein Passagierschiff modernster Art für 700 Passagiere mit zahlreichen Extras in weniger als einem Jahr zu bauen, das ist wirklich ganz große Klasse, und nicht nur eine technische, sondern ebenso sehr eine organisatorische Leistung allerersten Ranges.

(Beifall bei der FDP)

Bremen, das Land Bremen, war und ist an dem Zustandekommen der vorbildlichen Kooperation, die auch hinter diesem Neubau stand, führend beteiligt, wie übrigens auch, wie hier schon ausgeführt wurde, an der Vorbereitung und an dem Aufbau der Finanzierung. In kleinerem Maßstab zeichnen sich Rationalisierungserfolge in der Fischerei ab.

Meiner Fraktion und mir ist es ein Bedürfnis, auch einmal auf die Erfolge der Wirtschaftsförderung hinzuweisen. Vieles geschieht hier im Stillen. Bürgschaften zum Beispiel sind ein wirtschaftspolitisches Instrument der Stille. Sie eignen sich nicht, um an die „Große Glocke" gehängt zu werden. Nicht umsonst steht, wie gestern schon ausgeführt wurde, das Land Bremen in einsamer Höhe in der Bürgschaftsgewährung je DM auf den Kopf der Bevölkerung unter den deutschen Ländern.

(Abg. Meurer [CDU]: Das müssen Sie mal ganz laut sagen! — Abg. Klemmer [SPD]: Lauter geht's nicht!)

In seiner Rede trug der Finanzsenator überzeugend vor, wie wichtig die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur des Unterweserraumes ist, um gegenüber anderen Industriezentren wettbewerbsfähig zu bleiben. Meine Fraktion unterstreicht diese Ausführungen. Hinzufügen möchte ich, daß die Voraussetzung für eine Hilfe des Bundes, von der der Finanzsenator auch spricht, immer die sein wird, daß die von uns aus unserem Raum herausgehende Initiative überzeugend und in gewissem Sinne vorkoordiniert sein muß.

Wir müssen uns erst einmal hier in unserer Region, dem Unterweserraum, zusammenraufen

und gemeinsam Vorstellungen über eine Wirtschaftsförderung entwickeln. Erst wenn dieser Prozeß, in dem wir uns jetzt befinden, positive Ergebnisse bringt, werden wir den Bund nachhaltig interessieren können. Wirtschaftsförderung ist aber keinesfalls nur Aufgabe von uns, von Senat und Bürgerschaft, sondern Auftrag an alle Bremer Institutionen, die Einfluß, Rang und Namen haben, kurz gefaßt, über die einschlägigen Beziehungen verfügen.

Ein Wort zum Bremer Flughafen. Die Würfel sind gefallen. Der Flughafen bleibt da, wo er jetzt ist. Das ist die überwiegende Meinung dieses Hohen Hauses und kommt konkret zum Ausdruck in der Bereitstellung erheblicher Mittel für den weiteren Ausbau. Auf Einzelheiten brauche ich heute nicht einzugehen, haben wir doch erst kürzlich über den Flughafen diskutiert. Lassen Sie mich darum nur auf einen Gesichtspunkt verweisen:

Auch die Industrie für Flugzeugbau und Raumfahrt, in der in Bremen viele tausende Arbeit und Brot finden, könnte sich nach einem anderen Standort umsehen müssen, wenn der Flughafen verlegt werden würde. Das kann nicht unsere Absicht sein. Flugzeugbau und Raumfahrt sind zukunftsorientierte Industriezweige. Ich könnte mir vorstellen, daß sich Wechselbeziehungen zwischen diesem modernen Industriezweig und der künftigen Bremer Universität ergeben. Zumindest wünsche und hoffe ich auf eine solche Entwicklung gegenseitiger Befruchtung. Wir brauchen in Bremen und in unserem Raum viele Impulse, um nicht hinter anderen Ländern und hinter anderen Städten in der Bundesrepublik und in Europa zurückzubleiben.

Für Straßen sind für die Jahre 1968 bis 1972 Aufwendungen von 59 Millionen DM bis auf 84 Millionen DM steigend vorgesehen. Der Bau einer U- oder einer S-Bahn — Herr Dr. Sieling sprach eben darüber —, Vorstellungen, die bei unseren Verkehrsberatungen eine große Rolle spielen, werden sich im Rahmen dieser Anschläge nicht realisieren lassen. Ich glaube, wir sollten freimütig bekennen, daß wir im Moment noch nicht wissen, wie unsere Vorstellungen über eine Lösung der Nahverkehrsfragen mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln zu vereinbaren sind.

Diese Erkenntnis darf allerdings nicht dazu führen, daß wir die Dinge treiben lassen. Das Ziel muß sein, daß auch in Bremen ein Schnellverkehrsnetz für den Massenverkehr kommt, das unabhängig vom Straßenverkehr ist. In einem weiteren Jahrzehnt oder auch zwei Jahrzehnten wird die Modernität und damit die Attraktivität eines Raumes auch daran gemessen werden, ob es seinen Einwohnern gelungen ist, mit den Verkehrsschwierigkeiten, die uns heute noch so sehr plagen und unnütz Zeit und Geld kosten, fertig zu werden. Herr Dr. Sieling sprach schon davon: Wir sind uns im Grundsatz einig, daß wir nach der Schuldebatte, wahrscheinlich im Januar nächsten Jahres, uns einmal ganztägig ausführlich mit uns auf den Nägeln brennenden Verkehrsfragen hier in diesem Hohen Hause befassen werden.

Auch im ruhenden Verkehr müssen wir uns etwas einfallen lassen, damit die endlose Kette der am Straßenrand aufgereihten PKW bald — wobei ich unter „bald" in etwa das nächste Jahrzehnt zu verstehen bitte — verschwindet. Es ist ja wirklich kein schöner Anblick! Schon heute ist es jedoch unsere Aufgabe, durch geeignete gesetzliche Initiativen einen sanften Druck auszuüben, damit etwas in dieser Richtung geschieht. Solange die Wertminderung eines PKW, der draußen in Regen und Kälte steht, geringer ist als die Kosten für eine Garage, wird sich nichts ändern und bleibt es beim bestehenden, unbefriedigenden Zustand, wenn nicht, wie eben gesagt, ein sanfter Druck ausgeübt wird.

Ein Wort zu den Schulen. Herr Dr. Sieling hat auch schon ausführlich darüber gesprochen. Der Nachholbedarf an Schulbauten bleibt eine echte Sorge, obwohl, wie bekannt, das Schulbauprogramm für die laufende Legislaturperiode bereits durch ein Zusatzprogramm erheblich ausgeweitet wurde. Diese Feststellung gilt in gleicher Weise für Grund-, Haupt- und Realschulen wie auch für Gymnasien.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Und Berufsschulen!)

Bisweilen habe ich den Eindruck, daß wir trotz der vielen Millionen, die in den Schulbau investiert werden, auf der Stelle treten und gerade dafür sorgen, daß die Verhältnisse nicht schlechter werden. Vielleicht ist das ein kleines Understatement. Ich weiß von meinen Kindern, daß sich die Schulverwaltung darum bemüht und sich etwas einfallen läßt, indem sie zusätzliche Räume in anderen Gebäuden nutzen will. „Wir gehen über Land", bezeichnen diese Kinder diese Aktion. Meine Frage: Gibt es nicht noch weitere Möglichkeiten, um diese Methode des „Über-Land-Gehens" auszuweiten, eventuell durch den Einsatz von Schulbussen, um lästigen Nachmittagsschulunterricht möglichst ausfallen zu lassen?

Ein ganz „dicker Brocken" im Haushalt sind die Kosten für die Müllverbrennungsanlage, zu deren Errichtung wir uns im Zuge der Gebührenerhöhung verpflichtet haben. Ich möchte es einmal sagen: Die Rechnung stimmt, der Schornstein ist ja schon zu sehen. Mit der Inbetriebnahme dieser Anlage wird Bremen einen weiteren Schritt in der Verbesserung der Stadthygiene getan haben. Diese Vorsorge gehört auch zu einer modernen Stadt.

Nun ein Wort zum Wohnungswesen. Herr Dr. Sieling sprach sehr euphemistisch gerade davon, daß man auch jüngeren Leuten schon zu Eigentum verhelfen sollte. Wir wünschen das auch, aber im allgemeinen ist es wohl so, daß jüngere Leute, wie wir es auch getan haben, in einer Mietwohnung anfangen, und wenn man etwas gesetzter

wird und in höhere Gehaltsstufen kommt, dann kann man sich auch um Eigentum bemühen.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Das ist die Schwierigkeit! Solange das Gehalt niedrig ist, muß man das machen! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Ach, die Ärmsten!)

Im Grundsatz sind wir einig, aber wir sollten uns keinen Illusionen hingeben. — Ich kenne das in der Praxis und habe das auch durchlitten.

Im Wohnungswesen stellt sich das Problem der Altstadtsanierung. Dankbar würden wir es begrüßen, wenn uns die Verwaltung ihre Vorstellungen über dieses auf uns zukommende große Aufgabengebiet zur Kenntnis geben würde. Bisher haben wir nur bruchstückweise davon erfahren. Stimmt doch, nicht?

Das Zinsanhebungsgesetz ist inzwischen verabschiedet worden. Wir sollten uns daran erinnern, daß dieses Gesetz, aus dem wir die zusätzlichen Mittel für die Fortführung des sozialen Wohnungsbaus erhalten, bei der Verabschiedung des Haushalts 1968 noch Zukunftsmusik war. Sie erinnern sich noch, Herr Klein! Die Aufregung, die entstanden wäre, wenn das Zinsanhebungsgesetz nicht gekommen und dadurch die Fortführung des sozialen Wohnungsbaus in Frage gestellt worden wäre, ist uns Gott sei Dank erspart geblieben. Das Loch in der Finanzierung, das seinerzeit die CDU voraussagte, ist nicht gekommen, im Gegenteil, es ist uns möglich, die vorgesehene Summe von 5000 Wohnungseinheiten noch um einige hundert zu erhöhen.

(Abg. Klein [CDU]: Das Loch ist da! — Widerspruch bei der SPD)

Das Loch wurde damals von Ihnen so erläutert, als ob die Zinsanhebung überhaupt nicht kommen würde. Erinnern Sie sich!

Gestatten Sie, bevor ich auf einige personalpolitische Fragen zu sprechen komme, daß ich zwei kommunalpolitische Probleme anspreche, die uns dieses Jahr sehr bewegt haben und über die wir nächstes Jahr so oder so eine politische Entscheidung fällen müssen: Der Bauhof und die Errichtung eines weiteren Kaufhauses in der Innenstadt.

Zunächst zum Bauhof: Meine Fraktion ist der Auffassung, daß die Errichtung eines Bauhofs zum Zwecke der Zusammenführung der jetzt über das ganze Stadtgebiet verteilten Ämter des Bausenators verstärkt betrieben werden sollte. Der jetzige Zustand ist in gleicher Weise unbefriedigend für die Bauverwaltung wie für die Bevölkerung. Als Termin für die Fertigstellung eines Bauhofs bietet sich an der Ablauf der Mietverträge für die Ersatzunterbringungen, die, soweit ich weiß, für drei Jahre abgeschlossen sind. Wir müssen also jetzt bald anfangen.

(Abg. Fischer [CDU]: Billiger planen!)

Nicht zuletzt mit Rücksicht auf die Vorgänge, die zum Scheitern des letzten Entwurfs für einen Bauhof geführt haben, sollte bei der Planung für den neuen Bauhof mit besonderer Sorgfalt verfahren werden. Dabei sollte in diesem speziellen Fall

(Abg. Klein [CDU]: Allerdings!)

sich die Bauverwaltung, das Hochbauamt, angelegen sein lassen, das eigene Haus der Bauverwaltung selbst zu entwerfen und zu bauen.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr gut! — Beifall bei der CDU)

Dadurch könnte erreicht werden, daß sowohl in technischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht die denkbar beste Lösung gefunden wird.

(Abg. Klein [CDU]: Oder durch die Oberfinanzdirektion!)

Die Finanzierung könnte durch Hereinnahme des Objekts in den außerordentlichen Haushalt der laufenden Legislaturperiode sichergestellt werden. Überdies ist wohl anzunehmen, daß die Mieten der für die über die ganze Stadt verteilten Unterbringungen höher sind als Zinsen und Tilgung für einen Neubau, der fremd finanziert wird.

Zum Neubau eines Kaufhauses der Horten-GmbH: Gegner des Objekts behaupten, daß der Umfang, die Verkaufsfläche des geplanten Baus, zu einem ruinösen Wettbewerb im Einzelhandel führen wird. Sie untermauern ihre Argumente mit statistischem Zahlenmaterial. Nach Auffassung meiner Fraktion sollte sich der Wirtschaftssenator mit den Argumenten der Gegner des Horten-Projekts, wie sie sich aus der Sicht des Einzelhandels stellen, befassen,

(Bürgermeister Koschnick: Das ist im Koalitionsabkommen vorgesehen!)

obwohl uns klar ist, daß aus wirtschaftlichen Gründen eine Ablehnung des Bauvorhabens allein durch die Behörde nicht möglich ist. Dennoch könnte uns eine Stellungnahme des Wirtschaftssenators über die zu erwartende Wettbewerbslage im Einzelhandel als Hilfe dienen, um zu entscheiden, ob die sogenannte große Lösung mit der Überbauung der Pelzerstraße und des angrenzenden Parkplatzes vertretbar ist. Diese Entscheidung liegt in unserem Ermessen bei der Verabschiedung des im Verfahren befindlichen Bebauungsplans.

Die Verkehrssituation in der sogenannten „roten Zelle" wird durch einen Neubau eines weiteren Kaufhauses erheblich beeinflußt werden. Darüber hinaus aber auch die Zu- und Abwege. Bei der Beurteilung, wie dem zu erwartenden Verkehrszuwachs zu begegnen sein wird, stellt sich die Frage, inwieweit sich die Forderung Hortens mit den bisherigen Vorstellungen über den innerstädtischen Verkehr in Übereinstimmung bringen läßt. Aus verständlichen Gründen wird Horten daran interessiert sein müssen, den autofahrenden

Kunden bis in sein Kaufhaus hineinzuziehen. Als Stadt sollten wir daran interessiert sein, den Verkehr im Griff zu behalten.

Meiner Fraktion würde es das Votum zum Bebauungsplan erleichtern, wenn die Bauverwaltung mit der Vorlage des Bebauungsplans zugleich Lösungen einschließlich der Kosten für die Verkehrssituation, wie sie nach dem Neubau Horten zu erwarten sein wird, anbieten würde. Die zu fällende Entscheidung sollte nicht zuletzt auch davon abhängen, welche städtebauliche Lösung Horten anzubieten haben wird.

(Abg. Stäcker [SPD]: Jetzt kommen die Parkhochhäuser in Bremen, und dann in Bremerhaven!)

— Die kommen nicht mehr! — Der bisher vorgesehene massige Bau, der in erster Linie darauf ausgerichtet war, die gesamte zur Verfügung stehende erweiterte Grundfläche auch tatsächlich bis zum letzten Quadratmeter zu bebauen, entsprach wirklich nicht städtebaulichen Idealvorstellungen.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Kennen wir gar nicht!)

Uns ist sehr daran gelegen, daß der für den Horten-Bau zu beschließende Bebauungsplan hier in diesem Hohen Hause eine möglichst breite Mehrheit finden wird.

(Abg. Klein [CDU]: Dann müssen wir mal darüber reden, hier in der Bürgerschaft!)

Den weitaus größten Posten im Haushalt bilden die Personalkosten. Veränderungen in dieser Position schlagen darum auch immer am stärksten zu Buch und haben zudem noch den Nachteil, daß sie uns durch Entwicklungen von außerhalb, vom Bund oder von den Ländern, aufgezwungen werden. Die Erhöhung der Personalkosten um nur 1 Prozent bedeutet 5 Millionen DM, also die Kosten für den Neubau einer Schule.

Lassen Sie mich an dieser Stelle eine Bitte an alle Mitglieder im öffentlichen Dienst richten, die sich über Gruppenvertretungen oder auch unmittelbar an uns wenden, damit wir ihre speziellen Interessen bei der Gestaltung der von uns zu beschließenden Gesetze über Personalangelegenheiten berücksichtigen:

Bleiben Sie, meine Damen und Herren im öffentlichen Dienst, ganz gleich an welcher Stelle Sie stehen, bitte sachlich und werden Sie nicht polemisch, wenn Sie sich an Ihre Abgeordneten wenden. Keine in diesem Hohen Hause vertretene Partei ist zum Beispiel bildungsfeindlich, wenn bei einem Gesetzentwurf nicht sofort alle Voraussetzungen für eine Höhergruppierung, Voraussetzungen, die sehr unterschiedlich sind — das liegt an unserer bewegten Vergangenheit —, berücksichtigt werden. In der Spanne zwischen erster und zweiter Lesung lassen sich notwendige Korrekturen vornehmen. Dazu ist diese Spanne da, und das ist auch, wie Sie wissen, geschehen. Für sachliche Hinweise sind wir dankbar. Anders geartete Hinweise, die ich nicht näher klassifizieren möchte, hätten wir lieber nicht bekommen, denn, um Polemik mit Polemik zu beantworten: Abgeordnete sind keine Prügelknaben der Nation, denen man jede Unverschämtheit bieten kann, weil sie ja wiedergewählt werden wollen und deshalb von des Volkes Stimme in allen ihren Schattierungen abhängig sind. Zur Aufgabe des Abgeordneten gehört auch, daß er einmal nein sagt.

Die Entscheidung, ob auch in Bremen der sogenannte politische Beamte eingeführt werden soll, haben wir uns als FDP-Fraktion nicht leicht gemacht. Persönlich sehe ich eigentlich keine Notwendigkeit, daß in Bremen von dem bewährten System, daß auch die Vertreter der Senatoren Berufsbeamte im klassischen Sinne dieses Wortes sind beziehungsweise bleiben, zur Zeit abgewichen wird. Der Ton liegt auf „zur Zeit". Da die Meinung innerhalb meiner Fraktion unterschiedlich war, haben wir uns mit unserem Koalitionspartner geeinigt, an der Erarbeitung eines Gesetzentwurfs, der Anfang nächsten Jahres vorgelegt werden wird, zum Zwecke der Einführung des politischen Beamten mitzuwirken. Wir werden uns bemühen, daß durch die zu beschließenden Veränderungen die Kontinuität und die Qualität der Tätigkeit der von uns sehr geschätzten beamteten Vertreter der Senatoren keinen Schaden erleiden werden.

Eine andere Frage ist es — das ist hier auch schon diskutiert worden —, ob wir als FDP bereit sind, die Staatsverwaltung und in diesem Rahmen das Beamtengesetz den Erfordernissen der modernen Zeit anzupassen. Die Verfügungsmacht der Beamten über die Millionen und Milliarden des Staatshaushalts birgt Probleme vor allem bei den leitenden Positionen des Behördenapparats. Bei diesen Größenordnungen scheint es nicht mehr angemessen zu sein, die verantwortlichen Beamten so gering zu besolden, daß ihre Gehälter — darüber sprach ich gestern schon — außer Verhältnis zu den Gehältern bei vergleichbaren Positionen in der freien Wirtschaft stehen. In dem Maße, wie wir dieser Erkenntnis durch Gewährung höherer Bezüge Rechnung zu tragen gewillt sind, ist es dann aber auch nicht mehr gerechtfertigt, die beamteten Spitzen der Ressorts nur bei Disziplinarvergehen aus dem Amt oder der Aufgabenstellung entfernen zu können.

Insoweit betrachten wir die Einführung des politischen Beamten in Bremen, zu der es ohnehin kommen wird, da, wie ich gehört habe, ja auch die CDU dafür ist, als erste Maßnahme für weitere Reformen in der angedeuteten Richtung. Reformen, über die man sich in anderen Bundesländern Gedanken macht, die aber nicht von heute auf morgen durchgeführt werden können, sondern einer längeren Vorbereitungszeit bedürfen. In diese politische Landschaft gehören auch die Überlegungen, die Herr Götze gestern über Personalwirtschaft und über Personalgestaltung als einer besonderer Füh-

rungsaufgabe, um zu einer modernen Leistungsverwaltung zu kommen, gemacht hat.

Zur Universität: Als Material für die Diskussion für die Gestaltung einer modernen Universität in Bremen werden wir in Kürze einen Rahmengesetzentwurf, der von den FDP-Fraktionen aller Landtage beschlossen wurde, zur Verfügung stellen. Die Bremer FDP bejaht uneingeschränkt die baldige Gründung einer Universität in Bremen und weist darauf hin, daß, wie bereits der Finanzsenator ausgeführt hat, die Universität erstmalig im Finanzplan fest mit steigenden Anschlägen eingeplant ist.

Dem Gründungssenat, dessen Mut zur offenen und öffentlichen Diskussion ich bewundere, wäre ich dankbar, wenn er uns, Senat und Bürgerschaft, bald Vorschläge machen könnte, die es ermöglichen, daß gemeinsam und bald angefangen werden kann. Noch längeres Warten würde der Universität nicht gut tun. Diese Feststellung treffe ich in der Erkenntnis, daß ich mir kaum einen fleißigeren Gründungssenat vorstellen kann —. Der Gründungssenat tagt sogar an gesetzlichen Feiertagen, wie ich mich überzeugen konnte.

Aus der Fülle der Anregungen des Gründungssenats lassen Sie mich nur zwei herausgreifen, die sich mit Baufragen befassen. Wenn ich das tue, ist es bestimmt nicht meine Absicht, die Bemühungen um die Universität zu stören. Vielmehr ist es mein Bestreben, bevor der Schwerpunkt der Diskussion über die Universität wieder nach Bremen und in dieses Hohe Haus verlagert wird, vergangene Mißverständnisse vorher ausgeräumt zu haben, genauer: daß vergangene Unterlassungen nachgeholt werden.

In seinem Bemühen, zu einer objektiven Ausgangslage für seine Beurteilungen und seine Empfehlungen zu kommen, hat der Gründungssenat darum gebeten, ihm Unterlagen über den Flächennutzungsplan, die Besitzverhältnisse im Hollerland östlich und westlich des Kuhgrabenweges und eventuell schon vereinbarte Vorkaufsrechte zur Verfügung zu stellen. Ich würde es begrüßen, wenn auch uns als Bürgerschaft diese Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. Sie würden auch uns helfen, eine objektivere Diskussion zu führen.

An anderer Stelle spricht der Gründungssenat davon, daß er wisse, welche Drücke angesichts einer derart hohen Bausumme, wie sie die Finanzierung einer neuen Universität ausmacht, ausgeübt würden. Er empfiehlt dem Senat der Freien Hansestadt Bremen, ob es angesichts des hohen Bauvolumens und zur Vermeidung von Kompetenzkonflikten nicht angebracht sein könnte, die Einsetzung eines Sonderbevollmächtigten, ähnlich wie in Göttingen, zu erwägen. Meine Fraktion empfiehlt aus diesen und aus anderen Gründen, der Anregung des Gründungssenats besondere Beachtung zu schenken, wobei es sich selbstverständlich aus der Bremer Situation ergeben könnte, daß man eine solche Stelle nicht Sonderbevollmächtigter, sondern Senatskommissar oder Senatskommission für das Universitätsprojekt nennt, wie noch am Wochenende von Herrn Senator Dr. Nolting-Hauff in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Gesellschaft der Freunde der Universität vorgeschlagen wurde. Wichtig ist, daß wir bald anfangen!

Lassen Sie mich zum Schluß noch zwei Dinge zum Haushalt selbst sagen. Zur Debatte, wie sie jetzt läuft, aber auch zur Technik der Erstellung der Unterlagen, des Finanzplans und des Haushaltsplans.

Alle Fraktionen dieses Hohen Hauses haben das Empfinden, daß wir während der Haushaltsdebatte mit Politik überfüttert werden. Die ironische Einleitung von Frau Müller-Wolff lag ja auf dieser Linie. Weder ein Abgeordneter noch die Presse sind in der Lage, die Fülle des Gebotenen zu verdauen. Meine Fraktion begrüßt darum alle Bestrebungen, die darauf abzielen, zukünftig Grundsatzdebatten aus der Haushaltsdebatte auszuklammern und sie über das ganze Jahr zu verteilen.

(Abg. Klein [CDU]: Das Kind mit dem Bade ausschütten!)

Sie folgt damit einer Empfehlung unseres letzten Landesparteitags. Als ersten Ansatz in dieser Richtung begrüßen wir, daß die Grundsatzdebatte über die Schulpolitik Anfang des nächsten Jahres geführt werden soll und damit wohl bei dieser Debatte auf ein Minimum beschränkt bleiben beziehungsweise ausgeklammert werden kann. Bei einer Verteilung der Grundsatzdebatten über das Jahr wird es auch besser möglich sein, als es bisher der Fall war, weitere Kreise der Bevölkerung an der Meinungsbildung zu beteiligen. Uns als FDP ist wirklich sehr daran gelegen, daß es zu einer echten politischen Meinung — auch von unten nach oben — in allen Grundsatzfragen, die unsere Bevölkerung angehen, kommt.

Ich komme zum Schluß: Wenn ich mir überlege, wie ich den vorgelegten Haushalt bezeichnen soll, so möchte ich ihm das Prädikat „solide und gefestigt" geben. Wenn ich mir wiederum die Schlußworte des verehrten Kollegen Dr. Sieling überlege, so glaube ich, wir können alle, falls wir in den nächsten Tagen die Debatte hier vernünftig über die Runden bekommen, mit gutem Gewissen diesem Haushalt sogar zustimmen. Ich glaube aber auch, daß wir mit einem soliden und gefestigten Haushalt am besten darauf vorbereitet sind, um mit Erschütterungen, die uns hoffentlich erspart bleiben, die wir wegen der bekannten außenpolitischen Vorgänge jedoch als vorsichtige Kaufleute keinesfalls ausschließen sollten, fertig zu werden.

Was ist nun aber das Besondere an diesem Haushalt? Ist es nicht vielleicht die Tatsache, daß die gesamte Haushaltsgliederung erstmalig automationsgerecht gestaltet worden ist? Die moderne Zeit dringt in den öffentlichen Bereich ein. Sie tut das auf leisen Sohlen. Mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitungsanlage des Rechenzentrums der bremischen Verwaltung sind alle für den Haushalt

wichtigen Daten auf Magnetband gespeichert worden.

(Abg. Klein [CDU]: Das kommt doch erst noch!)

Damit ist die Möglichkeit geschaffen worden, die kommenden Haushaltsplanentwürfe auf rationelle Art zu erstellen. Viel zeitraubende Routinearbeit wird zukünftig wegfallen. Darüber hinaus ist ein Instrument entstanden, welches es ermöglicht, rasche Auswertungen des Haushalts vorzunehmen, die für eine Beurteilung politischer Vorgänge von Bedeutung sind.

Persönlich bin ich davon überzeugt, daß auch dieses Werk, das die Finanzverwaltung in Zusammenarbeit mit den Fachleuten des Rechenzentrums geschaffen hat, nur ein Anfang ist. Wir werden immer mehr dazu kommen, auch in der Steuerung des Haushalts die Methode der Datenverarbeitung zu verwerten, um rechtzeitig konjunkturgerecht reagieren zu können. Je mehr wirtschafts- und finanzpolitisch relevante Vorgänge in Form von Daten erfaßt werden, desto besser und schneller werden wir als Politiker in der Lage sein, die notwendigen politischen Folgerungen aus der sich ständig ändernden Lage zu ziehen. Das gilt im Kleinen für Bremen, das gilt selbstverständlich im weit größeren Ausmaß für den Bund.

Um nochmals Herrn Götze zu zitieren: Wir wünschen uns also Hilfen für politische Entscheidungen künftig mehr in Form von Daten und weniger in Form des Fingerspitzengefühls. Fingerspitzengefühl hat nun einmal ein wenig den Geruch des Unsoliden und des Unsicheren. Fakten sind besser! Uns ist bekannt, daß die Umstellungsarbeiten, die beim ersten Mal zweifellos ihre besonderen Schwierigkeiten gehabt haben, in kürzester Zeit bewältigt worden sind. Das mit dieser Arbeit befaßte Personal hat sich in vorbildlicher Weise eingesetzt und Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit nicht gescheut.

Ich möchte meine Ausführungen zum Haushalt diesmal damit beenden, daß ich diesem Personal, das Schrittmacher für das Werden einer modernen Verwaltung ist, unsere besondere Anerkennung und unseren Dank ausspreche.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat nun der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, bevor ich meine eigentliche Haushaltsrede beginne, einige grundsätzliche Ausführungen zu machen. Ich habe mit einiger Verwunderung festgestellt, daß entgegen der Vereinbarung in der interfraktionellen Besprechung, die wir gestern geführt haben, wonach die Ressortreden mündlich gekürzt oder in Zukunft in Fortfall kommen sollen, die CDU und FDP diese Ressortreden hier in ihre eigentlichen Haushaltsreden, die ja mehr der Beantwortung der Ausführungen des Herrn Finanzsenators dienen sollten, hineingepreßt haben. Mir gestatten Sie bitte, daß ich lediglich auf die Beantwortung der Haushaltsrede des Herrn Finanzsenators zurückkomme.

(Beifall bei der NPD)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu Recht hat der Herr Finanzsenator eingangs seiner Haushaltsrede darauf hingewiesen, daß sich seit seinem Amtsantritt, seit dem Jahre 1965, vieles gewandelt habe. Zu der damaligen Zeit hatte sich der Bürger der Bundesrepublik bereits daran gewöhnt, im Wirtschaftswunderland zu leben, die Vollbeschäftigung und die stete Erhöhung des Lebensstandards als eine Selbstverständlichkeit hinzunehmen. Die Bundesrepublik selber fühlte sich in der Rolle des wirtschaftlichen Riesen und des politischen Zwergs durchaus wohl; man glaubte nunmehr, endlich auch mal an der Reihe zu sein, Welt- oder europäische Krisen von den „Großen" abklären und gegebenenfalls auskämpfen zu lassen und im Schatten unauffällig und gefahrlos für uns selber den Rahm abschöpfen zu können.

Man kam gar nicht darauf, daß die Konjunktur oder das Wachstum der Wirtschaft in der Bundesrepublik eine Unterbrechung oder sogar einen Rückgang erfahren könnten und daß die Bundesrepublik im Konzert der westeuropäischen Völker plötzlich wieder ernst genommen werden könnte, und zwar in einem Sinne, der uns keineswegs lieb war: nämlich mitverantwortlich gemacht zu werden für das Wohl und Wehe der europäischen Völkerfamilie und ihrer einzelnen Glieder.

Man war auch keineswegs darauf gefaßt, daß plötzlich die alte Aversion, und zwar dieses Mal nicht aus politischen Vorgängen der Vergangenheit, sondern ganz einfach aus wirtschaftlichen Gründen, gegen dieses fleißige Volk in Mitteleuropa wieder aufflammen könnte, das wieder zum ernsthaften Konkurrenten auf den Weltmärkten geworden war. Und einigermaßen fassungslos sahen und hörten wir europäisierten Westdeutschen, daß andere Völker, mit denen wir uns verbündet wissen, ihre nationalen Interessen auf Kosten der Bundesrepublik sehr wohl zu wahren wußten.

Denken wir an die unfreundlichen Töne, die in den letzten Wochen plötzlich über den Kanal zu uns herüberschallten, denken wir an die aufschlußreichen Worte unseres Senators für Häfen, Schiffahrt und Verkehr, die dieser vor wenigen Tagen im Hinblick auf das deutsch-niederländische Verhältnis aussprach, und in welchen nüchtern festgestellt wurde, daß kein Land freiwillig und ohne Gegenleistung soviel zur Expansion ihrer, nämlich der holländischen Seehäfen und Verkehrswirtschaft, beigetragen habe wie die Bundesrepublik, und daß die niederländische Regierung ihre verkehrspolitischen Maßnahmen einseitig und in einer, insbesondere die deutsche Verkehrs- und Seehafenwirtschaft diskriminierenden Weise zugunsten des niederländischen Transportgewerbes und vor allem der Rhein-

mündungshäfen ausrichte, das heißt doch, zum Schaden auch der bremischen Häfen.

Wenn ich auf diese Fakten hinweise, dann nur deshalb, weil ich damit zum Ausdruck bringen will, daß der Wind auch für uns Bremer vom Westen steifer wird.

Stand der Haushaltsplan für 1968 im Februar dieses Jahres noch im Zeichen einer Konjunkturabschwächung in der Bundesrepublik in der Debatte, so wird heute der bremische Haushalt und die Planung bis 1972 von außenpolitischen Verpflichtungen des Bundes beeinflußt, deren Auswirkungen wir heute für unser Gemeinwesen noch nicht zu übersehen in der Lage sind, die aber durchaus alle unsere Vorausberechnungen, die unserer Haushaltsplanung zu Grunde liegen, auf der Einnahmeseite zum Negativen verändern können.

Es ist die Aufgabe einer Opposition, den zur Schau getragenen Optimismus der Regierungsparteien bei den Haushaltsberatungen zu dämpfen und auch ein Fazit über das abgelaufene Haushaltsjahr zu ziehen. Und nun sei freimütig von der NPD-Fraktion erklärt, daß die Gesamt-Einnahme-Seite unserer Haushalte in 1968 sich besser zu entwickeln scheint, als wir seinerzeit wahr haben wollten.

Als wir im Februar dieses Jahres verspätet die Haushaltsdebatten für 1968 durchführten, stand meine Fraktion auf dem Standpunkt, daß die Steueransätze für das Jahr 1968 im Hinblick auf die Depression in der Wirtschaft nicht real seien. Wir zweifelten an, daß die Ansätze für „Steuerabzug vom Lohn" erreichbar wären und schlossen damals unsere Ausführungen bei Abschluß der Debatte mit den Worten: „Hoffen wir, daß nicht Anfang kommenden Jahres die Feststellung getroffen werden muß, daß 1967 das Jahr falscher Prognosen, das Jahr 1968 aber die Zerstörung der Illusionen brachte."

Ob wir die Steueransätze für 1968 erreichen werden, wie der Herr Finanzsenator glaubt, versichern zu können, erscheint uns noch nicht sicher. Hierbei gehen wir keineswegs davon aus, daß die eine oder andere Steuer in ihrem Ansatz den Erwartungen entsprach oder sogar überraschend höhere Erträge brachte, sondern wir betrachten in erster Linie für das Gedeihen unseres Landes und seiner Bevölkerung das Bild des Einkommens unserer Mitbürger, das sich im Haushalt unseres Landes unter den Steuerpositionen „Steuerabzug vom Lohn" und in den „Einkommensteuern" niederschlägt.

Uns liegen leider nur die Zahlen vom 30. September dieses Jahres aus dem Bericht über die Haushaltslage vor, die beim „Steuerabzug vom Lohn" gegenüber dem zeitanteiligen Anschlag ein Minus von rund 18 Millionen DM anzeigt. Daß die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer dieses Minus nahezu durch Mehreinnahmen gegenüber dem Anschlag wettmachten, mag für die Haushaltsrechnung des Landes zufriedenstellend sein, sie täuscht aber nicht darüber hinweg, daß zumindest das erste Halbjahr 1968 bis zum Auswirken des Investitionsprogramms für die Wirtschaft keineswegs günstig war und die Zahlen für die Einkommensteuer im Jahr 1969 die Depression aus 1967 und Anfang 1968 erst widerspiegeln werden. Wenn demnach — ich komme nochmals auf die Eingangsworte des Herrn Finanzsenators in seiner Haushaltsrede zurück — kritisierend auf die noch im Jahr 1965 bestehende Illusion hingewiesen wurde, daß das Wachstum der Wirtschaft sich ohne Unterbrechung fortsetzen würde, dann kann ich nur den Mut bewundern, der der Finanzplanung bis 1972 zu Grunde liegt.

Wenige Tage erst sind vergangen, seitdem sich zeigte, wie eng verflochten die Stabilität der europäischen Währungen ist, und welche Opfer in wirtschaftlicher Beziehung, ja welche Gefährdung für unsere eigene Währung dann besteht, wenn das europäische Gleichgewicht ins Wanken gerät. Wir wissen, welche Opfer von unseren Exportfirmen hinsichtlich ihrer Konkurrenzfähigkeit im Ausland jetzt gefordert werden, wie unsere exportierende Industrie durch die Sonderbesteuerung empfindlich getroffen werden könnte.

Daß dieses „Außenwirtschaftsabsicherungsgesetz" gerade uns in Bremen — und natürlich auch Hamburg — besonders schwer trifft, darüber brauchen wir uns leider keinem Zweifel hinzugeben. Es trifft nicht nur unsere Exportfirmen, es trifft unsere Werften, und es trifft unsere Hafenbetriebe und damit den bremischen Arbeitsmarkt. Es wird sich im kommenden Jahr — daran brauchen wir wohl ebenfalls nicht zu zweifeln — auf unserer Einnahmeseite im Haushalt erheblich auswirken und viele Hoffnungen, die bei Aufstellung der Haushalte durch Haushaltsausschuß und Finanzdeputation als vertretbar erschienen, nunmehr zunichte machen oder zumindest stark beeinträchtigen.

Deshalb, meine Damen und Herren, vermögen wir den „sonnigen Optimismus" nicht zu teilen, der in der Finanzplanung mit den Worten zum Ausdruck kommt, daß „der neue Finanzplan zu etwas günstigeren Ergebnissen kommt als die Schätzungen des Vorjahres, die im Zeichen der Stagnation und einer Kapitalmarktlage bei hohem Zinsniveau standen".

In den Erläuterungen zum Finanzplan heißt es weiter: „Ausschlaggebend für die jetzigen Verbesserungen sind die erheblich günstigeren Prognosen des Finanzplanungsrats für die Entwicklung des Sozialprodukts und der Steuereinnahmen sowie die geringeren Zuwachsraten bei den Personalausgaben und der geringere Effektivzins bei Darlehnsaufnahmen." Ob der Finanzplanungsrat auch heute noch zu diesen Feststellungen kommen würde? Wir wagen dieses ganz entschieden zu bezweifeln. Zugegeben, daß für die Finanzplanung des bremischen Haushalts bis 1972 erhebliche Vorbehalte eingebaut wurden, aber festgestellt sei, daß der Haushaltsplan für 1969 auf den günstigen

Prognosen, die vor wenigen Wochen noch berechtigt erschienen, aufgebaut wurde.

Die NPD-Fraktion hat sich überlegt, ob sie nicht durch einen Dringlichkeitsantrag die Absetzung der Haushaltsberatungen fordern sollte und diese erst nach Übersehbarkeit der europäischen Währungssituation und den möglichen Auswirkungen für unser Land durchführen lassen sollte. Wir haben von diesem Gedanken Abstand genommen, weil wir der Meinung sind, daß letzthin die Koalition, und an ihrer Spitze der Senat, die Verantwortung für unser Land übernommen haben und eine solche Anregung folgerichtig von dieser Seite hätte kommen müssen. Wir sind uns in diesem Hohen Hause aber wohl sämtlich darüber klar, daß wir in einem Augenblick unsere wichtigsten Beratungen, die im Laufe des Jahres anfallen, durchführen, in welchem die wirtschaftliche Situation, speziell unseres Landes, am unübersichtlichsten seit vielen Jahren ist.

Es ist aber ja nicht allein die europäische Währungskrise und ihre Auswirkungen, die sich so sehr negativ auf der Ertragsseite unseres Landeshaushalts bemerkbar machen können oder werden, sondern die gesamte Unsicherheit der Finanz- und Wirtschaftspolitik unserer Bundesrepublik, deren Bewährungsprobe, wie der Herr Finanzsenator zum Ausdruck bringt, erst noch bevorsteht.

In diesem Zusammenhang hat der Herr Finanzsenator in seinen Ausführungen auf die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur des Unterweserraumes und auf die Sorge hingewiesen, die uns seit Jahr und Tag durch die wachsenden Industrien und Häfen westlich der Bundesrepublik bewegen. Als wir im Frühjahr dieses Jahres auf diese Probleme hier zu sprechen kamen — die Verhandlungen mit Hamburg hinsichtlich der Gründung eines gemeinsamen Containerhafens zum Schutz gegen die holländische Konkurrenz waren gerade gescheitert —, haben wir uns von der NPD-Fraktion ganz besonders für die Zusammenarbeit der Legislative der Küstenländer ausgesprochen. Sicherlich nicht nur aufgrund unserer Anregung, sondern einfach deshalb, weil dies vernünftig und naheliegend war, haben zwischenzeitlich wohl alle Parteien, die in den Landtagen Niedersachsen und Schleswig-Holstein und in den Bürgerschaften Bremen und Hamburg arbeiten, Kontakte aufgenommen, um zu versuchen, gemeinsame Probleme auch gemeinsam unter vorläufiger Ausschaltung der Exekutive zu besprechen und einer Lösung näher zu bringen. Positive Resultate haben diese Besprechungen und Fühlungnahmen wohl noch nicht erbracht.

Deshalb wird Bremen, nach wie vor auf sich selbst gestellt, den weiteren Ausbau seiner Häfen in Konkurrenz zu den übrigen Küstenländern speziell jetzt in Bremerhaven vorzunehmen haben. Neben den weiteren großen Aufgaben, die wir durch die Universität, den weiteren Ausbau unserer Schulen und des Gesundheitswesens auf uns genommen haben. Alle diese Aufgaben zu lösen, ohne die Selbständigkeit unseres Landes zu gefährden, ist erstes Ziel des Regierungsprogramms, ist der Wunsch und Wille jeden Bremers. Das sollte in jeder Regierungserklärung, die in diesem Hohen Hause abgegeben wird, nochmals und immer wieder betont werden.

Das sollte aber auch jede Fraktion in diesem Hohen Hause ihren Kollegen in den Landtagen der übrigen Küstenländer gegenüber unmißverständlich zum Ausdruck bringen und auch die Gründe dafür anführen, warum wir Bremer darauf bestehen, im Interesse unserer Bürger, im Interesse der Bundesrepublik ein selbständiges Land zu bleiben. Dann würde sich vielleicht ein profilierter Politiker aus Niedersachsen — ich denke an den Justizminister Gustav Bosselmann — scheuen, in Vegesack unter dem Motto „Heim nach Niedersachsen" zu sprechen und die Existenz des Stadtstaates Bremen als „baren Unsinn" zu bezeichnen.

Wenn ich auf den eigentlichen Haushaltsplan, wie er uns vorliegt, zu sprechen komme, so ist derselbe, ich sagte es schon, von der immer wieder festgestellten Überwindung der Wirtschaftsdepression diktiert, die uns in den Haushaltsjahren 1966/1967 überraschte. Inwieweit die Exportbesteuerung den bremischen Handel und die Hafenwirtschaft in 1969 treffen und die veranschlagten Einnahmen beeinflussen werden, vermag kein Mensch zur Zeit zu sagen.

Als Angehöriger der Oppositionspartei bin ich veranlaßt, nicht von dem „Soll" der Einnahmeseite, sondern von dem „Ist" auszugehen, und auf der Ausgabeseite von dem Unabänderlichen und nicht dem Wünschenswerten. Natürlich läßt sich jeder Haushalt durch Darlehnsaufnahmen und Verbürgungen, wenn Einnahmen und Ausgaben nicht harmonisieren, ausbalancieren, und zwar so lange, bis die Verschuldung oder die Verbürgung einen Stand erreicht haben, der den Kreditgeber verprellt.

Wir kennen die These, die nach dem Krieg in diesem Hohen Hause so oft ausgesprochen wurde, daß nämlich die Schäden des Krieges, die unser Land betroffen haben, nicht von einer Generation behoben werden sollten, sondern von uns, unseren Kindern und Kindeskindern, das heißt, daß wir die Verantwortung vor kommenden Generationen auf uns nehmen müßten, ihr Leben mit von uns aufgenommenen Schulden zu belasten.

Sicherlich haben sich die Grenzen der möglichen Verschuldung verschoben, und sicherlich haben diejenigen recht, die lebensnotwendige Entwicklungen für unser Land fördern, auch wenn diese nur durch Schuldenaufnahmen ermöglicht werden können. Ich glaube, daß die Ausführungen des Senators für die Finanzen aber deutlich genug sind, wenn er feststellt: „Wie der Finanzplan zeigt, werden wir bei gleichbleibender Entwicklung in den nächsten Jahren bereits in die Schere kommen, in der die Schuldendienstlasten die voraussichtlichen Darlehnsaufnahmen des laufenden Jahres übersteigen."

Das heißt doch schlechtweg, daß wir dann Kredite oder Anleihen aufzunehmen haben, um die laufenden Schuldenverpflichtungen zu bedienen und nicht etwa, um den Anforderungen für die Lebenserhaltung unseres Landes durch Neuinvestierungen gerecht zu werden. Immer wieder trösten wir uns damit, daß die unmittelbare Verschuldung nach der Pro-Kopf-Berechnung noch unter dem Bundesdurchschnitt läge. Daß die Verschuldung und Verbürgung aber weit über dem Bundesdurchschnitt liegt und durch die Zunahme der Hochschullasten allein einen Stand erreichen dürfte, der die Grundlagen bremischer Finanzpolitik sprengt und den heute angeblich noch sicheren Boden unserer Selbsterhaltung verläßt, mag unbequem klingen und uns konservativ Denkenden zumindest mit größter Sorge erfüllen.

Der Herr Finanzsenator hat in seinen Schlußausführungen an die Opposition einige Worte über ihre Aufgabenstellung gerichtet. Als eine wesentliche Aufgabe wird der Opposition die parlamentarische Kontrolle zugewiesen. Wenn die Worte in der Haushaltsrede des Senators für die Finanzen nüchtern und von der Sorge um die Zukunft unseres Landes getragen waren, so waren diese letzteren Ausführungen doch nur Worte, die ein Füllsel seiner Ausführungen bedeuten und keineswegs ernst gemeint sein können. In einem demokratischen Staat soll — so will es der Gesetzgeber, so will es hier die Verfassung — die Opposition die Stellung einnehmen, die mit den Schlußworten des Herrn Senators angesprochen worden ist.

Wie sind aber die Tatsachen? Die eine Oppositionspartei, die von 9 Prozent der Wähler in dieses Parlament geschickt wurde, wird trotz des von ihr gezeigten guten Willens aus der praktischen Arbeit, das heißt der Deputationsarbeit, herausgehalten, um sie nicht zu informieren und ihr damit die ihr gesetzmäßig zustehende Kontrolle der Regierungsarbeit unmöglich zu machen. Die andere in diesem Hause tätige Oppositionspartei mag auf die Worte des Herrn Senators selber antworten. Ich weiß nur aus meiner langjährigen Tätigkeit hier in diesem Hohen Hause, wie die angeblich so wichtige Kontrollarbeit der Opposition seitens der Koalition tunlichst im Keime erstickt wird.

Um Anträge zum Haushalt stellen zu können, kann meine Fraktion auf Aufschlüsse über die Handhabung von Verordnungen nicht verzichten. Da wir in den Deputationen nicht vertreten sind, haben meine Fraktionsfreunde sich zu ihrer Orientierung deshalb an die betreffenden Behördenleiter gewandt und um Auskunft unter Berufung auf ihr Mandat gebeten. Diese Auskünfte sind ihnen mit dem Hinweis verweigert worden, daß die NPD-Fraktion ja entsprechende Anfragen im Plenum stellen könne. Das ist uns wiederum aufgrund der Geschäftsordnung nicht möglich. Nennen Sie das, meine sehr geehrten Damen und Herren, praktische Arbeit zwischen Koalition und Opposition, zwischen Legislative und Exekutive?

Aufgrund eines uns jetzt vom Herrn Präsidenten der Bürgerschaft gegebenen Hinweises werden meine Fraktionsfreunde nunmehr bei Unklarheiten jeweils den Ressortsenator persönlich ansprechen, um dieser offenbaren Behinderung der Oppositionsarbeit zu begegnen. Eine Reihe von Anregungen, die wir durch Anträge während dieser Haushaltsberatungen dem Hohen Hause zu stellen beabsichtigten, haben wir aus Mangel an Informationsmöglichkeiten deshalb zurückstellen müssen.

(Abg. K ä h l e r [SPD]: Schade!)

Es klingt so schön, wenn in einer Haushaltsrede des Senats gesagt wird, daß die Opposition aktiv — und so sie will — auch positiv an der Regierungsarbeit mitwirken kann. Ist es tatsächlich so oder ist es nicht vielmehr so, daß jede Anregung, jeder Antrag, der aus den Reihen der Opposition kommt, bis auf wenige Bagatell-Anträge, niedergestimmt und in den meisten Fällen die betreffenden Ausführungen des Oppositionellen als anmaßend bezeichnet oder als undiskutabel bezeichnet werden?

Ich bin das einzige Mitglied dieses Hohen Hauses, das in der 5. Legislaturperiode auf den Bänken der Opposition sitzt, und ich glaube das Recht zu haben, diese Feststellung — hervorgerufen durch die Schlußworte des Herrn Finanzsenators — hier treffen zu dürfen.

Ich komme zum Schluß meiner Ausführungen in Beantwortung der Rede des Herrn Finanzsenators. Die Ausführungen des Herrn Finanzsenators sind getragen von den Hoffnungen auf eine stete Aufwärtsbewegung unserer Wirtschaft, auf eine Vollbeschäftigung unserer Mitbürger und die Steigerung des Einkommens derselben und dementsprechend auf eine Steigerung unserer Einnahmen. Wir, als Oppositionspartei, vermögen diese Erwartungen nach den jüngsten Ereignissen in der Weltpolitik nicht zu teilen. Wir hätten deshalb sehr viel lieber den Entschluß des Senats und der Bürgerschaft zur Kenntnis genommen, in diese Beratungen erst dann einzutreten, wenn hinsichtlich der notwendigen Schritte zur Stabilisierung der europäischen Währungen Einigkeit eingetreten wäre und sich die Auswirkungen auf unsere gesamte Wirtschaft durch die von der Bundesrepublik zu machenden Zugeständnisse abschätzen lassen. So meinen wir, daß auch dieser Haushalt, wie der des Jahres 1968, im Laufe des Jahres zwangsläufig grundlegenden Wandlungen durch die Finanzdeputation unterworfen sein wird, um den eintretenden Situationen gerecht zu werden, so daß die Debatten um dieses Zahlenwerk jetzt nur deklamatorischen Charakter haben werden.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Engel: Meine Damen und Herren, wir treten nunmehr in die Mittagspause ein. Wir setzen die Sitzung um 15.15 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung 13.15 Uhr)

*

Präsident Engel eröffnet die Sitzung wieder um 15.16 Uhr.

Präsident Engel: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Unter unseren Zuhörern begrüße ich unter anderen zwei Klassen der Schule an der Wilhelm-Leuschner-Straße und zwei Klassen des Gymnasiums am Leibnizplatz.

(Beifall)

Wir befinden uns in der Beratung über den Tagesordnungspunkt 1.

Wir setzen nunmehr die Grundsatzaussprache fort.

Das Wort hat Herr Bürgermeister Koschnick.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch zum ersten Mal und ungewöhnlich ist es, daß nach der Grundsatzaussprache der Sprecher der Fraktionen der Senat das Wort nimmt. Aber ich meine, wenn vermieden werden soll, daß zu jedem Haushaltsplan lange Ausführungen gemacht werden, ist es gut, daß einige wenige Bemerkungen zu den generellen Fragen, die von den Fraktionssprechern angesprochen worden sind, gemacht werden und Stellung genommen wird.

Zur Haushaltssituation der kommenden Jahre — und dabei darf ich die Sorgen und optimistischen Grundhaltungen in allen vier Aussprachen auffangen — liegen, so meine ich, die Probleme in der heute noch nicht klar erkennbaren Situation, ob es zu einer Großen Finanzreform zwischen Bund und Ländern kommt, und wie diese Finanzreform aussehen wird, auch ob es zu einer Gemeindefinanzreform kommt, und wie diese Gemeindefinanzreform aussehen wird. Offen ist — allerdings nicht bis zum Jahre 1971, sondern für die späteren Jahre —, welchen Umfang die geplante Große Steuerreform im Anschluß an die Finanzreform haben wird, und welche Konsequenzen sich aus dieser Steuerreform für die Gemeinden Bremerhaven und Bremen sowie für das Land Bremen ergeben.

Bei allem überschattet uns die ganz große Sorge wegen der notwendigen neuen Finanzaufteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Diese Probleme der Finanzaufteilung müssen natürlich gesehen werden von den Zuständigkeiten, die künftig nach dem deutschen Verfassungsrecht anstelle bisheriger Mischverwaltungen auf den Bund, auf die Länder oder auf die Gemeinden übertragen werden. Und aus den Bedürfnissen der drei verschiedenen Körperschaften des öffentlichen Lebens heraus, so hoffen wir, sollte es zu einer gerechten Finanzaufteilung kommen. Das hoffen der Bundestag und die Bundesregierung. Das hoffen die Landtage und die Landesregierungen. Das hoffen die Kommunalparlamente und deren Bürgermeister oder Landräte.

Aber alle wissen, daß zur Deckung des Gesamtbedarfs die vorhandene Finanzmasse nicht ausreicht. Und so wird einer zum Schluß den kürzeren ziehen. Wir Bremer sind in der besonders guten wie gleich schwierigen Situation, sowohl die kommunalen wie die Landesprobleme zu sehen und sie zu erleiden oder zu ertragen. Auf der anderen Seite haben wir aber auch natürlich zu erkennen, daß die Fülle neuer Aufgaben, die auf den Bund zukommt, zwangsnotwendig für die Bundesregierung und den Bundestag Überlegungen aufkommen lassen, wie die Bundesfinanzmasse verstärkt wird.

Und wenn wir die Forderungen nicht nur der Interessenverbände, nicht nur der unterschiedlichsten Gruppen in unserem Volke, sondern die Forderungen all derer ernsthaft prüfen, die sich Gedanken machen über ihren eigenen Bereich hinweg, wie die Zukunft Deutschlands gestaltet sein soll oder gar wie im Rahmen eines größeren Bereichs, etwa des Vereinigten Europa oder einer Atlantischen Gemeinschaft, die Zukunftsaufgaben bewältigt werden müssen, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, glaube ich nicht, daß die jetzige öffentliche Finanzmasse ausreichen wird, um diese Aufgaben zu bewältigen. Es sei denn, die Parlamente und Regierungen wären bereit, bisherige Dienstleistungen für den Bürger aufzugeben oder wesentliche Zukunftsaufgaben zu vernachlässigen. Das letzte dürfen wir gemeinsam nicht hoffen im Interesse der Zukunft unseres Volkes. Das erstere kann ich mir nicht vorstellen in Anbetracht der Situation, daß wir in einer Industriegesellschaft leben, deren Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen und der jungen und älteren Generation stärker wachsen.

Ich plädiere hier nicht für eine Steuererhöhung, ich kann sie auch nicht vorhersagen. Ganz sicher wird vor der Bundestagswahl auch keine Partei bereit sein, ein solches Wort zu sagen. Über eins müssen wir uns nur klar sein: Wenn wir Forderungen an die Zukunft erheben, wenn wir langfristige Forderungen für die Gestaltung der Haushalte in den Gemeinden, Ländern und im Bund erheben, die wesentliche Mehrkosten bringen, müssen wir den Mut haben, zu erklären, wie wir die Mittel aufbringen wollen. Sei es durch Kürzungen oder durch Erhöhungen! Und dieses offene Wort sollten wir gemeinsam unseren Bürgern sagen.

Nun wird die CDU sagen: Ihr Brüder habt es nach den Wahlen auch erst getan, und nicht vor den Wahlen! Ich kann das nicht leugnen! Ich könnte aber auch auf böse Beispiele des Bundes verweisen. Das nützt aber nichts. Belastet waren in jedem Fall immer die Bürger. Wenn wir deshalb die Probleme der künftigen Finanzentwicklung sehen, und wenn wir glaubwürdig bleiben wollen bei der deutschen Bevölkerung und vor allem bei der Bremer Bevölkerung, dann müssen wir sichtbarer machen als bisher, wo im Augenblick die Grenzen unserer Möglichkeiten bei den jetzigen Verhältnissen sind

und daß Mehrforderungen entweder Minderleistungen in einem Bereich oder mehr Steuern bedeuten. Dieses offene Wort sollte man sagen!

Dabei verhehle ich nicht, daß, bevor überhaupt nur die Gedanken einer Steuererhöhung überhaupt ausgesprochen werden, werden wir erst prüfen müssen, welche Möglichkeiten im eigenen Bereich vorhanden sind, um Aufgaben abzubauen, die jahrelang von uns getragen wurden, und ob es Leistungen, Subventionen und Förderungen gibt, die heute unter Umständen nicht mehr erforderlich sind. Das bedeutet allerdings sehr viel Charakterstärke, nicht nur für die Parlamentarier, sondern auch für die politisch Verantwortlichen in der Regierung, einmal bewilligte Subventionen wieder abzubauen. Aber ich sehe keinen anderen Weg, um auf lange Sicht unsere Ausgaben und Einnahmen aufeinander abzustimmen.

Insofern darf ich mich für den Senat für die heute hier gehaltenen Grundsatzaussprachen der Fraktionen bedanken und hoffen, daß wir künftig gemeinsam überlegen, wie wir die steigenden Ausgaben in Einklang bringen können zu den nicht im gleichen Umfang steigenden Einnahmen, und wo wir gegebenenfalls aufhören können, mit öffentlichen Mitteln zu helfen. Das muß geprüft und untersucht werden.

Mein Kollege Finanzsenator, der an sich nur für heute entschuldigt war, wird auch morgen früh nicht hier sein können. Es ist plötzlich der Finanzplanungsrat einberufen worden, wo es wiederum um sehr gewichtige Entscheidungen über die Finanzverteilung Bund/Länder geht, und im Augenblick, so hoffe ich auch das Verständnis des Parlaments zu haben, geht es darum, zu retten, was für uns zu retten ist.

(Beifall)

Darf ich dann zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Götze, von Frau Müller-Wolff, von Herrn Dr. Sieling und von Herrn Schubert kommen; ich glaube, auch Herr Brouwer hat es angesprochen: Es geht um das Problem der Sicherung der Selbständigkeit Bremens. Bremens Möglichkeiten für eine unabhängige Politik sind begrenzt. Unser Selbstverständnis und unsere Selbständigkeit hängen wesentlich davon ab, ob wir wirklich bereit sind, in vernünftiger Kooperation mit der Bundesregierung zu handeln. Der Senat sieht diese Notwendigkeit. Er ist bereit, dem Bund zu geben, was des Bundes ist und die verbleibende Bandbreite eigenständiger Politik zu nutzen zum allgemeinen Wohl Bremens und zur Förderung aller Maßnahmen zur Sicherung unserer Zukunft.

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen vertritt mit Nachdruck die Vorstellungen des Luther-Gutachtens zur Selbständigkeit Bremens, wie sie uns vorhin von Frau Müller-Wolff so beachtenswert dargelegt worden sind. Ich möchte mich bedanken, daß in dem Kern ihrer Haushaltsrede dieser Frage so viel Raum gegeben wurde. Ich freue mich, daß alle Fraktionssprecher davon ausgehen, daß es keinen bremischen politisch Verantwortlichen gibt, der die Frage bremischer Selbständigkeit in Frage stellt.

Deswegen ersparen Sie mir, auf die Aufforderung des Abgeordneten Götze noch näher hier einzugehen, ein deutliches Wort in Richtung auf Herrn Minister Bosselmann zu sagen. Ich hoffe, daß die Kollegen der CDU bereit sind, ihren politischen Freunden in Niedersachsen die entsprechende Antwort zu geben.

(Abg. Franke [SPD]: Tiefer hängen!)

Daß sie nicht in der Lage sind, auch ihre bremische Jugendorganisation von der Selbständigkeit Bremens zu überzeugen, ist bedauerlich, aber ich klage nicht sehr darüber, weil wir auch unsere Schwierigkeiten mit unseren Jugendorganisationen haben.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich unterstelle deswegen auch nicht gleich Landesverrat, wie es

(Abg. Klein [CDU]: Hochverrat!)

bei anderen Jugendorganisationen so leicht möglich ist. — Hochverrat ist etwas anderes. Das bezieht sich auf die Regierungen; die können sie stürzen. Das halte ich für legitim. Sie wollen die Freiheit Bremens aufgeben! Das würde ich als Landesverrat bezeichnen.

(Abg. Fischer [CDU]: Richtig, sehr gut!)

Das Gesetz zur Sicherung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts bringt für einige Bereiche der bremischen Import- und Exportwirtschaft erhebliche Schwierigkeiten, die wir sehr wohl sehen und bei denen wir uns bemühen, entsprechende Bundeshilfen zu erhalten. Der Senat wird mit allem Nachdruck seine Rolle als guter Makler anbieten und sie in Bonn wirksam werden lassen. Wir müssen aber auch bedenken, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die soeben beschlossenen Bundesmaßnahmen uns mehr geeignet erscheinen, zu einem währungspolitischen Ausgleich zu kommen, als eine Aufwertung es hätte bringen können. Die Konsequenzen der Aufwertung wären irreparable Maßnahmen gewesen, die in alle Bereiche hineingeschlagen wären. So sehr die Freien Demokraten im Bundestag bemüht waren, einer gerechteren Lösung das Wort zu reden, mit uns gemeinsam haben sie im Senat dem Gesetz zugestimmt aus der Sorge, daß eine instabile Währungssituation in Europa und in der freien Welt die Wirtschaft aller Nationen in Gefahr bringen kann.

Heute hoffen wir sehr, daß nach dieser deutschen Vorleistung nunmehr auch die übrigen Staaten, insbesondere in Europa, das Ihrige tun, um die Währungsstabilität in der Welt zu sichern. Die freie Welt benötigt die gemeinsame Währungs-

kooperation, um in allen Staaten ein Mindestmaß an wirtschaftlichem Aufschwung zu gewährleisten. Gelingt das nicht, dann hätte die Welt aus den bitteren Erfahrungen des „Schwarzen Freitag" des Jahres 1929 mit der nachfolgenden Wirtschafts- und Währungskrise nichts gelernt.

(Abg. Fischer [CDU]: Sehr richtig!)

Wir alle, nicht nur wir Deutschen, sind gebrannte Kinder in bezug auf diese große Krise.

Nun darf ich mich den konkreten Problemen des bremischen Haushalts zuwenden. Es waren hier insbesondere der Abgeordnete Götze, Frau Müller-Wolff und Herr Schubert, die auf die Probleme der Verwaltungsreform hingewiesen haben, auf die Notwendigkeit, einmal zu prüfen, ob die herkömmlichen Verwaltungsmechaniken und die herkömmliche Verwaltungsausübung, wie sie in der Vergangenheit üblich waren, noch wirklich zeitgemäß sind. Ich kann Ihnen sagen, das Problem Verwaltungsreform ist kein typisch bremisches. Auf der Bundesebene gibt es jetzt einen Ausschuß unter Bundesminister Benda, der überlegen soll, wie die Verwaltungsarbeit der Bundesregierung und der Bundesbehörden gestrafft und organisiert werden kann. In fast allen Ländern gibt es heute interministerielle Arbeitskreise und Ausschüsse, die gemeinsam bemüht sind, zu prüfen, wie kann die Verwaltung besser organisiert und transparenter gemacht werden, wie können größere Zuständigkeiten auf den einzelnen Sachbearbeiter verlagert oder auf die einzelnen Referate verlagert werden, und gleichzeitig, wie kann erreicht werden, daß die Angehörigen im öffentlichen Dienst in einer so modernen Verwaltung nicht nur herkömmlich juristisch ausgebildet werden, sondern auch mit einem großen volkswirtschaftlichen Verständnis den Aufgaben der Verwaltungsorganisation der modernen Zeit Rechnung tragen.

Wenn heute über 40 Prozent des Volkseinkommens von der öffentlichen Hand verausgabt werden, dann kommt es tatsächlich darauf an, daß die bei der öffentlichen Hand Tätigen die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die finanzpolitischen Notwendigkeiten, die Zusammenhänge im sozialpolitischen Raum erkennen. Von daher brauchen wir — und ich danke besonders Frau Abgeordnete Müller-Wolff — eine Umstrukturierung unserer Ausbildung und eine besondere Betonung unserer Fortbildung.

(Beifall bei SPD und CDU)

Das letzte allerdings, meine Damen und Herren, wird Geld kosten. Wir haben bewußt nicht mehr Geld voher gefordert, sondern wir sind der Meinung, jetzt sollte eine Konzeption entwickelt werden. Diese Konzeption soll dann dem Haushaltsausschuß der Finanzdeputation vorgelegt werden. Dann hoffen wir, auch die notwendigen Mittel zu bekommen, um diese Ausbildungs- und Fortbildungskriterien für den öffentlichen Dienst zu entwickeln, so wie wir bemüht sind, heute im Bereich der Pädagogik entsprechende Fortbildungsmaßnahmen anzubieten. Aber die Verwaltungsreform wird nicht losgelöst sein können von bestimmten Problemen der Regierungsform. Zum letzteren möchte ich nicht sprechen. Das Problem der Regierungstätigkeit ist durch die Verfassung vorgeschrieben.

Zumindest aber meine ich, wird es darauf ankommen, nicht nur grundsätzlich zu untersuchen und zu interpretieren, welche neuen Möglichkeiten sich in einer modernen Verwaltung ergeben, sondern wir werden auch zu konkreten Ergebnissen kommen müssen, um Feststellungen zu treffen, ob nicht auch in der Verwaltung durch Betriebsblindheit und Leerlauf überflüssige Arbeit geleistet wird und unter Umständen freiwerdende Arbeitskräfte für sinnvollere Arbeiten eingesetzt werden können. Aus diesem Grunde haben wir mit Zustimmung des Haushaltsausschusses seit ungefähr 18 Monaten eine Arbeitsgruppe eingesetzt — unter der Leitung von Herrn Oberregierungsrat Fricke —, um dort, wo Behörden Nachforderungen stellen oder mehr Stellen anforderten, aus spezieller interner Sicht zu überprüfen, ob diese Mehranforderungen notwendig waren.

Wir haben hier in einer sehr pauschalen Einzeluntersuchung eine Einsparung von über 33 Planstellen erreichen können. Das ist ein Indiz dafür, daß man diese Frage langfristiger, konsequenter auf einige Bereiche angesetzt vornehmen muß, um zumindest zu erreichen, daß künftig die in den Bereichen anfallenden Arbeiten unter Umständen mit dem vorhandenen Personal bewerkstelligt werden können und daß gegebenenfalls Arbeit abgebaut werden kann oder aber Umschichtungen im gesamten Bereich der Verwaltung vorgenommen werden können.

Allerdings alles mit der großen Einschränkung: Das wird wahrscheinlich nur in den echten Verwaltungsfunktionen gehen, in den berühmten 20 Prozent, von denen Herr Dr. Sieling gesprochen hat. Bei den 80 Prozent der eigentlichen Leistungsverwaltung, der Leistungsaufträge, der Pädagogik und Sozialarbeit wird es schwer sein, zu solchen Einsparungen zu kommen. Denn wenn wir Personal in diesen Bereichen einsparen wollen, werden wir enorme technische und materielle Aufwendungen auf uns nehmen müssen, um entsprechende Ausgleiche zu haben. Gleichwohl sollte der Gesamtbereich gesehen werden, und ich hoffe, in der Geschäftskommission des Senats im Laufe des nächsten Jahres bestimmte konkretere Vorschläge unterbreiten zu können. Ich werde deswegen Ihre Anregungen aufgreifen und die Dinge weiter durchdenken, um dann mit entsprechenden Vorschlägen an die Finanzdeputation heranzutreten und später vor dem Parlament zu berichten.

Lassen Sie mich einige Worte zu einem Problem sagen, das alle Jahre wieder ansteht, und was nach meiner Meinung nicht mehr unter Haushalt 01 kommen brauchte, das ist das Problem der Rati-

onalisierung durch das Rechenzentrum. Durch den Aufbau des Rechenzentrums ist es uns gelungen, eine Fülle von wiederkehrenden Verwaltungsaufgaben, die bei dem einzelnen Sachbearbeiter auf manuelle Erledigung drängen, maschinell aufzubereiten, die bisherigen Lochkarten-Maschinen einzusparen und dafür mit modernsten Mitteln eine erhebliche Verwaltungsbeschleunigung zu erreichen. Wir haben auch Einsparungen anzubieten. Ich kann es sogar konkret sagen! Lassen Sie mich die Zahlen aus dem Kopf sagen: Sie liegen zwischen 500 000 und 800 000 DM, wenn wir die Maßnahmen mit einrechnen, die wir mit Hilfe des Bundes durchführen konnten und die wir in Bremen selbst erledigt haben. Aber wir müssen auch sagen, daß, bevor wir einsparen konnten, wir den gleichen Betrag brauchten, um den Apparat aufzubauen.

Dieses Rechenzentrum arbeitet heute — meiner Meinung nach fast unmöglich — in drei Schichten. Wir werden in Zukunft in diesem Bereich noch mehr Personal brauchen, um noch weiter rationalisieren zu können. Es wird mir ein besonderes Anliegen sein, den Damen und Herren der Finanzdeputation eine schriftliche Ausarbeitung über das Ergebnis der Rationalisierung im öffentlichen Dienst in bezug auf das Rechenzentrum zuzuleiten. Ich stehe aber nicht an, wenn das Parlament Wert darauf legt, dem Gesamtparlament diese Dinge zuzuleiten, weil ich einfach meine, das sind zu viel Einzelheiten, als daß wir sie heute im großen Kreis beraten sollten.

Unser Ziel aber ist es, das Rechenzentrum nicht nur aufzubauen als eine nachgeordnete Behörde, die einen Teil der von uns wahrzunehmenden Verwaltungsaufgaben übernehmen soll, sondern diese Behörde soll vornehmlich die Aufgabe haben, das, was an sehr langfristiger und sehr langwieriger Bearbeitung bisher notwendig war, in kurze und schnelle Entscheidungen zu bringen. Das erste, was der Bürger heute braucht, ist eine schnelle Antwort, wenn er an den Senat, wenn er an die Gemeinschaft herantritt.

(Beifall)

Das zweite ist nicht nur eine schnelle Antwort, sondern auch eine richtige Antwort, und, wenn es geht, dabei auch zu erreichen, daß ein Teil von manueller Arbeit im öffentlichen Dienst eingespart wird, um die eigentlichen Verwaltungskräfte sinnvoll für die Entscheidungen anzusetzen, für die wir keine Maschine gebrauchen können, nämlich in dem ganzen Bereich der Ermessensentscheidungen. Dann kann auch der einzelne Bürger stärker als in der Vergangenheit das Gefühl haben, daß auch sein individuelles Anliegen zumindest ernsthaft geprüft wird. Häufig wird man ihm nicht entsprechen können, aber er muß das Gefühl haben, daß seine Forderungen, seine Wünsche, seine Vorstellungen ernsthaft geprüft worden sind.

Der andere große Bereich, der heute mit einem Rechenzentrum zusammenhängt, ist die Frage der Speicherung von Daten, von Informationen. Informationen allgemeinpolitischer Art wie technischer Art, Informationen aus den verschiedensten Bereichen müssen auf Abruf den Regierungsmitgliedern und dem Parlament zur Verfügung stehen, denn wir können heute alle Sachinformationen einfach nicht mehr aufarbeiten. Das Problem der Information ist allerdings auch das große Problem der Demokratie in einem industriellen Zeitalter. Wenn nicht alle Verantwortlichen über gleiche Informationen verfügen, wird die Gefahr der Manipulation um so größer. Deshalb auch der große Streit zwischen Bundestag und Bundesregierung, wer eigentlich an der künftigen Datenbank der Bundesregierung partizipieren kann. Ich bin der Meinung, das müssen Parlament und Regierung gemeinsam können,

(Beifall)

denn beide Teile brauchen die volle Sachinformation für ihre Sachentscheidungen.

Ersparen Sie mir aber bitte, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf allgemeine Grundsätze von Verwaltungsreform und Arbeitsplatzsicherung einzugehen, auf die Notwendigkeit, wie ein Verwaltungsbeamter arbeiten sollte. Häufig sind es Binsenwahrheiten, vielfach abgedroschen, weil sie immer wieder gebraucht werden. Wir sollten, so meine ich, viel später in die konkrete Sachwertprüfung eingehen, was getan werden kann und was getan worden ist. Denn es genügen nicht nur theoretische Planungen, wir wollen auch hinterher nach Mark und Heller ausrechnen, was aus diesen Überlegungen geworden ist. Ich biete hier nicht nur die Hilfe, sondern auch die Überlegungen des Senats an, und wir werden deshalb auf die Finanzdeputation insonderheit zukommen.

Zum Problem Universität ist allgemein nur Erfreuliches gesagt worden, und in schweren Tagen freut man sich, wenn man über Erfreuliches sprechen kann. Ich bin ganz sicher, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß das, was sich heute um den Gründungssenat einer bremischen Universität in Göttingen tut, zu drei wesentlichen Vorteilen führen wird:

Erstens eine allgemeine öffentliche Kommunikation mit allen, die an einer Regelung interessiert sind, zweitens ein rechtzeitiges Ansprechen von Sorgen und Problemen, allerdings nicht nur im Gründungssenat, sondern — das ist auch die Bitte des Gründungssenats an uns — auch unsere Überlegungen und Sorgen und Ihre Überlegungen und Sorgen sollten an den Gründungssenat so rechtzeitig herangetragen werden, damit dieser ohne Belastung in freier Diskussion sich mit den Sachargumenten auseinandersetzen kann. Drittens bin ich mit Frau Müller-Wolff der Auffassung, daß die Möglichkeiten sich anbieten, zu einer modernen Universität in Bremen zu kommen. Jetzt sind wir

alle dazu aufgerufen, auch das Unsrige dazu beizutragen und den Gründungssenat nicht allein zu lassen in seiner Arbeit.

Von der Universität zur Schule. Herr Abgeordneter Dr. Sieling hat mit beredten Worten den „Weser-Kurier" zitiert und dabei meine Ausführungen in Blumenthal hier dargestellt. Er beklagte die mangelnde Vorausschau der Regierungskoalition in früheren Jahren und den nicht vorhandenen Willen, Prioritäten zu setzen und begründete es dann mit Ausführungen von mir, die da lauten: Wir haben bei dem sozialen Wohnungsbau den kommenden Kindersegen nicht mit eingerechnet, mit eingeplant. Dazu stehe ich! Ich nehme nichts zurück, denn verzeihen Sie: Als wir den sozialen Wohnungsbau vorangetrieben haben, hatten wir statistische Werte, wieviel Kinder normalerweise auf eine Wohnung kamen. Und die haben wir unterstellt. Einfältig, wie wir waren,

(Heiterkeit)

haben wir unerstellt und haben danach die Zahl der notwendig werdenden Schulen festgestellt. Nicht nur in Bremen, auch im Ausland ist das so geschehen mit teilweise ähnlichen Erfolgen. Leute, die in Schweden waren, die in Dänemark waren, die in Frankreich waren, können daraus einiges nachweisen.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Es waren aber sechs Jahre Zeit!)

Ich habe zunächst davon gesprochen, daß wir beim sozialen Wohnungsbau bei der Planung, das war die Erstplanung, den Kindersegen nicht mit einkalkuliert haben. Ich muß zunächst einmal festhalten, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir bei den früheren Überlegungen von dem sogenannten statistischen Mittel ausgegangen sind, und das war ein Planungsgrundsatz, den ich auch für humanitär gehalten habe. Wenn aber heute die Forderung von der CDU kommt, wir sollten die bevölkerungspolitischen Aktivitäten und die intimen Beziehungen von Ehepartnern stärker als in der Vergangenheit in unser Planungskalkül einbeziehen, dann habe ich persönlich dagegen humanitäre Bedenken. Ich habe erhebliche Bedenken,

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Die Ergebnisse sollen einbezogen werden! — Heiterkeit bei der SPD)

insoweit den Menschen und die Zweisamkeit des Menschen einzuplanen.

Aber — und das habe ich gesagt, und dazu stehe ich — hätten wir rechtzeitiger eine Schulplanungsabteilung aufgebaut, hätten wir rechtzeitiger erkennen können, was an Kindern auf uns zukommt, dann hätten wir diesen Schlamassel nicht erlebt. Ich habe in Blumenthal erklärt, und das erkläre ich hier noch frank und frei, zweimal war ich mitverantwortlich für einen „Bremenplan" der Sozialdemokratischen Partei, zweimal haben wir erklärt, jetzt eine kräftige Anstrengung, und dann ist die Klassennot vorbei, und jedesmal waren wir am Ende genauso weit wie vorher. Wir haben mehr Geld zur Verfügung gestellt, wir haben mehr Klassen und Schulen gebaut, wir haben mehr Lehrer eingestellt, und am Schluß waren wir fast so klug wie vorher.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Jawohl!)

Und erst als wir — Kollege Thape ist hier — die Schulplanungsabteilung aufbauten, als wir langfristiger geplant haben, sahen wir und sehen wir heute, was wir an — Gott sei Dank, würde ich sagen — Kindersegen zu erwarten haben, und welche Konsequenzen wir jetzt für die Schule ziehen müssen.

Und wir haben doch etwas getan! Wir haben diese 80 Millionen DM, von denen wir ausgingen, zunächst um 40 Millionen DM aufgestockt. Wir haben versucht, in dieser Legislaturperiode mit Nachdruck etwas Besonderes für den Schulbau zu tun und für die Lehrerzahlen. Und ich muß Ihnen jetzt schon sagen, aus den Konsequenzen der letzten Jahre ergibt sich für mich folgendes: Wir werden in der darauf folgenden Legislaturperiode noch einmal mit Nachdruck erhebliche Summen aufwenden müssen für die allgemeinbildenden Schulen von der Grundschule bis zum Gymnasium und die Sonderschulen, und in vier Jahren darauf, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden wir die Anstrengungen verstärken müssen, um die Berufsschulen in Ordnung zu bringen, weil dann die Kinder in die Berufsschule kommen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Jawohl, heute haben wir statistische Zahlen, heute haben wir Untersuchungen, heute zollen wir nicht nur gedanklich und persönlich, sondern auch materiell Respekt vor der Freude unserer Bevölkerung,

(Heiterkeit)

in dieser Stadt zu leben. Das zeugt doch von Fluidum und Urbanität, wenn wir hier aus diesem Tatbestand der

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Mitmenschlichen Beziehungen!)

doch so — auch von der CDU her anzuerkennen — mitmenschlichen Beziehungen die Folgerungen ziehen.

Deshalb werfen Sie uns nicht vor Mangel an Priorität! Vielleicht Mangel an Planung! Das vermag ich zu ertragen. Aber was man nicht erkannt hat, kann man in Priorität nicht umsetzen.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Nein!)

Ich muß mich allerdings jetzt — und das darf ich ja nun nach dieser Selbstdarstellung —

(Heiterkeit)

auch an die Damen und Herren der CDU wenden.

(Zurufe von der SPD — Erneute Heiterkeit)

— Respekt vor diesen Zwischenruf, wenn er sich auf mich beziehen würde, aber ich kann ihn nicht annehmen; ich sprach selbstverständlich nur von der mangelnden Planung. — Ich muß mich jetzt an die CDU wenden und sagen: Meine sehr verehrten Damen und Herren, seien wir doch gemeinsam ehrlich. Ich habe die Reden zu den früheren Haushaltsplänen nachgelesen, auch Sie haben diesen besonderen Kindersegen nicht erkannt.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Nein!)

Das werfe ich Ihnen nicht vor, Sie hatten die Zahlen nicht. Aber ich kann zunächst nur feststellen: Wir haben alle hier in diesem Hohen Hause eine Entwicklung nicht richtig gesehen, die wir hätten richtiger sehen können, wenn die entsprechenden Zahlen vorher aufbereitet gewesen wären.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Aber jetz haben wir sie! — Abg. Kulenkampff [CDU]: Hätten Sie früher haben können!)

Wenn ich aber daran denke, wie wir 1949, 1950 und 1951 hier mit der CDU gestritten haben, wenn von uns nur das Wort „Planung" fiel. Wie oft wurden wir gleich links der Zwiebeltürme von Moskau angesiedelt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Und heute wird uns vorgeworfen, daß wir in diesem Bereich zu wenig tun! Und alles, alles wandelt sich, und das finde ich gut. Ich räume ohne weiteres ein: Wir sind bereit, aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Wenn wir dabei Ihre Unterstützung finden, dann bin ich Ihnen dankbar. In Kenntnis dessen, daß Sie natürlich nie Fehler begangen haben und keine begehen werden,

(Heiterkeit)

bitte ich also jetzt, nicht Ihre eigenen Fehler darzustellen.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Das haben Sie gesagt!)

Nun lassen Sie mich zu den Verkehrsproblemen kommen. Auch hier nur wenige Sätze. Angesprochen sind U-Bahn-Problem, Straßenbahn-Problem, die Frage einer allgemeinen Verkehrskonzeption! Alles bezieht sich auf eine erforderliche U-Bahn- und Straßenbahnkonzeption und auf die Frage, was muß getan werden, um den innerstädtischen Verkehr in Ordnung zu bringen. Es gilt für Jahre im voraus zu planen, insbesondere aber auch bei dem Bau von U- und S-Bahn die Anbindung an vorhandene Schienenstränge der Bundesbahn zu gewährleisten. Es bleibt aber weiterhin das Problem, was muß geschehen, um die Verkehrsanbindung des Umlands zu unseren Nahverkehrsbeziehungen sicherzustellen.

Das sind Fragen, die wir weiß Gott nicht hier während der Haushatsberatungen beraten können. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Senat wird noch im Laufe des nächsten Jahres

(Abg. Kulenkampff [CDU]: Im ersten Vierteljahr!)

die Vorlage unterbreiten. Im Laufe des nächsten Jahres! Ich glaube nicht, im ersten Vierteljahr. Bei den Fragen einer Konzeption des öffentlichen Nahverkehrs muß die Bremer Straßenbahn AG gesehen werden in einer langfristigen Planung. Das Problem einer U- und S-Bahn bei einer hoffentlich zu erreichenden Verzahnung mit der Bundesbahn ist gründlich zu untersuchen. Um all die Fragen zu lösen, müssen wir weitere Gutachteraufträge erteilen, um auch die Umlandbeziehungen besser zu erkennen. Das werden wir Ihnen nicht im ersten Vierteljahr versprechen können. Ich kann Ihnen nur versprechen: Sobald wie möglich werde ich eine solche Konzeption im Senat erarbeiten lassen, um sie Ihnen dann vorzulegen.

(Abg. Kulenkampff [CDU]: Wir müssen im ersten Vierteljahr darüber sprechen!)

Hier im Parlament möchten wir die Konzeption zur Diskussion stellen. Ich garantiere Ihnen aber die Senatsvorlage nicht für das erste Vierteljahr. Ich kann Ihnen nur sagen, so schnell wie möglich, denn ich bin zumindest für den Bereich der Straßenbahn noch nicht sicher, ob wir im ersten Vierteljahr zu einem ganz klaren, eindeutigen Lösungsvorschlag kommen werden. Denn es gibt hier Vorschläge, die unter anderen mit dem Deutschen Städtetag abzustimmen sind, und zum Beispiel die Frage der Steuergesetzgebung mit dem Bundesfinanzministerium. Ich bin deshalb nicht in der Lage zu garantieren, innerhalb von drei Monaten vernünftige Vorschläge vorzulegen.

Wir müssen hier aber über eine Gesamtkonzeption sprechen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es genügt nicht mehr, Teillösungen anzubieten, sondern wir müssen dann die Fragen in der gesamten Breite sehen. Deswegen biete ich eine solche Konzeption zur Erörterung in diesem Hause an.

(Abg. Hauptmann [FDP]: Kein Stückwerk!)

Das nächste, und damit käme ich fast zum Schluß! Herr Schubert hat ein Steckenpferd aufgegriffen — dagegen habe ich gar nichts —, das Problem „Horten". Ich habe heute zum ersten Male von dem großen Baukörper gehört, von dem er schon etwas weiß. Ich darf hier noch einmal für den Senat erklären: Unsere Zusage gilt! Es gibt keine

Vorentscheidung, bevor nicht die Gesamtbürgerschaft über diesen Komplex gesprochen hat.

(Beifall)

Ich glaube, das sollte heute hier ausreichend sein.

Zum Problem Bauhof: Auch dazu einige wenige Sätze. Mit Herrn Schubert sind wir der Meinung, daß wir so schnell als möglich die aufgesplitterten Teile der bremischen Bauverwaltung wieder zusammenführen müssen.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Wiedervereinigen!)

Wiedervereinigen, nennen wir es einmal so. Aber ich sage Ihnen genauso eindeutig, wir haben, als wir im Januar, Februar, März über das Problem Bauhof gesprochen haben, über diesen großen, schönen, teuren Bau

(Zurufe von der CDU: Teuer! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Schön!)

— ja, sagte ich doch —, auch gleich festgelegt, daß wir voraussichtlich in dieser Legislaturperiode nicht mit öffentlichen Mitteln aufwarten können, um die öffentliche Finanzierung dieses Bauhofs zu bewerkstelligen. Das war unsere Antwort, als die Christlichen Demokraten einmal gefordert hatten: Wir wollen einen Wettbewerb. Ich muß hier auf die Senatsantwort hinweisen, damit wir nicht aneinander vorbeireden.

Wir haben aus diesem Grunde mit einigen Wirtschaftskreisen gesprochen, ob sie es ermöglichen können, uns geschlossene Bauwerke für den Bauhof anzubieten für die langfristige Anmietung beziehungsweise für eine Kaufmiete, gegebenenfalls aber auch zum Verkauf. Die Unterlagen, die wir bekommen haben, sind in der Prüfung. Wir können im Augenblick nichts Näheres sagen, als daß wir — wie ich hoffe — Anfang nächsten Jahres die Dinge wirtschaftlich überrechnet haben. Erst, wenn es sich wirtschaftlich lohnt, das ist meine Frage, finanziell lohnt, werden wir an die Finanzdeputation herantreten und sagen, das ist unsere Konzeption. Das Wichtigste nach meiner Meinung ist heute ein Zweckbau unter vernünftigen wirtschaftlichen Bedingungen mit vernünftigen Kosten. Ich darf hier sagen, das Hochhaus der Bundeswehr ist ein imponierendes Beispiel, wie man es machen kann.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr schön!)

Das ist unser Ziel, mit einem Minimum an Mitteln ein Maximum an Lösung. — Ich bin auch gern bereit, Herrn Klein zu loben, obwohl er nicht mitgebaut hat.

(Heiterkeit)

Nun ein letztes Wort, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Brouwer hatte die Frage angesprochen: Sind wir heute bei der Beratung des Haushalts eigentlich sicher, wenn wir nur die Zahlen über die Einkommen- und Lohnsteuer vom September wissen? Ich darf Ihnen hier sagen, von den Zahlen, die wir heute im November wissen, können wir mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sagen: Unser Voranschlag vom letzten Jahr wird nicht nur erreicht, sondern er wird übertroffen. Alle Abgeordneten haben das Recht, wenn sie Informationen haben wollen, sich an den Senator zu wenden und sich die Informationen geben lassen.

Ich bin also sicher, daß wir Ihnen hier keinen Haushalt vorgelegt haben, der in irgendeiner Weise aus der bisherigen Sicht Anlaß zur Besorgnis geben könnte. Anlaß zur Besorgnis mögen außenwirtschaftliche Einflüsse sein, mögen währungspolitische Entscheidungen sein, die wir allerdings nicht erkennen können, das mag die Steuergesetzgebung sein, das mag auch eine andere Finanzverteilung sein. Aber wenn wir das als Maßstab einer Haushaltsberatung machen wollen, meine Damen und Herren, dann geben Sie dem Senat eine Blankovollmacht, dann können wir nämlich nie beraten, weil wir aus diesen Sorgen in den letzten fünf Jahren nicht herausgekommen sind.

(Abg. Götze [SPD]: Sehr richtig!)

Wir müssen von den heutigen Gegebenheiten ausgehen und versuchen, das Erkennbare von morgen mit in unsere Überlegungen einzubeziehen. Das war der Versuch. Von daher, glaube ich, ist dieser Haushalt zumindest ein Versuch, mit optisch klaren Zahlen deutlich zu machen, welche Basis wir für künftige Entwicklungen sehen. Ob wir immer richtig liegen, das wissen wir nicht. Aber daß wir mit gutem Willen gearbeitet haben und mit Vorsicht daran gegangen sind, das dürften Ihnen die Damen und Herren des Haushaltsausschusses wirklich bestätigen, die diesen Plan aufgestellt haben und der — wie Frau Müller-Wolff so richtig sagte — ans Parlament weitergegeben worden ist.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Nachdem Sie mitgemischt haben!)

Aber nur hinter den Kulissen, wie Sie sagten. Ich kann es nicht bestreiten.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Immer taktvoll!)

Nun lassen Sie mich noch ein letztes Wort sagen, damit wir in Freundschaft auseinandergehen. Es wurde uns vorgehalten, und zwar der Regierungskoalition und damit dem Senat, daß wir früher bei unseren Finanzschätzungen einen zu großen Optimismus gezeigt hätten und wir immer Glück gehabt hätten. Nur einmal, im Jahr 1967, hätten wir kein Glück gehabt. Nun, da gibt es ein Sprichwort: „Glück hat auf die Dauer nur der Tüchtige". Aber daran glaube ich persönlich nicht mehr.

(Abg. Götze [SPD]: Sehr richtig!)

Ich glaube nicht mehr an diese Spruchweisweit von wegen „Glück". Ich würde so sagen: Ein- oder zweimal will ich das Argument Glück gelten lassen.

Wenn zwölf Jahre lang, 15 Jahre lang, 16 Jahre lang die Prognosen eingetroffen sind, dann ist das Wort Glück sicherlich kein richtiges Vokabular mehr, zwar ein mögliches für eine polemische Auseinandersetzung, aber deswegen kein treffendes.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Da haben wir eine gute Wirtschaftspolitik gehabt!)

Mein Gott, ja, darauf wollte ich gerade kommen! Und ausgerechnet im Jahr 1967, wo die Rezessionen da sind, berufen Sie sich auf die gute Wirtschaftspolitik!

(Heiterkeit)

Kühn, kann man da nur sagen, ist hier Ihr Sinn. Auch wir haben schmerzlich die Einnahmelücke zu spüren gehabt. Wir haben den Haushalt mit Ihnen gemeinsam strangulieren müssen und haben ihn dennoch ordentlich gefahren. Noch schmerzlicher haben es die Bundesbürger erfahren müssen im Bundeshaushalt.

Ich halte nicht sehr viel davon, hier schon mit dem Wahlkampf zu beginnen. Ich bin deshalb nicht geneigt, auf die zweifelhaften großen Verdienste der Wirtschaftspolitik derjenigen hinzuweisen, die heute als Abgeordnete im Bundestag mitarbeiten, aber nicht mehr Kanzler sind, sondern ich will nur zu verstehen geben: Seien wir doch gemeinsam froh, daß es der neuen Bundesregierung gelungen ist, in so schneller Zeit die verfahrene Kiste wieder in Bewegung zu bringen und uns auch eine wirtschaftliche Konjunktur zu bescheren, in der wir wirklich noch — und das ist fast einmalig in der Welt — die Preisstabilität erhalten haben.

Meine Sorgen sind heute die, daß unter Umständen wegen der außenwirtschaftlichen Maßnahmen der anderen Länder diese Preisstabilität nicht gehalten werden kann. Wir sollten gemeinsam alles tun, das an Währungsstabilität zu erhalten, was wir mühsam gesichert haben, und das an wirtschaftlicher Stabilität zu erhalten, was wir bisher erarbeitet haben. Das ist eine gemeinsame Leistung aller, nicht nur der Parlamente und Regierungen, sondern vor allen Dingen der Steuerzahler draußen, die ihre Knochen dafür hingehalten haben, daß dieser Aufstieg möglich war. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei SPD, FDP und NPD)

Präsident Engel: Damit ist die Grundsatzaussprache geschlossen.

Wir treten nunmehr in die Einzelberatung des Haushalts der Freien Hansestadt Bremen für das Rechnungsjahr 1969 ein, und zwar in folgender Reihenfolge:

Ordentlicher Haushalt, ohne Einzelplan 17 — Allgemeine Finanzen —, außerordentlicher Haushalt — Ausgaben —, dann ordentlicher Haushalt, Einzelplan 17 — Allgemeine Finanzen. Aus technischen Gründen müssen wir diesen Einzelplan an diese Stelle rücken, weil wir zuerst die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts feststellen müssen. — Als nächsten Abschnitt den außerordentlichen Haushalt — Einnahmen —, dann die Stellenpläne und das Haushaltsgesetz.

Interfraktionell ist vereinbart worden, daß ich zunächst den Antragstellern zur Begründung der Änderungsanträge das Wort gebe und daß ich berechtigt bin, in der Aussprache die Reihenfolge der Redner zu ändern. Für die Begründung und Stellungnahme zu den Änderungsanträgen ist eine Redezeit bis zu 5 Minuten vorgesehen.

Weiter schlage ich dem Hause vor, daß ich nur die Abschnitte aufrufe, zu denen Änderungsanträge vorliegen. — Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist mit diesen Regelungen einverstanden.

Wir kommen zum

ordentlichen Haushalt.

Interfraktionell wurde weiter vereinbart, daß nur für ganz bestimmte Haushaltsabschnitte allgemeine Aussprachen stattfinden sollen. Ich werde aber vorsichtshalber, um mich keinem Vorwurf auszusetzen, bei jedem Einzelplan darauf aufmerksam machen, daß eine allgemeine Aussprache geführt wird. Bei diesen Aussprachen soll die Redezeit bis zu 15 Minuten je Redner betragen.

Da ich keinen Widerspruch höre, nehme ich an, daß die Bürgerschaft (Landtag) mit diesen Vorschlägen einverstanden ist.

Ich rufe den Einzelplan

01 Bürgerschaft.

Die allgemeine Aussprache ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die allgemeine Aussprache ist geschlossen.

Änderungsanträge liegen hierzu nicht vor.

Ich rufe auf den Einzelplan

02 Senat.

Die allgemeine Aussprache ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die allgemeine Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur

Einzelberatung.

020 Senat und Senatskanzlei.

Hier liegt ein Änderungsantrag vor, und zwar der Änderungsantrag Nr. 162:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1969

020/309 **Senat und Senatskanzlei**/Bremen-Werbung

Der veranschlagte Betrag von 898 000 DM wird um 252 000 DM auf 1 150 000 DM erhöht.

Die Erläuterung der Haushaltsstelle wird wie folgt geändert:

Der Ansatz wurde wie folgt ermittelt:	
Basisetat	952 000 DM
Von HSt. L 059/676 — Veröffentlichungen, Ausstellungen u. a. übernommen	8 000 DM
Von HSt. G 709/3764 — Zuschüsse an den Verkehrsverein für verstärkte Bremen-Werbung — übernommen	145 000 DM
Von HSt. G 734/335 — Werbungskosten für Jahrmärkte — übernommen	45 000 DM
Zusammen	1 150 000 DM

Mehr 650 000 DM infolge Erhöhung des Basisetats um 425 000 DM für die Fortführung der verstärkten Bremen-Werbung, zuzüglich der aus den angeführten Haushaltsstellen übernommenen 198 000 DM.

Hier dürfen auch Reisekosten und Entschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge des „Büros Bremen-Werbung" gebucht werden.

Nr. 13 (2) c Kr. Best. — Dienstliche Mitbenutzung privateigener Kraftfahrzeuge	1
Zusammen	1

Böhrnsen und SPD-Fraktion
Schubert und FDP-Fraktion

Zur Begründung dieses Änderungsantrags hat der Abgeordnete Stäcker das Wort.

Abg. **Stäcker** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach den bisher gehaltenen Reden in den diesjährigen Haushaltsberatungen, und vor allen Dingen auch nach dem fast leidenschaftlichen Plädoyer unseres Herrn Bürgermeisters meine ich, könnte man sich die Begründung für die „Bremen-Werbung" und deren Aufstockung in finanzieller Hinsicht fast ersparen. Aber gestatten Sie mir, doch einige wenige kurze Bemerkungen dazu zu machen.

Ende 1966 wurde mit den Restmitteln in Höhe von 100 000 DM aus der damaligen Tausendjahrfeier Bremens dieses Büro „Bremen-Werbung" eingerichtet. Ich will nicht einen Rückblick halten auf das, was in dieser ganzen Zeit von diesem Büro aus geleistet worden ist, sondern nur bemerken, daß doch in dieser relativ kurzen Zeit, muß ich sagen, sehr viel geleistet wurde. Bremen hat im In- und Ausland seinen guten Ruf verstärken können und in vielen Bereichen auf sich und auf Bremerhaven aufmerksam gemacht.

Im Haushalt für 1969 sind 898 000 DM eingestellt worden. Bei der Festsetzung dieses Betrags — und die Festsetzung ist ja in einem sehr frühen Stadium erfolgt — konnte man höchstens auf ein Jahr praktische Erfahrung in diesem Geschäft zurückblicken. Um dringend notwendige Maßnahmen jedoch durchführen zu können, die eben im Interesse des Landes Bremen erforderlich sind, haben die Koalitionsfraktionen SPD und FDP hier eine Aufstockung um 252 000 DM beantragt, so daß für 1969 ein Gesamtetat von 1 150 000 DM zur Verfügung stehen könnte.

Besondere Schwerpunkte dieser „Bremen-Werbung" werden für 1969 erstens die allgemeine Wirtschaftswerbung sein, zweitens die Werbung für die bremischen Häfen — und hier darf ich besonders die Produktion eines Dokumentarfilms über den Bau des Containerterminals in Bremerhaven herausstellen, und auch zu dem besonderen Zweck, daß die Wahrnehmung bremischer Interessen in den USA gebührend herausgestellt wird —, drittens eine Ausweitung der Imagewerbung für Bremen, und hier insbesondere auch eine Förderung von Einzelmaßnahmen zur Durchsetzung des Bremen-Werbesymbols.

Meine Damen und Herren, ich darf an dieser Stelle vielleicht auch sagen, daß hier den bremischen Firmen, die auf diesem Gebiet jetzt doch eine beachtenswerte werbungsmäßige Initiative für Bremen durchgeführt haben oder durchführen werden, auch unser besonderer und Respekt erheischender Dank ausgesprochen werden sollte, denn diese Werbemaßnahmen sind nicht ohne erhebliche finanzielle Aufwendungen möglich gewesen.

Viertens, es wird auch für notwendig gehalten — und das wird ein weiterer Schwerpunkt der „Bremen-Werbung" für 1969 sein —, eine verstärkte Touristikwerbung in Skandinavien, in den Niederlanden und in Großbritannien durchzuführen. Fünftens, daß auch im Nahbereich und im Umland von Bremen die Bedeutung dieser Städte Bremen und Bremerhaven besonders herausgestellt und nicht zuletzt auch Bremen als Einkaufszentrum hier einmal deutlich sichtbar anderen im Umland vor Augen geführt wird.

Aber es gibt viele andere Werbemaßnahmen mehr. Bremen und Bremerhaven brauchen diese Werbung für eine bessere Wirtschaftsstruktur, für die Sicherung der Arbeitsplätze, und letzten Endes auch für ein besseres Steueraufkommen. Es kommt darauf an, den guten Ruf Bremens und Bremerhavens in jeder Beziehung auszubauen.

Aber Werbung kostet Geld, und wahrscheinlich wird für 1970 eine weitere Aufstockung notwendig sein. Heute haben wir es hier zunächst nur mit dem Antrag von 252 000 DM zu tun.

Ich darf aber gleichzeitig auf den Änderungsantrag Nr. 161, Herr Präsident, hinweisen, der in Zusammenhang damit steht. Es wäre eine Folgemaßnahme des Änderungsantrags Nr. 162, und gleichzeitig würde dieser Änderungsantrag Nr. 161 mit dem Änderungsantrag Nr. 65 im Haushalt der Stadtgemeinde Bremen korrespondieren.

Die Fraktionen der SPD und der FDP bitten um Zustimmung zu diesen Änderungsanträgen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Schäfer.

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Mein Herr Vorredner hat im Detail schon bekannt gemacht, was die „Bremen-Werbung" bis jetzt getan und was sie noch für das nächste Jahr als Programm hat. Trotzdem gestatten Sie mir, daß ich einige kurze Ausführungen zu dem Problem mache.

Ich darf mit einer Ihnen bekannten Feststellung beginnen, und zwar: Die besten Ideen sind nutzlos, wenn sie nicht in die Praxis umgesetzt werden, das heißt, wenn nicht eine gute Werbung mit allen psychololgischen Möglichkeiten sich für diese Ideen einsetzt und sie bestens zu verkaufen sucht und verkauft. Es darf vermerkt werden, daß einige Jahre lang die verchiedenen Dienststellen Werbung getrennt betrieben haben, mit mehr oder weniger Erfolg. Zum Teil war es praktisch ein Herausstellen der eigenen Bemühungen und Erfolge, ohne allerdings den Kern der Sache zu treffen: im Interesse Bremens weltweit und auch in die nähere Umgebung zu wirken.

Es war daher eine Zwangsfolge, daß die „Bremen-Werbung" kam und eine Zentralisierung durchgeführt werden mußte, um, wie in der Wirtschaft, mit einer zentral geführten Werbung die besten Erfolge zu erreichen. Ich glaube — und das hat auch mein Herr Vorredner zum Ausdruck gebracht —, daß die 1966 langsam angelaufene „Bremen-Werbung" in den zurückliegenden Jahren durch die konzentrierte Führung tatsächlich gute Erfolge erzielt hat. Ich darf daran erinnern, daß uns vor einiger Zeit ein Kurzfilm über die Ansätze, wie man werben sollte, vorgeführt worden ist. Ich fand, daß es ein sehr guter Ansatz war, und ich glaube, daß die Werbung ankommt.

In dem vorliegenden Änderungsantrag wird eine Erhöhung des Betrags für die „Bremer-Werbung" um einen beachtlichen Prozentsatz gefordert. Die CDU, meine Damen und Herren, anerkennt die Notwendigkeit einer intensiven Werbung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und unterstützt diesen Antrag.

(Abg. Hauptmann [FDP]: Wunderbar!)

Eine gute, erfolgversprechende Werbung muß geldlich eine ausreichende Grundlage haben. Wenn Sie große Erfolge durch die Werbung bei der Industrie erfahren, dann können Sie auch feststellen, welch immense Beträge in diese Werbung gesteckt werden, um zu dem wirtschaftlichen Erfolg zu kommen.

Meine Ausführungen, meine Damen und Herren, dürfen allerdings nicht abschließen, ohne daß ich nicht noch die Bitte äußere —

(Bürgermeister Koschnick: Bremerhaven!)

danke, Herr Bürgermeister, das kommt bestimmt! —: bei allen Maßnahmen der „Bremen-Werbung" den Raum Unterweser mit der zweiten Hafengruppe Bremerhaven einzuschließen. Ich mache das mit Absicht, meine Damen und Herren, denn ich habe seinerzeit, als in der Finanzdeputation diese Frage angeschnitten worden ist und man wohl etwas zu sehr die stadtbremische Seite sah, auch gebeten, man sollte Bremerhaven mit berücksichtigen. Wir gehören nun einmal dazu. Wenn Sie mir hundertmal vorhalten, daß ich nur für Bremerhaven rede: Ich sehe in dem Erfolg Bremerhavens einen Erfolg für das Land.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Wir auch!)

Die Bitte gründet sich zum Teil darauf, meine Damen und Herren, daß in Bremerhaven nun plötzlich ebenfalls eine Werbung aufgezogen werden soll, wobei man weiß, daß nicht so viel Geldmittel vorhanden sind, wie sie im Land Bremen dargeboten werden. Zudem ist letzten Endes der Etat, den wir beraten und wo auch die Erhöhung zum Tragen kommen soll, ein Landesetat. Darum meine Bitte, daß die „Bremen-Werbung" sich auch um Bremerhaven mit kümmert. Ich würde es sehr begrüßen, wenn zum Beispiel der damals vorgebrachte Vorschlag, für die Fischindustrie eine besondere Attraktion für die Werbung zu bringen, realisiert und die Bremerhavener Fischindustrie mit diesem besonderen Werbe-Zeichen auf dem Markt noch mehr attraktiv werden könnte. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Fichtner.

Abg. **Fichtner** (NPD): Herr Präsident, meine Da- und Herren! Die beiden Vorredner haben viel Positives über die „Bremen-Werbung" herausgestellt, wenngleich ich der Meinung bin, daß hier erst erste Schritte gegangen worden sind. Es scheint mir nicht angebracht, nun jetzt schon zu jubeln. Das kann auch nicht erwartet werden, denn man hat ja im Grunde dem Herrn, der dafür eingesetzt worden ist, erst gut ein Jahr Zeit gegeben, und das ist in der Werbung nicht allzu viel. Ich möchte feststellen, daß gegenüber der vorjährigen Situation im Bereich der „Bremen-Werbung" zweifellos ein Fortschritt erzielt worden ist, der besonders darin zu sehen ist, daß ein Beirat gebildet wurde. Dieser Beirat hat sogar schon einmal getagt, wenn auch diese Sitzung relativ kurz und nicht besonders ergiebig gewesen ist.

(Abg. Hartjen [SPD]: Waren Sie dabei?)

Bedauerlich ist, daß dieser Beirat nicht weiter bemüht worden ist, besonders nicht bei der Grundlagenschaffung für das Werbebudget der „Bremen-Werbung".

Ich frage mich: Was ist die Bedeutung dieses Beirats? Eine Definition liegt hier noch nicht vor. Ich kann mir bis jetzt nicht vorstellen, was das Anliegen ist, das — aus der Finanzdeputation kommend — mit diesem Beirat verbunden sein

sollte. Soll er den Abgeordneten dieses Hohen Hauses die Auffassung vermitteln und vielleicht auch den Glauben erhalten, sie seien nunmehr maßgeblich an der „Bremen-Werbung" beteiligt?

Ich darf daran erinnern, daß Herr Kollege Boljahn im vergangenen Jahr mit Nachdruck darauf hingewiesen hat, daß er gewissermaßen eine parlamentarische Vertretung haben wolle, die eine Beteiligung sowohl der Koalition als auch der Opposition sicherstellen solle. Herr Boljahn ging weiter und forderte, daß dieser Beirat, zumindest die Vertreter des Parlaments in diesem Beirat, eine Art Kontrollfunktion ausüben sollten. Von dieser Regelung ist gegenwärtig nichts zu erkennen. Möglicherweise wird das neue Jahr uns weitere Lichtblicke eröffnen.

Da ich gelegentlich mit Werbung zu tun habe,

(Abg. Dr. Klink [SPD]: Gelegentlich?)

dürfen Sie nicht von mir erwarten, daß ich die Höhe dieses Betrags, der eingesetzt worden ist — auch nicht den Änderungsantrag mit der Erhöhung —, beanstande. Im Gegenteil, ich bin der Meinung, daß angesichts der bekannten Werbevorhaben und Notwendigkeiten, die auf Bremen im kommenden Jahr zukommen, dieser Betrag durchaus angemessen ist. Ich bin der Meinung, daß er dann, wenn wir ihn an dem Hamburger Ansatz messen, relativ bescheiden ist.

Aber, meine Damen und Herren, die von der Koalition in sehr später Stunde vorgenommene Korrektur nach oben hat mich trotzdem etwas mißtrauisch gestimmt, und zwar deshalb, weil wir uns ja im nächsten Jahr in einem Wahljahr befinden. Ein solches Wahljahr birgt nach alten Erfahrungen — lassen Sie es mich ruhig sagen — Versuchungen in sich.

(Abg. Hauptmann [FDP]: Das wäre kein Wahlgeschenk!)

Ich könnte mir sehr gut vorstellen, da eine echte Planung erst — wie ich gerüchtweise höre — in der zweiten Hälfte Dezember vorgenommen wird, daß man sich gesagt hat, eine Millionen DM wird wohl ausreichen — 150 000 DM für das Wahljahr —, so kann uns nach menschlicher Voraussicht nichts passieren. Aber das ist natürlich nur eine Vermutung von mir. Ich möchte sie aber trotzdem einmal auf den Tisch bringen und möchte dann auf alle Fälle den Herrn Präsidenten des Senats bitten, bei der Dokumentation, die er ja schon im letzten Jahr andeutete, doch die nötige Zurückhaltung walten zu lassen und diese Dokumentation doch in einer Form zu liefern, die echt senatsbezogen ist.

(Bürgermeister Koschnick: Gut! — Glocke)

Präsident Engel: Herr Abgeordneter Fichtner, Ihre Redezeit ist leider abgelaufen!

Abg. **Fichtner** (NPD): Würden Sie mir noch eine Minute einräumen, Herr Präsident?

(Heiterkeit und Zurufe)

Präsident Engel: Sie bringen mich in eine schwierige Situation, denn wenn ich es Ihnen genehmige, muß ich es jedem anderen Kollegen auch genehmigen.

Abg. **Fichtner** (NPD): Ich bitte nicht leichten Herzens, denn sonst muß ich ja nochmal kommen.

Präsident Engel: Gut!

Abg. **Fichtner** (NPD): Jetzt komme ich auf den eigentlichen Kern der Dinge.

(Heiterkeit und Zurufe)

Meine Damen und Herren, da gibts ja gar nichts zu lachen.

(Erneute Heiterkeit)

Der Kern der Dinge ist die Konzentration der Mittel, und diese Konzentration der Mittel ist ja doch nur bis zu einem gewissen Grade erfolgt. Das muß doch einmal hier festgestellt werden. Wir sehen zwar drei Posten, die aus anderen Etatstellen in die „Bremen-Werbung" eingeführt worden sind, aber die entscheidenden Beträge sind doch ganz offensichtlich noch ausstehend. Ich darf auf die Haushaltsstelle Stadtgemeinde 753/003 verweisen. die 120 000 DM Städtische Verkehrswerbung von der Deutschen Städtereklame.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Das ist doch ganz was anderes!)

Das ist gar nichts anderes, denn Gemeindemittel sind die G 709 und G 734 ebenfalls, und ich bin

(Glocke)

wirklich der Meinung, daß dieser Betrag genauso — —

(Glocke — Glocke)

Präsident Engel: Herr Abgeordneter Fichtner, darf ich von Ihnen nochmal die Haushaltsstelle hören?

Abg. **Fichtner** (NPD): Jawohl!

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Die ist nämlich falsch!)

Die ist gar nicht falsch! — 753/003, Herr Präsident!

Präsident Engel: Ist das nicht eine Einnahme-Haushaltsstelle?

(Heiterkeit)

Abg. **Fichtner** (NPD): Es kommt dann sofort die Ausgabe hinterher!

(Heiterkeit und Zurufe)

Meine Damen und Herren, Sie lachen immer fünf Minuten zu früh, denn ich komme jetzt auf die Ausgabe-Haushaltsstelle 753/365. Die fließt nach

meiner Information in den Verkehrsverein. Und ich bin der Auffassung, daß ganz bestimmte Vorhaben nicht an zwei Stellen zu bearbeiten sind. Das ist einmal, daß im Verkehrsverein Verkehrswerbung und Touristikwerbung betrieben wird und daß mit einem beschränkten Betrag, der meinetwegen im Bereich von 50 000 DM liegen kann, die gleiche Werbung bei der „Bremen-Werbung" erfolgt. Diese Dinge sind eben noch nicht in Ordnung. Ich schlage deshalb vor — einen Änderungsantrag haben wir ja nicht eingebracht —, diese Angelegenheit in Ruhe zu überprüfen und bei der Aufstellung des nächsten Haushalts, also für die „Bremen-Werbung" im Jahr 1970, diese Posten dann ebenfalls hier einzuführen. Das scheint mir logisch zu sein. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der NPD)

Präsident Engel: Herr Abgeordneter Fichtner, ich sehe schwarz, wenn jeder die Gutmütigkeit des Präsidenten so ausnutzen würde wie Sie.

(Abg. Fichtner [NPD]: Jawohl! Das ist beinahe schamlos, Herr Präsident!)

Dieses Wörtchen ist in meinem Wortschatz nicht enthalten!

Das Wort hat Herr Bürgermeister Koschnick.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Drei Dinge: Ein Beirat hat keine Kontrollfunktion, sondern dient der Beratung der „Bremen-Werbung". Gerade weil das Büro „Bremen-Werbung" recht frei angebunden ist an die Senatskanzlei, in unmittelbarem Kontakt mit der freien Wirtschaft arbeiten sollte, auf der anderen Seite auch die Anregungen aus dem Parlament mit einbezogen werden sollten, sind in diesem Beirat Abgeordnete, Träger der freien Wirtschaft und andere Gruppierungen, die für Bremen Werbung betreiben, gebeten worden, uns zu beraten oder dieses Büro zu beraten.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Ist denn Herr Fichtner nicht in diesem Beirat?)

Er ist auch dabei! — Die parlamentarische Kontrollfunktion in diesem Falle ist die Finanzdeputation. Dort haben wir Rechenschaft zu legen, dort werden wir kontrolliert. Ich bitte also, die Dinge auseinanderzuhalten.

Zweitens, in den Landeshaushalt, der mit dem Gemeindehaushalt nichts zu tun hat, denn hier wollen wir Landeswerbung betreiben — Herr Dr. Schäfer hat eben mit beredten Worten darauf hingewiesen, daß diese Mittel auch für Bremerhaven sein sollten, was wir auch tun werden; wir überlegen schon, die Bremen-Filme mit einem Odium Bremerhavener Luft zu versehen —, können wir unsere Gemeindeförderung für den Verkehrsverein nicht aufnehmen. Für den Verkehrsverein haben wir 281 000 DM im Haushalt für Mieten und Personalkosten vorgesehen. Für die übrigen Werbemaßnahmen sind diese Mittel nicht eingeplant. Die werden mit organisiert im Rahmen der Großbremen-Werbung.

Das, was wir von der Städtereklame bekommen, sind reine Einnahmen.

(Abg. Fichtner [NPD]: Und die Ausgaben!)

Nein! Reine kommunale Einnahmen in Bremen oder in Bremerhaven. Nicht gleiche Ausgaben! Das sind unsere echten Einnahmen aus unserer Beteiligung an der Deutschen Städtereklame, und dafür, daß sie auf öffentlichem Grund und Boden in Bremen — in Bremerhaven gibt es ähnliche Bestimmungen — werben kann. Das sind echte kommunale Fiskaleinnahmen. Klammern wir diese also aus, können wir diesen Bereich beiseite lassen.

Nun ein Wort dazu: Warum 250 000 DM mehr? 1 Millionen DM und zu den angeblichen 150 000 DM für die Wahl! Das klingt ja sehr überzeugend. Ich habe auch das Gefühl, so stellen Sie sich die Senatsarbeit vor. Aber das ist auch eine Frage der einzelnen Vorstellungsmöglichkeiten, die der einzelne hat. Ich darf Ihnen sagen, dieser Werbeetat steht nur für Werbung zur Verfügung. Nur für Werbung! Nicht für Informationen des Senats.

(Zurufe von der CDU)

— Darauf komme ich noch, haben Sie keine Sorge! — Diese Mittel, die wir hier vorgesehen haben nach gemeinsamer Absprache auch im Werbebeirat, sollen nicht dazu dienen, Senatsaktivitäten deutlich zu machen. Wir werden versuchen, Mittel zu bekommen, um eine Senatsbroschüre als Informationsschrift über die Leistungen der Regierung zu erstellen.

Aber ich lege allergrößten Wert darauf, daß diese Art von Sachinformation getrennt wird von der „Bremen-Werbung". Das ist eine sehr wichtige Sache, damit wir auch gemeinsam mit der Handelskammer und der Wirtschaftskammer werben können. Die sind doch nicht bereit, uns Geld zu geben, damit wir Selbstreklame machen können.

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Bürgermeister, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Fichtner zu beantworten?

Bürgermeister Koschnick: Selbstverständlich!

Präsident Engel: Einverstanden! — Bitte, Herr Abgeordneter Fichtner.

Abg. **Fichtner** (NPD): Herr Bürgermeister, sind Sie in der Lage, mir zu sagen, welche Bedeutung der Punkt Innenwerbung im Bereich der „Bremen-Werbung" einnehmen wird?

Bürgermeister Koschnick: Ja! Das ist ein Betrag von 150 000 DM, wobei wir beispielsweise überlegen

müssen — wir müssen noch mit dem Beirat sprechen —, ob wir versuchen wollen, eine Dokumentation über den Flughafen Bremen zu machen. Das ist nach meiner Meinung notwendig, um die Bevölkerung in bestimmten Fragen aufzuklären. Meinung der Regierung, Meinung des Parlaments, Meinung der Sachverständigen, auch die Gegenmeinungen, um das einmal sichtbar zu machen. Das ist eine Vorstellung, die ich aber mit dem Werbebeirat noch behandeln werde. Aber ich glaube, wir sollten den Mut haben, solche kritischen Fragen rechtzeitig deutlich der Bevölkerung vorzutragen, damit sie das Gefühl hat, rechtzeitig über ein Sachproblem informiert worden zu sein. Daß man mit dem Flughafenausbau effektiv keine Wählerstimmen gewinnen kann, das sollten Sie, Herr Kollege Fichtner, mit mir gemeinsam unterstellen. Sonst brauchen wir uns nichts gemeinsam unterstellen. In dieser Frage aber sind Sie Fachmann genug. Darüber sprechen wir.

Etwas ganz anderes aber ist die Senatsdokumentation. Es geht hier nicht um die Dokumentation der Leisung eines Mannes, Verzeihung, nicht um die Dokumentation der Leistung einer Dame oder der Herren im Senat, sondern es kommt uns darauf an, zu angemessener Zeit sichtbar zu machen, was hier diese Regierungskoalition in der Senatsarbeit leistete und dabei nach meiner Meinung Schluß zu machen mit puren Leistungsschemanachweisen. Wir möchten etwas mehr die kritischen Probleme der öffentlichen Aufgaben sichtbar machen, mit Hinweisen darauf, worauf es nach meiner Meinung für die Zukunft ankommen wird, denn nur ein purer Leistungsbeweis wird uns heute in der Öffentlichkeit nicht mehr abgenommen. Die Wähler wollen wissen, was wir morgen zu tun gedenken, nicht, was wir gestern getan haben. Hier im Parlament mag das anders sein, draußen sieht die Welt es aber so.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Schubert.

Abg. **Schubert** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Nur ganz kurz! Die Vermutung, die Herr Fichtner auf den Tisch gelegt hat, hat der Herr Bürgermeister ja schon wieder runtergewischt. Das war eigentlich der Anlaß, warum ich raufkommen wollte. Und weil ich nun einmal oben bin, möchte ich noch einen Gedanken zur Debatte beitragen.

(Heiterkeit)

Es ist von der Werbung und von der Darstellung von Bremen und von Bremerhaven gesprochen worden. Nach meiner Meinung kommt es doch gerade für Bremen darauf an, daß wir uns dafür einsetzen, daß der gesamte Küstenraum werbungsmäßig erfaßt wird. Bremen genießt doch so etwas den Ruf der alten traulichen Hanse- und Handelsstadt. Wir sollten uns bemühen, etwa nach dem Vorbild Nürnbergs und Augsburgs, die beides sind, die alte, ehrwürdige Handelsstädte sind, aber gleichzeitig ganz kräftige Industrieansiedlungen, auch in diesem modernen Licht zu erscheinen. Ich mache mich da etwas zum Sprecher des Nautischen Vereins, der immer wieder auf diese Notwendigkeit hinweist. — Ich danke schön!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Friedrich Meier.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Wir wollen doch annehmen! Was wollt ihr denn noch?)

Abg. Friedrich **Meier** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Fichtner hat hier ein paar Aussagen gemacht, und zwar, daß der SPD- und FDP-Fraktion das erst jetzt kurz vor der Wahl eingefallen sei. Dazu muß ich hier folgendes feststellen:

(Abg. Fichtner [NPD]: In später Stunde, habe ich gesagt, nicht kurz vor der Wahl!)

Meine Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuß werden bestätigen, daß bereits in den Haushaltsberatungen im Frühjahr von seiten des Senats eine Erhöhung im Haushaltsausschuß angefordert worden war, daß wir sehr lange darüber diskutiert haben und dann abschließend der Meinung waren, daß gerade dieses Problem einmal öffentlich in der Bürgerschaft diskutiert werden sollte. Und von daher sollten Anträge über die Fraktionen gestellt werden, um eine Diskussion über die „Bremen-Werbung" hier zu erreichen. Damit steht eindeutig fest, daß dieses Problem bereits im Frühjahr vom Senat in den Haushaltsberatungen an uns herangetragen worden ist.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen. — Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Änderungsantrag Nr. 162 zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Änderungsantrag ist angenommen.

(Einstimmig)

Wir kommen dann zum Änderungsantrag Nr. 161, der ja ein Folgeantrag aus dem eben gefaßten Beschluß ist:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1969

020/0118 **Senat und Senatskanzlei** / Von HSt. G 011/1858 — Senat — Pauschalanteil an den sächlichen Ausgaben

Der veranschlagte Betrag von 934 660 DM wird um 126 000 DM auf 1 060 660 DM erhöht.

Böhrnsen und SPD-Fraktion
Schubert und FDP-Fraktion

Die Beratung ist eröffnet.

Soll der Änderungsantrag begründet werden? — Das ist nicht der Fall. — Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt zu.

(Einstimmig)

Wir legen nunmehr eine Kaffeepause bis 17 Uhr ein.

(Unterbrechung der Sitzung 16.26 Uhr)

*

Präsident Engel eröffnet die Sitzung wieder um 17.02 Uhr.

Präsident Engel: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir fahren in der Einzelberatung fort.

Ich rufe auf den Einzelplan

03 Inneres.

Hier ist interfraktionell eine allgemeine Aussprache vorgesehen.

Die

allgemeine Aussprache

ist eröffnet. — Das Wort hat der Abgeordnete Fröhlich.

Abg. **Fröhlich** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich wäre jetzt eigentlich froh, wenn ich über Besoldung sprechen könnte, weil ich davon etwas mehr verstehe als von Haushaltsdingen, und ich habe innerlich immer eine Hochachtung, wenn ich unsere Finanzexperten hier zu dem Zahlenwerk sprechen höre. Trotzdem werde ich mich bemühen, auch hierzu etwas zu sagen, obwohl man nach den Worten des Herrn Präsidenten von heute mittag und den Ausführungen des Herrn Präsidenten des Senats fast sagen könnte, wir könnten gemeinsam singen: Ihr Kinderlein kommet.

Nun, ich möchte zum Haushalt 03, Inneres, sprechen. Die ständig fortschreitende Technisierung des privaten und öffentlichen Lebens geht auch nicht spurlos an den Sicherheitsorganen unseres Landes vorbei. Diese Organe im Bereich der Inneren Verwaltung, hier insbesondere Polizei und Feuerwehr, können den sich hieraus ergebenden ständigen Anforderungen, insbesondere hinsichtlich der vorbeugenden Tätigkeit auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, im weitesten Sinne gesehen, nur nachkommen, wenn ihnen eine Technik an die Hand gegeben wird, die dem fortschrittlichen Staat entspricht. Böse Menschen sprechen sogar schon von Technokraten.

Die Deputation für Inneres hat sich seit Jahren mit dieser Entwicklung eingehend, und ich meine auch, vorausschauend befaßt. Einige Verbesserungen der Arbeitsmittel darf ich hier stellvertretend nennen, ohne auf die einzelnen Positionen einzugehen. Zunächst einmal die Umstellung des Funknetzes durch Neubeschaffung mit einem Gesamtbetrag von 1,6 Millionen DM. Durch diese Maßnahme, die im Jahre 1967 begonnen wurde und in den Jahren 1970/1971 abgeschlossen sein wird, läßt sich eine wesentliche Verbesserung des Funkverkehrs erzielen.

Eine Erneuerung der Fernschreibleitvermittlung mit einem Betrag von fast 3 Millionen DM ist notwendig. Der Auftrag für die Erstellung einer neuen Fernschreibleitvermittlung wird in den nächsten Tagen vergeben. Die Fernschreibleitvermittlung wird gesteuert durch einen Komputer. Durch diesen Einsatz wird Bremen die modernste und leistungsfähigste Fernschreibleitvermittlung in der Bundesrepublik besitzen.

Auch die Erneuerung der Fernsprechzentrale mit einem Aufwand von rund 2 Millionen DM ist erforderlich, da die jetzige Anlage vollkommen überlastet ist und, wenn keine Erneuerung erfolgt, mit einem Ausfall zu rechnen wäre. Schon in allernächster Zeit soll daher mit einer Erneuerung dieser Fernsprechzentrale begonnen werden. Die Haushaltsmittel wären auch hier im Wege des Vorgriffs bereitzustellen.

Eine weitere Erweiterung, die notwendig ist, ist die der Verkehrszentrale. Bereits im März 1968 konnte die erste Stufe, eine auf elektronischer Basis arbeitende Verkehrszentrale, in Betrieb genommen werden. Hieran wurden insgesamt 25 Verkehrskreuzungen angeschlossen. Der weitere Ausbau mit einem Betrag von 1,8 Millionen DM soll ebenfalls erfolgen. Nur wenn dieser Weg weiter gegangen und weiter beschritten wird, kann der Einsatz von Verkehrssignalanlagen zu einer optimalen Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Straßenverkehrsfläche führen.

Die Vielzahl dieser Objekte läßt den Finanzbedarf für die kommenden Jahre erkennen. Es liegt dabei auf der Hand, daß die notwendige Verbesserung der technischen Hilfsmittel sich nur ermöglichen läßt, wenn das im Bereich Inneres für investive Aufgaben bisher bereitgestellte Kontingent in Höhe von 3 Millionen DM wesentlich aufgestockt wird. Es darf nämlich nicht außer Acht gelassen werden, daß im

Bereich Inneres auch noch auf anderen Gebieten ein erheblicher Kapitalbedarf für investive Aufgaben vorhanden ist.

Die Vermehrung der Bevöllkerung — darüber ist ja heute schon sehr intensiv gesprochen worden —, und insbesondere die Schaffung vollkommen neuer, großangelegter Wohngebiete in den Ortsamtsbezirken zwingt zur Errichtung von Verwaltungsbauten. So wurde in diesem Jahr ein neues Polizeirevier im Ortsamtsgebiet Osterholz errichtet und der Umbau und die Erweiterung des bisherigen Ortsamtsgebäudes in Betrieb genommen. Der Kostenaufwand betrug 1,2 Millionen DM. Schon jetzt müßten jedoch, der Bautätigkeit entsprechend, Neubauten für das Ortsamt und das Polizeirevier in Obervieland und in Huchting mit einem Aufwand von je 2 Millionen DM erstellt werden. Auch im Ortsamtsgebiet Vegesack steht seit Jahren der Ersatzbau für das 21. Polizeirevier, das Ortsamt Vegesack und die weiteren zentralen nordbremischen Verwaltungsbehörden auf dem Sedanplatz mit einem Kostenaufwand von zirka 7 Millionen DM an. Die Beschränkung der außerordentlichen Haushaltsmittel zwang die Innere Verwaltung, den Beginn des Bauvorhabens immer weiter hinauszuschieben.

Zu diesen beiden Schwerpunkten des außerordentlichen Haushalts kommen auch wiederum insbesondere auf dem technischen Gebiet Parallelaufwendungen hinzu, die die einmaligen Ausgaben betreffen. Allein der Fernmelde- und Kraftfahrsektor der Polizei und Feuerwehr erfordert jährlich Aufwendungen für den Ersatz und die dringend notwendige Ergänzung dieser Geräte von einer Million DM. Hier darf ferner nicht unerwähnt bleiben, daß die Erneuerung der Wasserschutzpolizeiboote hinsichtlich der Hafen- und Flußstreckenboote abgeschlossen werden konnte. Übrig bleibt jedoch zum Teil die Erneuerung der in Bremerhaven stationierten seegehenden Boote. Drei seegehende Boote sind dort stationiert, von denen eines im Jahre 1955 gebaut worden ist. Bei den anderen beiden Booten handelt es sich um Fahrzeuge der ehemaligen Marine. Die Ersatzbeschaffung eines dieser Boote muß in absehbarer Zeit ins Auge gefaßt werden. Der Kostenaufwand wird auf rund eine Million DM geschätzt. Soweit zu den Sachausgaben.

Lassen Sie mich nun zu dem Gesamtbereich „Polizei" etwas sagen. Mit besonderer Intensität seit den letzten Haushaltsberatungen gab es hier in diesem Hohen Hause und in der Öffentlichkeit Diskussionen über den Einsatz und über die Ausbildung der Polizei. Der von diesem Parlament eingesetzte Untersuchungsausschuß beschäftigte sich ebenfalls sehr eingehend mit diesem Komplex. Ich glaube, daß sowohl die Bürgerschaft als auch die Verwaltung der Auffassung sind, die Ausbildung der Polizei zu verbessern.

Herr Innensenator Ruhnau von Hamburg hat ja unter anderem am 24. Oktober dieses Jahres einen Brief an den Herrn Innenminister des Bundes geschrieben, wo er forderte, gemeinsam eine Führungsakademie für Führungskräfte der Polizei zwischen Bund und Ländern zu finanzieren.

Nun, Patentrezepte gibt es hierfür sicherlich nicht. Pauschalurteile werden uns ebensowenig weiterhelfen, und ebensowenig werden Direktiven wie „nur ein harter Einsatz führt zum Erfolg" diese Probleme lösen. Ausbildungsrichtlinien müssen der Gegenwart Rechnung tragen und dürfen nicht mehr vom Obrigkeitsdenken beherrscht sein. Wenn heute bei Demonstrationen Schwerverletzte auf beiden Seiten zu beklagen sind und zum Teil sogar von Schußwaffen Gebrauch gemacht wird und Tote zurückbleiben, wie jetzt in Italien, muß man sich fragen, ob diese Auseinandersetzung noch etwas mit Demokratie zu tun hat. Wir sind heute in der Lage, technische Wunderwerke zu konstruieren und zu beherrschen. Für die Spielregeln eines demokratischen Zusammenlebens brauchen wir — glaube ich — alle noch sehr viel Nachhilfeunterricht.

Der SPD-Fraktion — und ich glaube auch dem ganzen Hause — kommt es nicht so sehr darauf an, eventuell Elektroschlagstöcke auf ihre Wirksamkeit zukünftig zu testen als vielmehr darauf, Möglichkeiten für eine bessere Ausbildung und hier insbesondere auch für eine psychologisch bessere Ausbildung der Polizei zu schaffen. Aus diesem Grunde setzen wir uns für die Einstellung eines Diplompsychologen ein. Hierzu liegt ja auch ein Änderungsantrag vor. Darüber hinaus möchten wir aber auch Institute beauftragen können, Stellungnahmen und Gutachten zu erarbeiten, so daß wir hier gerade auch in der Ausbildung der Polizei, im Einsatz der Polizei vielleicht einen besseren Weg gehen, als es in der Vergangenheit zum Teil der Fall gewesen ist. Auch hierüber liegt ein entsprechender Änderungsantrag vor.

Ich würde mich freuen, wenn wir nicht alle nur darüber sprechen und Kritik üben an manchen Einzelpersonen, sondern uns gemeinsam bemühen, eine Ausbildungsordnung und Ausbildungsmöglichkeiten zu erreichen, die uns vielleicht in die Lage versetzen, die Zukunft besser zu meistern. In diesem Zusammenhang darf ich allen, die sich bemühen, in unserem demokratischen Staat auch eine demokratische Polizei zu erhalten und zu festigen, meinen Dank sagen. Ich glaube, alle sowohl hier im Hause als auch in der Verwaltung bemühen sich darum, damit es in unserem Stadtstaat Bremen bei künftigen Auseinandersetzungen, bei demokratischen Auseinandersetzungen nicht zu Schwerverletzten oder gar Toten kommt. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Dr. Cassens.

Abg. **Dr. Cassens** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach den Worten des Kollegen

Fröhlich, der mehr die Gelegenheit genommen hat, die positiven Seiten des Bereichs Inneres anzuschneiden, ist es, glaube ich, auch einmal an der Zeit, die Kehrseite der Medaille zu zeigen und hin und wieder einige Schlaglichter der Kritik zu setzen

(Abg. Hauptmann [FDP]: Keine Schlagstöcke!)

in der Hoffnung, daß diese Kritik den Boden für zukünftige Verbesserungen bildet.

Gestatten Sie mir aber zuvor einige Bemerkungen. Sie sind eigentlich an den Finanzsenator gerichtet, der in seiner Haushaltsrede meinte, auch die Opposition sei aufgerufen, an der Gestaltung des Haushalts mitzuarbeiten. Zunächst muß man sich menschlich gesehen für diese nette Aufforderung bedanken, aber ich glaube, es entspricht nicht so ganz der Verfassungswirklichkeit, was der Finanzsenator hier ausgesprochen hat. Wenn ich mich recht besinne, habe ich mich zusammen mit den übrigen Kolleginnen und Kollegen in der Deputation für Inneres in zweitägigen Haushaltsberatungen bemüht, jede einzelne Position zu durchleuchten. Ich glaube, wir sollten als Parlamentarier unser Licht nicht unter den Scheffel stellen, und insofern bin ich Ihnen dankbar, Frau Müller-Wolff, daß Sie sagten, der Haushalt sei gewissermaßen vom Senat zur Bürgerschaft übergeleitet worden. Eines kann man sagen: Dies ist nicht im Vergleich zu den anderen Ländern der Haushalt einer Verwaltung, sondern dieser Haushalt trägt im Augenblick, wo er in dieses Haus kommt, bereits sehr deutlich den Stempel der Legislative und beinhaltet auch den Fleiß all der Abgeordneten dieses Hauses.

Wenn es darum geht, Gewichte zu setzen, dann geht es auch darum, daß man die Kraft der Legislative hin und wieder ins rechte Licht rückt. Man sollte als Zeugen hierfür nicht einfach Juristen anführen. Ich möchte das einmal nicht tun, sondern jemand, der neben seinem juristischen Beruf auch noch literarisch tätig gewesen ist — den Geheimrat Goethe — anführen, der in einem berühmten Sonett in den letzten drei Zeilen sagte: „Wer das Große will, muß sich zusammenraffen, in der Beschränkung zeigt sich erst der Meister, das Gesetz nur kann uns Freiheit geben." Er hat damit sagen wollen, daß die eigentliche Freiheit nur von der Legislative garantiert werden kann. Es steht nirgendwo geschrieben, daß diese Freiheit durch die Verwaltung garantiert werden kann. — Das als kleine Vorbemerkung.

Jetzt lassen Sie mich auf mein eigentliches Thema zu sprechen kommen, nämlich den Bereich Inneres, um noch einmal unsere Arbeit in der Deputation für Inneres deutlich zu machen. Im Bereich Inneres hatten wir Anforderungen der Verwaltung für das Haushaltsjahr 1969 in Höhe von 5,4 Millionen DM. Vom Haushaltsausschuß war uns eine Marge eines Ausgabenvolumens von 2,6 Millionen DM gesetzt worden. Wir haben es fertiggebracht, dieses Volumen in der Deputation für Inneres von 5,4 Millionen DM auf 2 826 000 DM zu kürzen. Ich glaube, das ist eine Zahl, die man in die Debatte werfen sollte und macht auch die Arbeit der Parlamentarier sichtbar, bevor dieser Haushalt gedruckt wird.

Aber, meine Damen und Herren, es hat etwas für sich, daß wir die ganzen Anträge global und brutto, wie sie von den einzelnen Behördenleitern erstellt worden sind, in die Deputation hineingeben. Auf diese Art und Weise hat auch der einzelne Deputierte die Möglichkeit, zu sehen, welche Anforderungen insgesamt von jeder Behörde gestellt werden. Aber auf der anderen Seite machen es sich, glaube ich, die Behördenleiter zu einfach, wenn sie nur dazu da sind, die gesamten Wünsche schriftlich und zu Protokoll zu bringen, um dann die Anträge in die Deputation einzubringen und zu sagen, so, nun seht mal zu, wie ihr damit fertig werdet.

(Beifall bei der SPD)

Eine Zahl sollte uns noch zu denken geben: In den nächsten fünf Jahren werden wir an Steuereinnahmen zirka 5 Milliarden DM haben, an Personalausgaben allein 3,3 Milliarden DM. Vor diesem Hintergrund habe ich also Ihre Sorge, Frau Müller-Wolff, verstanden, und das, was Kollege Götze angesprochen hat hinsichtlich der Personalwirtschaft und der Personalgestaltung. Das ist eine bedrohliche Zahl, vor der wir stehen und die in den nächsten Jahren zu bewältigen ist.

Wenn ich mir diese Zahl ansehe, meine Damen und Herren, dann frage ich mich, ob es mit bloßen Reformen in der Personalwirtschaft getan ist, ob Sie nicht auch ein sehr deutliches Wort an die Verwaltung sagen sollten, daß wir die nächsten Haushalte nur steuern können durch eine sehr strenge Disziplin auch in der Verwaltung im Umgang mit Ausgaben.

(Beifall bei der CDU)

Ohne diese Disziplin in der Verwaltung sind wir einfach nicht in der Lage, unsere zukünftigen Haushalte zu steuern.

(Abg. Klein [CDU]: Auch in der Bauverwaltung! — Heiterkeit bei der SPD — Abg. Dr. Klink [SPD]: Er träumt noch von der Bauverwaltung!)

Das gilt für alle Bereiche.

Wenn wir einmal die Zahlen — Anforderungen an den Haushalt Inneres 5,4 Millionen DM — ansehen, die durch unsere Arbeit auf 2,8 Millionen DM gekürzt wurden, dann glaube ich auch nicht, daß diese Bruttozahlen in dieser Höhe und in diesem Vergleich, was da nun übrig geblieben ist,

dazu dienen, die Glaubwürdigkeit der Verwaltung zu stärken,

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Genau das ist es!)

sondern das geht alles auf Kosten der Glaubwürdigkeit der Verwaltung. Denn im Bereich der freien Wirtschaft ist es doch so: Wenn dort ein Dienstleistungsbetrieb da ist und diesem Dienstleistungsbetrieb wird der Umsatz um die Hälfte gekürzt, dann ist er doch nicht mehr lebensfähig. Unsere Verwaltung ist aber gleichwohl lebensfähig!

Ich spreche insoweit für den Bereich Inneres; 5,4 Millionen DM sind die Anträge. Jeder einzelne Antrag ist von den Behördenchefs begründet worden als unabänderlicher Antrag. Und wenn dieser nicht durchkomme, hieß es, sei die Arbeit in dieser Verwaltungssparte gefährdet. Gleichwohl arbeitet, lebt die Verwaltung mit der halben Finanzmasse, die wir ihr nur zuweisen konnten. Nochmals mein Appell an die Behördenchefs, stärkere Disziplin auch bei der Aufstellung der Anforderungen an die zukünftigen Verwaltungshaushalte.

An diesem Beispiel, meine Damen und Herren, sehen Sie schon, daß wir im Grunde genommen unsere ganze Arbeit in den Deputationen darauf konzentrieren, daß wir unter einem Druck stehen, kürzen zu müssen. Wir sind am Schluß von zwei- oder dreitägigen Beratungen froh, diese Kürzungen erreicht zu haben. Wir sind stolz darauf. Aber im Grunde genommen ist es doch so, daß wir gewissermaßen in einem zweiten Aufguß eigentlich diesen Haushalt jetzt nochmal wieder durchforsten müßten und sagen, ob wir nicht auch bei den kleinen Positionen hier und dort andere Prioritäten setzen sollten. Denn der Zwang zur Kürzung gibt gewissermaßen nicht mehr den Raum frei, mit sehr viel Liebe, mit sehr viel Sorgfalt auch gerade jede einzelne kleinere Position zu beleuchten, und das wäre meines Erachtens nur möglich in einem noch umfassenderen Durcharbeiten. Aber vielleicht ergibt sich daraus ja gewissermaßen die Notwendigkeit, daß wir doch eines Tages zu ständigen parlamentarischen Ausschüssen kommen. Vielleicht sind da dann die Leitlinien zu setzen, die wir brauchen, um dann in voller Verantwortung durch den Senat dem Hohen Hause den Haushalt überreichen zu lassen.

Als Beispiel für diese von mir skizzierte Methodik in der Beratung der Haushalte möchte ich auf die Haushaltsstelle 035/2300 zu sprechen kommen. Es handelt sich hier um die Kosten für die Ausbildung und Fortbildung einschließlich Lehr- und Lernmittel. Auch ohne eine entsprechende Initiative der Verwaltung erlaube ich mir die Anfrage oder die Anmerkung in diesem Zusammenhang, ob dieser Betrag von 8850 DM richtig bemessen ist, denn für den Haushalt 1967 betrug der Rechnungsbetrag 7180 DM.

Was helfen alle Lippenbekenntnisse für eine bessere Ausbildung der Polizei, wenn wir die Sparsamkeit am falschen Ende ansetzen? Ich bin der Meinung, daß wir auch hier — wenn es schon darum geht, die Ausbildung der Polizei zu verbessern — Taten folgen lassen müssen. Dann müssen zu diesem politischen Bekenntnis auch gleichzeitig die Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden, sonst wird dieses politische Wollen von unserer Seite aus nicht glaubwürdig.

Das gleiche gilt auch für die Haushaltsposition 037/301. Auch hier beträgt der Anschlag 1969 8000 DM, während wir 1967 bereits 7997 DM ausgegeben haben. Wenn wir die Verteuerung gerade auch auf diesen Gebieten berücksichtigen, dann muß ich doch sagen, daß nach zwei Jahren in der Substanz weniger zur Verfügung steht als vor zwei Jahren. Und das geht nicht! Das sind kleine Beispiele dafür, wie notwendig es ist, diesen Haushalt nochmal wieder in einer zweiten Phase auf die Besonderheiten zu durchleuchten. Dazu kommen wir aber nicht, weil wir eben unter diesem unerbittlichen Zwang stehen, nun kürzen, kürzen zu müssen.

Wir haben anläßlich der Beratung des Untersuchungsausschusses eine Empfehlung gefaßt: Wir haben den Senator für Inneres aufgefordert, für eine bessere Ausbildung der Schutz-, der Kriminalpolizei und der Bereitschaftspolizei zu sorgen. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn wir auch die Führungskräfte unserer Polizei in die veränderten Umstände mit hineinpassen. Denn, was hilft es, wenn wir unten beginnen, und der Oberbau der polizeilichen Führung verbleibt gewissermaßen noch in altverhafteten Vorstellungen? Ich bin der Meinung, daß es eine gute und richtige Ausbildung der Polizei nur geben kann, wenn sie nicht Halt macht auch vor den höchsten Ämtern in der Polizeiführung.

(Beifall bei der CDU)

Kollege Fröhlich hat schon davon gesprochen, daß wir bei dem Änderungsantrag zu 030/218 die Haushaltsstelle von 6000 DM auf 19 000 DM erhöhen wollen. Ich habe mir sagen lassen, daß man 4000 DM von dieser Erhöhung benutzen will, um Unterlagen und psychologisches Material aus den Instituten zu beschaffen. Im übrigen aber möchte man 15 000 DM verwenden, um das Polizeikorps, wenn ich es einmal so sagen darf, nach München zu diesem Institut zu schicken. Wenn das der Fall ist und die entscheidende Triebfeder dieses Änderungsantrags darin besteht, die psychologische Ausbildung in der Polizei zu verbessern, dann, Kollege Fröhlich, bin ich allerdings der Meinung, dann sollten wir das auch in eine neue Haushaltsstelle hineinnehmen und sagen: 030/862 (neu): Kosten für die psychologische Ausbildung der Polizei 15 000 DM.

Ich finde, das ist besser, und es paßt auch besser zu unserer Empfehlung, die wir in diesem Hohen Hause gefaßt haben, nämlich den Senator für Inneres aufzufordern, für eine bessere Ausbildung bei

der Schutz-, Kriminal- und bei der Bereitschaftspolizei zu sorgen. Dann findet das also auch im Haushalt seinen Niederschlag, daß wir dieses politische Wollen auch unterstützen wollen. Deshalb gebe ich anheim, ob wir nicht so verfahren sollten, daß wir die Haushaltsstelle 030/218 um 4000 DM erhöhen, und im übrigen unter den fortdauernden Ausgaben eine neue Haushaltsstelle 030/862 (neu) schaffen mit einem Ansatz von 15 000 DM und als Bemerkung dazu: „Kosten für die psychologische Ausbildung der Polizei".

Ein abschließendes Wort, meine Damen und Herren, zur praxisbezogenen Ausbildung. Sie wissen, wir haben uns in sehr vielen Haushaltsdebatten mit diesem Problem beschäftigt. Wir können von uns behaupten, daß wir diese praxisbezogene Ausbildung in der Polizei haben. Allerdings bin ich der Meinung, wir können auch noch auf diesem Gebiet sehr viel tun und die praxisbezogene Ausbildung bei der Polizei stärken. Es gibt sehr viel Mißtrauen gegenüber den jungen Bereitschaftspolizisten, die in der Ausbildung stehen. Viele meinen, man könne diesen jungen Beamten, wenn sie eine dreijährige polizeiliche Ausbildung hinter sich haben, noch nicht — auch nicht zusammen mit einem älteren Kollegen — mit Aufgaben des Einzeldienstes betrauen. Ich habe nicht dieses Mißtrauen, sondern ich bin der Meinung, nach zweijähriger Ausbildung ist auch dieser junge Bereitschaftspolizist unter nötiger und sorgfältiger Anleitung älterer Kollegen sehr wohl in der Lage, Aufgaben auch im Einzeldienst zu übernehmen. Das war ja eigentlich der Sinn, den wir damals in dieser Neugestaltung der praxisbezogenen Ausbildung sehen und erreichen wollten.

(Glocke)

Präsident Engel: Ihre Redezeit ist abgelaufen, Herr Dr. Cassens!

Abg. **Dr. Cassens** (CDU): Ich komme zum Schluß und möchte nur noch einen Punkt anschneiden: die Personalverstärkung bei der Polizei. Die Zahlen sind deutlich, wir haben sie immer wieder genannt. Es geht darum, daß wir die Polizei um 300 Mann verstärken wollen. Es ist bei der Problematik der Schule gesagt worden, wir hätten die nötigen Zahlen nicht im voraus. Wir haben diese Zahlen, meine Damen und Herren. Eine Zahl sollte uns zu denken geben: Natürlich vermehren wir auch jetzt die Polizei, aber wir tun folgendes: wir schieben von Jahr zu Jahr Leerstellen vor uns her. Wenn man uns mit dem Argument kommt, wir können die Polizei nicht vermehren, weil wir Leerstellen haben, dann ist irgendetwas in unserem Stellenhaushalt nicht in Ordnung. Deshalb mein Wunsch und meine Bitte, daß wir im Jahr 1970 zu einem echten Netto-Stellenplan kommen, damit uns das Argument, es seien Fehlstellen vorhanden, nicht noch einmal auf den Tisch geballert wird. Eine Zahl: Von den 1467 Polizeibeamten werden in den nächsten fünf Jahren 294 ausscheiden.

Ich finde, das Problem der Polizeiverstärkung muß im Haushaltsjahr 1970 auf den Tisch. Nach sorgfältiger Überlegung dieses Problems sind wir der Meinung — jedenfalls die Deputierten der CDU im Bereich Inneres —, daß wir dieses Problem nur lösen können, wenn wir im nächsten Jahr eine vierte Hundertschaft aufstellen. Die Ausgaben liegen im Jahr 1970, aber für den eigentlichen Polizeidienst stehen sie erst im Jahr 1974 zur Verfügung.

Das, meine Damen und Herren, waren kurze Anmerkungen zum Bereich Inneres. Ich hoffe, daß die Kritik dazu dient, daß wir morgen, im Jahr 1970, bessere und schönere Lösungen auf den Tisch bekommen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat Herr Senator Löbert.

Senator für Inneres Löbert: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin beiden Abgeordneten der Deputation für Inneres sehr dankbar, daß sie hier einige Ausführungen wohlwollender und kritischer Art über den Bereich Inneres und vor allen Dingen über die Polizei gemacht haben. Ich begrüße es auch sehr, daß der Sprecher der Deputation für Inneres einmal in kurzen Worten — ich will es so ausdrücken — auf die Notlage des außerordentlichen Haushalts im Bereich Inneres hingewiesen hat.

Als ich in mein jetziges Amt einrückte, stand in der Koalitionsabsprache die Summe von 3 Millionen DM bereits fest. Ich konnte von mir aus daran nichts mehr ändern. Wir werden also versuchen müssen, damit in den nächsten Jahren über die Runden zu kommen.

Sie haben aus den Ausführungen von Herrn Fröhlich gesehen, daß hier noch zahlreiche Aufgaben vor uns liegen. Ich darf hierbei erwähnen, daß wir sogar in unserem Behördenbereich, und zwar bei der Feuerwache 1, in der Hauptsache noch kriegsbeschädigte Bauten haben, die noch nicht wieder hergestellt worden sind und die noch ein Notdach haben und noch manche andere Mängel aufweisen. Ich bin auch dankbar dafür, daß hier von den Koalitionsfraktionen zwei Änderungsanträge in unserem Bereich gestellt worden sind, einmal für den Psychologen und zweitens, daß die Summe für Sachverständige erhöht werden soll, damit wir in die Lage versetzt werden, die Polizei noch besser auszubilden.

Zum Psychologen: Das Problem ist vielen von Ihnen bekannt. Wir haben schon Anfang der fünfziger Jahre einen Psychologen gehabt. Wir haben also das Problem schon damals erkannt. Der Psychologe hat Bremen seinerzeit verlassen. Wir haben dann lange Jahre einen Schulleiter an der Landespolizeischule gehabt, der mehrere Semester

Psychologie studiert hatte. Da er jedoch mit Aufgaben des Schulleiters noch betraut war, hat er sich leider der Aufgabe der psychologischen Ausbildung der Polizei nie voll widmen können. Wenn der heute gestellte Änderungsantrag durchkommt, werden wir uns bemühen, einen sehr guten Mann zu bekommen, der, so meine ich, nicht nur der Ausbildung der Polizei für Großeinsätze dienen soll, sondern der seine Tätigkeit auch deswegen aufnehmen soll, damit der einzelne Polizeibeamte draußen im täglichen Straßendienst es wirklich lernt, noch besser mit dem Publikum umzugehen, als das heute der Fall ist. Es ist auch unsere Absicht, diesen Psychologen für die Bremerhavener Polizei zur Verfügung zu stellen, ihn zeitweise abzuordnen, damit er auch dort das gleiche, hoffentlich mit Erfolg, bewirken kann.

(Abg. Kulenkampff [CDU]: Wie wird er bezahlt?)

Bezahlen, darüber werden wir reden müssen. Wir sind Kaufleute, und wir werden uns einigen, Herr Kulenkampff.

Herr Dr. Cassens hat auch von der Ausbildung der Polizei gesprochen und hat gesagt, sie muß noch besser werden. Ich glaube, ich bin mit diesem Hohen Hause darüber einig, daß das notwendig ist. Das gilt aber nicht nur für Bremen, das gilt für die ganze Bundesrepublik, und es gilt im Grunde noch für einen viel größeren Kreis als für die Bundesrepublik. Es sind durch die Ereignisse der letzten Jahre und Monate in allen Ländern Erkenntnisse auf die Polizei zugekommen, die sie verarbeiten muß, die sie verdauen muß. Meine Damen und Herren, Ergebnisse vollkommener Art sind nicht von heute auf morgen zu erzielen. Das, was gewachsen ist und einigermaßen funktioniert, soll man nicht abrupt umstoßen, sondern man soll langsam das, was an neuen Erkenntnissen nun immer mehr auf uns zukommt, einbauen. Das, meine Damen und Herren, erfordert eine gewisse Zeit.

Was die Ausbildung des höheren Polizeidienstes anlangt, auch dem widmen wir unser Augenmerk. Wir haben gerade jetzt in diesen Tagen, und zwar von Bremerhaven ausgestaltet — wir hatten das bereits hinter uns, mit Herrn Dr. Siebert von München; Sie haben das in der Presse gelesen — ein Seminar abgehalten. Herr Dr. Siebert war mehrere Tage in unserer Landespolizeischule. Jetzt läuft ein solches Seminar in Wremen. Da spricht unter anderen Herr Professor Herzog von der Freien Universität Berlin über das „Demonstrationsrecht und seine Grenzen". Da spricht der Polizeioberrat Giese — in der Polizeiliteratur auch bestens bekannt; er hat einen guten Ruf — über „Einsatz und Technik gegenüber spontanen, illegalen, sozialkritischen Großgruppen", und so weiter. Das nur als kleiner Beweis, daß wir uns bemühen.

Nun hat Herr Dr. Cassens hier von dem Haushalt gesprochen und insbesondere von dem Haushalt Inneres, und hat gesagt, die Deputation habe viel gekürzt. Das stimmt. Ich kann im Augenblick nicht nachprüfen, Herr Dr. Cassens, ob Ihre Zahlen stimmen, daß wir von 5,4 Millionen DM auf 2,8 Millionen DM gekürzt haben. Insgesamt gesehen, ist der Haushalt Inneres ja sehr viel höher. Wenn er insgesamt nur 2,8 Millionen DM wäre, wären wir ja eine äußerst sparsame Verwaltung.

(Abg. Stäcker [SPD]: Beispielhaft!)

Das, was Sie gesagt haben, kann sich also nur auf einen Teilbereich beziehen.

Alle die — und dazu gehören Sie ja auch —, die der Deputation für Inneres angehören, wissen, daß die Deputation für Inneres sich schon seit vielen, vielen Jahren mit der Haushaltsberatung die größte Mühe gegeben hat. Ich glaube, unsere Behörde hat stets und ständig der Deputation gegenüber mit offenen Karten gespielt. Das war ein Grund, daß wir seinerzeit mit den Deputierten vereinbart hatten, die Behörden sollten ihre Vorschläge so vorlegen, wie sie sich die Entwicklung denken. Erst in der Deputation, so haben wir damals gesagt, ist der Ort, zu kürzen. Wir sind noch weiter gegangen und haben gesagt, wir können den Deputierten nicht vorenthalten, welche Wünsche aus den Behörden kommen. Ich habe mehr als einmal im Haushaltsausschuß gesagt — auch da wird dann ja noch gekürzt —, meine Herren, wir werden über die Runden kommen; deswegen wird die Verwaltung nicht zusammenbrechen. Das haben wir bis heute bewiesen, und das werden wir auch in Zukunft tun. Wenn wir dieses System der ungekürzten Vorlagen der Behörden an die Deputation ändern sollen, dann müßten wir das demnächst einmal in der Deputation besprechen.

Noch ein Wort zum Stellenplan beziehungsweise zu dem Kräfteverhältnis in der Schutzpolizei. Wir haben die große Hoffnung, daß wir die Leerstellen durch Abgänge aus der Bereitschaftspolizei, die im nächsten Jahr in vermehrtem Umfang eintreten und durch unsere Werbung, künftig Kräfte aus der freien Wirtschaft einzustellen, besetzen. Wir haben schon heute, obwohl die Zeit noch gar nicht abgelaufen ist, zahlreiche Bewerbungen, so daß wir begründet sagen können, im nächsten Jahr werden wir zumindest für die Schutzpolizei hier in Bremen keine Leerstellen mehr haben.

Was nun die bessere Transparenz zwischen Bereitschaftspolizei und Schutzpolizei betrifft — auch das ist hier, glaube ich, schon einmal ausgeführt worden —: Seit dem vorigen Jahr macht das dritte Jahr der Bereitschaftspolizei Dienst im Einzeldienst.

Meine Damen und Herren, das ist bereits eine ganze Menge, was wir herausgeholt haben. Wir sind in dieser Beziehung bei der Bereitschaftspolizei auch nicht frei. Sie wissen, daß die Länder ein Verwaltungsabkommen mit dem Bund haben. Das können wir nicht ohne weiteres aufkündigen. Das gebietet die Lage, daß wir uns weitgehendst daran halten. Wir müssen hier sehen, daß wir mit

diesen Bestimmungen einigermaßen in Einklang bleiben.

Wir hatten gerade kürzlich, wenn ich das eben noch ausführen darf, eine Innenministerkonferenz, wo Herr Innenminister Benda uns einmal die Entwicklung des Bundesgrenzschutzes aufgezeigt hat. Er soll in seiner Stärke verdoppelt werden. Umstellungen bei der Bereitschaftspolizei und Verstärkung des Bundesgrenzschutzes, meine Damen und Herren, müssen irgendwie Hand in Hand gehen. Wir dürfen da nicht zu weit vorpreschen, sonst würden wir leicht in eine schlechte Lage kommen.

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Senator, Herr Dr. Sieling möchte eine Frage stellen. Sind Sie bereit, sie zu beantworten?

Senator Löbert: Bitte, Herr Präsident!

Präsident Engel: Bitte, Herr Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Senator würden Sie bitte noch während Ihrer Ausführungen auf die Frage von Herrn Dr. Cassens eingehen, ob 15 000 DM für die psychologische Schulung der Polizei gedacht sind?

(Zurufe von der SPD Frage! — Glocke)

Präsident Engel: Das war eine Anregung!

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Eine Frage! Würden Sie, . . . Fragezeichen!)

Herr Dr. Sieling, ich verfüge über eine ziemliche Aufnahmefähigkeit. Gestützt auf diese Eigenschaft muß ich sagen, daß das von Ihnen eben keine Frage war,

(Abg. Meurer [CDU]: Das war eine Frage!)

sondern eine Aufforderung an Herrn Senator Löbert.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Herr Senator, ich bitte, meine Ausführungen nicht als Befehl, sondern als Frage auffassen zu wollen. — Heiterkeit)

Senator Löbert: Herr Dr. Sieling, der Änderungsantrag, diese Haushaltsstelle auf 25 000 DM zu erhöhen, ist nicht von mir gestellt worden, er kommt von den Koalitionspartnern. Wenn er von mir käme, könnte ich Ihnen erschöpfend Auskunft geben. Wenn dieser oder ein anderer Änderungsantrag durchkommt, und wir bekommen rund 25 000 DM, dann wird sicher ein großer Teil für solche Seminare, wie ich sie eben erwähnte — eins hat ja bereits hier in Bremen stattgefunden —, ausgegeben. Das Seminar hat ungefähr 5000 DM gekostet. Mit solchen Kosten hatten wir auch nicht gerechnet. Ich weiß nicht, was das Seminar kosten wird, das in diesen Tagen in Wremen stattfindet. So könnte ich mir durchaus denken, daß man nun nicht nur für psychologische Arbeit — denn dafür werden wir ja eines Tages unseren Psychologen haben —, sondern daß man auch andere psychologische Themen haben kann, zu denen man auswärtige Experten heranholt. Ich meine, wir haben wirklich einen weiten Spielraum, den wir ausnutzen sollten, damit diese Gelder sinnvoll eingesetzt werden. Dafür würden wir allerdings von vornherein garantieren.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Hauptmann.

Abg. **Hauptmann** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist natürlich schwer, wenn der Sprecher der Deputation für Inneres, der 1. Stellvertreter und nachher der Ressortchef, der Senator für Inneres, über den Haushalt Inneres gesprochen haben, dann noch zu sprechen. Ich kann mich deshalb kurz fassen

(Abg. Eilers [SPD]: Das ist notwendig!)

— auch ohne Unterlagen, wie alle meine Vorgänger — und kann sagen, daß ich den Ausführungen, die mein Koalitionspartner, Herr Fröhlich, gemacht hat, bejahe

(Heiterkeit und Zurufe)

— natürlich! — und daß die Forderungen, die Herr Dr. Cassens als Opposition hier gestellt hat, ebenfalls meine Unterstützung finden.

Aber ich möchte zu einigen Ausführungen doch folgendes sagen: Herr Dr. Cassens, wir haben im Haushalt den fortdauernden Haushalt, den einmaligen Haushalt und heute noch für 1969 den außerordentlichen Haushalt. Und, sehen Sie, wenn Sie die einzelnen Anträge der Behördenchefs kritisiert haben, so müßten Sie sich eigentlich sagen: im fortdauernden Haushalt sind diese Forderungen gestellt, und im einmaligen Haushalt. Ich möchte da besonders darauf hinweisen, daß im Investivhaushalt die Innere Verwaltung einen Plan aufgestellt hat, der bis in die Jahre 1972 reicht, und daß es an Hand dieses Plans gerade den Deputierten der Deputation für Inneres überlassen werden soll, welche Maßnahmen sie als die dringlichsten dabei ansehen.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Wir kennen ja die Zahlen nicht!)

Na eben! Die Innere Verwaltung hat sich die Mühe gemacht und gesagt, in diesem Plan bis 1972 müssen diese und jene Aufgaben erledigt werden. Herr Abgeordneter Fröhlich hat sie im einzelnen aufgezählt. Und uns als Mitglieder der Deputation bleibt es überlassen, festzustellen, für welches Haushaltsjahr wir die einzelnen Aufgaben als die dringlichsten ansehen, um im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel dann unsere Entscheidung

zu treffen. Ich finde, die Sache ist ausgezeichnet, und für diesen Plan sollte man dem Chef der Inneren Verwaltung und seiner Verwaltung wirklich herzlich danken.

Aber noch ein Wort zur Verstärkung der Polizei. Wir haben, und Sie werden das im Stellenplan feststellen können, gerade bei der Polizei — Schutzpolizei, Wasserschutzpolizei, Feuerwehr, Kriminalpolizei — eine Vermehrung der Planstellen vorgenommen. Sie haben auch angesprochen, daß Leerstellen vorhanden sind und daß das nicht ausreicht. Bitte, ich muß auch den nötigen Nachwuchs haben. Da möchte ich Ihnen sagen, Herr Dr. Cassens, man sollte sich da tatsächlich überlegen, ob man nicht eine vierte Hundertschaft bei der Bereitschaftspolizei schafft, um dann den nötigen Nachwuchs zum richtigen Zeitpunkt zur Verfügung zu haben. Ich bin der Meinung, daß die Polizei in ihrer Altersschicht nach dem Zusammenbruch etwas unglücklich zusammengesetzt worden ist, weil fast alle Jahrgänge altersmäßig so geschichtet sind, daß in den nächsten Jahren ein großer Abgang zu verzeichnen ist. Wie will man diesen Nachwuchs eigentlich dann zur Hand haben? Das kann ich nur, wenn ich in absehbarer Zeit eine weitere Hundertschaft der Bereitschaftspolizei schaffe, um dort den nötigen Nachwuchs auszubilden.

Ich bin aber auch der Meinung, daß man jetzt schon die Planstellen, die nicht besetzt sind, besetzen sollte durch Bereitschaftspolizeibeamte, die im dritten Jahr der Ausbildung sind. Herr Senator für Inneres hat gesagt, daß sie das letzte dreiviertel oder halbe Jahr in der praktischen Ausbildung stehen. Ich erinnere da nur an die Ausbildung der Beamten zu Verwaltungsbeamten. Sie werden neben ihrer Beschulung immer gleich mit der Praxis vertraut gemacht. Sie gehen durch alle Behörden. Es wäre doch durchaus zu vertreten, daß die Bereitschaftspolizeibeamten im dritten Ausbildungsjahr in Verbindung mit einem ausgebildeten Polizeibeamten vermehrt zum Einzeldienst eingesetzt werden. So könnten wir die Fehlstellen auf den einzelnen Wachen besser ausgleichen, und sie würden gleich im dritten Ausbildungsjahr mit der Praxis so vertraut gemacht, daß sie dann, wenn sie ihre erste Abschlußprüfung gemacht haben, im Schutzpolizeidienst oder Kriminalpolizeidienst voll eingesetzt werden können.

Da bedarf es allerdings — Herr Senator für Inneres, da habe ich doch recht? —, daß das Verwaltungsabkommen mit dem Bund eventuell geändert werden muß.

(Abg. Ströh [SPD]: Lauter!)

Ach so, da sitzt Herr Ströh, der kann nicht ganz so gut hören.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Sie sprechen zum Senator! Hierher sprechen!)

Ich habe den Senator für Inneres angesprochen, Entschuldigung.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Zu den Abgeordneten sollen Sie sprechen!)

Jawohl!

Ich glaube auch, daß wir bei der Aufstellung einer vierten Hundertschaft kaum Schwierigkeiten hätten, die nötigen Bewerber zu bekommen. Wir haben den Polizeiberuf etwas attraktiver gestaltet. Das wird sich bei der Verabschiedung des Achten Besoldungsänderungsgesetzes, das wir in diesen Beratungen noch in zweiter Lesung zu behandeln haben, zeigen. Dort haben wir die Besoldung noch entsprechend verbessert und auch den Ortszuschlag voll zur Auszahlung gebracht.

Dabei ein Wort an die Senatskommission für das Personalwesen. Herr Fröhlich hat in der letzten Sitzung hier von Werbung gesprochen. Ich glaube kaum, daß es noch zu großen Einwendungen bei der Verabschiedung des Achten Besoldungsänderungsgesetzes gerade gegen diesen Personenkreis kommen wird. Die Senatskommission für das Personalwesen sollte prüfen, ob sie nicht die Auszahlung dieser Nachzahlungen für diesen Personenkreis —

(Zurufe: Lauter! — Abg. Dr. Cassens [CDU]: Hierher sprechen!)

hören Sie das nicht? —

(Zurufe: Nein!)

dann hat einer das Mikrophon abgeschaltet — so vorbereiten kann, daß die Nachzahlungen noch vor Weihnachten in die Hände des betroffenen Personenkreises gelangen können. — Ich danke schön!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Engel: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Friedrich Meier.

Abg. Friedrich **Meier** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Jedes Jahr bei den Haushaltsberatungen taucht immer das Problem „Verstärkung der Polizei und Feuerwehr" auf. Lassen Sie mich deshalb einmal konkret einige Zahlen nennen. Wir haben von 1965 ausgehend bis 1969 die Wasserschutzpolizei um 53 Kräfte verstärkt, wir haben die Kriminalpolizei im gleichen Zeitabschnitt um 45 Kräfte verstärkt, wir haben die Schutzpolizei um 58 Kräfte verstärkt. Sie werden sagen, warum nur 58. Eben aus dem einfachen Grund, weil wir in jedem Jahr Leerstellen in einem erheblichen Umfang haben. Wir haben auch in diesem Jahr rund 100 Leerstellen. Es würde uns im Moment also gar nichts nützen, die Zahl bei der Schutzpolizei zu erhöhen. Wir haben aber — und das scheint mir beachtlich zu sein — im Rahmen eines Stufenplans bereits eine vierte Hundertschaft bei der Bereitschaftspolizei mit 140 Beamten neu aufgestellt. Wir haben ja eine Stabshundertschaft und drei Hundertschaften, also vier.

Ich persönlich bin daher der Meinung, daß man nicht noch eine fünfte aufzustellen braucht, sondern daß wir dafür sorgen müssen, daß der Abgang von der Bereitschaftspolizei Auswirkungen auf die Schutzpolizei zeigt und daß man die Hundertschaften im einzelnen wieder auffüllt. Wir haben aber auch — und das muß ich sagen — bei der Feuerwehr im gleichen Zeitabschnitt eine Verstärkung von 58 Kräften vorgenommen.

Nun darf ich zur Beruhigung dieses Hohen Hauses sagen, daß der Haushaltsausschuß im Hinblick auf die Diskussion in diesen, aber auch in anderen Jahren gestern beschlossen hat, den stufenweisen Ausbau der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei und der Feuerwehr fortzusetzen. Ich glaube, das liegt im Interesse aller unserer Bürger. So werden wir also auch bei den Haushaltsberatungen 1970 und 1971 verfahren.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Fröhlich.

Abg. **Fröhlich** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Cassens hat hier die Haushaltsstelle 030/218 angesprochen. Hier geht es um die 25 000 DM. Er war der Ansicht, man sollte hier teilen einmal bei 030/218 10 000 DM und dann auf 030/862 15 000 DM. Hier bin ich nicht seiner Meinung — tut mir leid —, und zwar aus dem einfachen Grund, Herr Dr. Cassens, weil wir unter 030/862 dann einmalige Ausgaben haben.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Nein, der letzte Titel ist neu!)

Doch, die einmaligen Ausgaben stehen bei den Haushaltsstellen 710/860-861. Soweit ich das sehe, sind das einmalige Ausgaben. Sie wollen das unter fortlaufende Ausgaben sehen.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Ja!)

Ich stimme dem Inhalt Ihrer Ausführungen zu, daß man damit auch insbesondere — wie sagten Sie eben — das Führungskorps hier besser ausbildet. Ich meine, wir sollten es nicht so formal sehen. Die politische Aussage hier im Parlament in diesem Jahr genügt, um zu dokumentieren, daß die Bürgerschaft es so wünscht. Beim nächsten Haushalt, der dann sowieso für 1970 und 1971 gelten soll, soll man sich darüber unterhalten, wie man eventuell diese beiden Dinge trennt. Insofern meine ich, verstehen wir uns durchaus.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Einverstanden! — Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die allgemeine Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen nunmehr zu

03 Inneres

Einzelberatung.

030 Verwaltung für Inneres.

Ihnen liegen zwei Änderungsanträge vor, und zwar der Änderungsantrag Nr. 163 und der Änderungsantrag Nr. 164:

Änderungsantrag Nr. 163:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:
Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1969
030/0118 **Verwaltung für Inneres** / Von HSt. G 030/1858 — Allgemeine zentrale Aufgaben — Pauschalanteil an den sächlichen Ausgaben
Der veranschlagte Betrag von 122 710 DM wird um 7 600 DM auf 130 310 DM erhöht.

Böhrnsen und SPD-Fraktion
Schubert und FDP-Fraktion

Änderungsantrag Nr. 164:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:
Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1969
030/218 **Verwaltung für Inneres** / Kosten für Sachverständige
Der veranschlagte Betrag von 6 000 DM wird um 19 000 DM auf 25 000 DM erhöht.

Böhrnsen und SPD-Fraktion
Schubert und FDP-Fraktion

Beide Änderungsanträge hängen zusammen. Sie könnten demzufolge in einem Zuge begründet werden. Wer begründet die Änderungsanträge? —

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Sind doch begründet!)

Auf die Begründung wird verzichtet. — Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer dem Änderungsantrag Nr. 163 zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wer dem Änderungsantrag Nr. 164 zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

(Einstimmig)

Damit wäre der Einzelplan 03 erledigt.

Meine Damen und Herren, wir hatten uns in den Vorbesprechungen dahingehend verständigt, die Sitzungen, wenn eben möglich, abends um 18 Uhr zu schließen. Ich glaube, Sie erheben keine Einwendungen dagegen, wenn ich die heutige Sitzung schließe. Wir fahren in der Beratung morgen um 10.15 Uhr fort.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 17.57 Uhr)

Druck: Hans Krohn, Bremen